

Baltische Monatschrift.



Herausgegeben

von

Arnold v. Tidebühl.

44. Jahrgang. Heft 10. Oktober 1902.

54. Band.

Abonnements werden entgegengenommen von der Expedition der Baltischen Monatschrift in Riga, gr. Jakobstr. 30.

Preis jährlich 8 Rbl., über die Post 9 Rbl. pränumerando.

Riga.

Verlag der Baltischen Monatschrift.

Große Jakobstraße Nr. 30.

Ausgegeben am 1. Oktober 1902.

Briefe und Beiträge sind zu richten an die Redaktion der „Baltischen Monatschrift“ in Riga, große Jakobstraße 30.

Inhalt.

	Seite.
Ein ungedruckter Aufsatz von Victor Hehn. Mitgeteilt von G. v. Sabler	193
Tagebuchblätter von Karl Gotthard Graß aus der Zeit der Züricher Staats= umwälzung 1798. Mitgeteilt von Dr. Friedr. Bienemann jun. (Schluß.)	199
Politische Feringedanken. Von R. v. G.	213
Livland und die Schlacht bei Tannenberg. Von Oskar Stavenhagen	235
Litterarisches (Camprecht, Zur jüngsten deutschen Vergangenheit. — Seyne, Das deutsche Nahrungs= wesen. — Rudolf Kögels Werden und Wirken.).	266
Notiz	271
* * *	
Baltische Chronik. Kurländische allgemeine Konferenz und ordentlicher livländischer Landtag im Juni 1902. Redigirt von G. B.	

Nachdruck verboten.

Herausgeber und Redakteur H. v. Lideböhl.

Довволено цензурою. — Рига, 28 Сентября 1902.
Druckerei der „Baltischen Monatschrift“, Riga.

Ein ungedruckter Aufsatz von Victor Hehn.

Mitgeteilt von Georg v. Sailer.

Vorbemerkung.

Die in Nachstehendem gedruckte kleine Abhandlung Victor Hehns war bisher völlig unbekannt; sie ist kürzlich, bei Gelegenheit der Arbeiten zur Geschichte der heimischen Universität, im Archive der letzteren zu Tage getreten. Außerlich angesehen, hat das Manuskript den Umfang eines Bogens und ist in kleinen, spitzen, regelmäßigen Federzügen, wie sie Hehn stets eigen waren, sauber geschrieben, vom Autor selbst hier und da leicht korrigirt und versehen mit seiner Namensunterschrift sowie der Titelaufschrift: „Ueber den Standpunkt der heutigen poetischen Literatur.“ Entstanden ist der Aufsatz i. J. 1840, und zwar als Klausurarbeit, anlässlich des von Hehn, welcher bereits den Grad eines „Kandidaten der philologischen Wissenschaften“ besaß, am 19. und 20. November des genannten Jahres noch abgelegten Examens „für das Amt eines Oberlehrers der deutschen und lateinischen Sprache“. Das Manuskript befindet sich in der diesbez. Prüfungssakte, welche späterhin, nachdem Hehn von derselben Universität zum Lektor der deutschen Sprache berufen war, auch als dessen Dienstakte weitergeführt worden ist.

Wenn wir nun den in Rede stehenden Aufsatz, trotzdem er nie für den Druck bestimmt gewesen, veröffentlichen, so geschieht es nicht nur, weil er von Victor Hehn geschrieben und wie Alles, was von ihm geschrieben, an sich selbst druckwert ist, sondern weil diese Abhandlung in mehr als einer Hinsicht noch ein besonderes Interesse beanspruchen darf. Sie ist das Erste, was wir von der Feder Hehns besitzen aus der Zeit nach seiner Rückkehr von dem für die ganze Anschauungs- und Denkweise dieses Mannes, wie bekannt, entscheidend gewesenem Aufenthalt in Deutschland und Italien (August 1838 bis Oktober 1840). Ist auch die Aufzeichnung, wie bei dem äußeren Zweck und Anlaß derselben selbstverständlich, nur in den allgemeinsten Zügen entworfen — eine „flüchtige Skizze“, wie sie der Verfasser am Schluß selbst genannt hat, — so trägt doch auch sie alle Eigenschaften Hehnschen Schrifttums an sich. Hier noch mehr als in den erst einige Jahre später in Bernau von ihm verfaßten größeren Abhandlungen („Zur Charakteristik der Römer“ 1843 und „Ueber die Physiognomie der italienischen Landschaft“ 1844) ist der Einfluß der Hegelschen Philosophie, welchen Hehn in Berlin auf sich hatte wirken lassen, deutlich erkennbar. Vom geschichtspolitischen Standpunkt Hegels, welcher darauf ausgeht, „an dem als bekannt vorausgesetzten Inhalt die Bewegung der Idee

aufzuweisen", hat auch Hehn sein Thema angefaßt, indem er zeigt, wie der Zustand der poetischen Litteratur Deutschlands um 1840 aus dem früheren Charakter derselben mit Notwendigkeit hervorgegangen, und versucht es auf Grund dieser Entwicklung, die zukünftige Gestaltung der deutschen Litteratur, wenn auch nur andeutungsweise, vorauszusagen. Dank letzterem Umstand ist die Abhandlung in dem seit ihrer Niederschrift verfloffenen Zeitraum nicht nur vor dem Veralten bewahrt geblieben, sondern sogar um einen neuen Reiz reicher geworden, da nun dem Leser die Möglichkeit eines Urtheils darüber gegeben ist, ob und inwieweit jene Voraussetzung eine Bestätigung in dem thatsächlichen Verlauf der deutschen Litteraturgeschichte seit 1840 gefunden habe.

Hinzufügen wollen wir nur noch, daß die Abhandlung, zufolge ausdrücklicher Bemerkung im betr. Prüfungsprotokoll, von Hehn „ohne Hilfsmittel über das nicht vorher mitgeteilte Thema“ auf dem Zimmer des Examinators im Deutschen (des Lektors Kaupach) angefertigt worden ist. Und so, wie sie ist, ohne die geringste Aenderung am Texte des Manuskripts, folge nun die Abhandlung selbst.

Ueber den Standpunkt der heutigen poetischen Litteratur.

Durch die ganze Geschichte wird sich die dreifache Stufenfolge von der Religion zur Kunst, von dieser zur Wissenschaft als durchgreifendes Gesetz bewähren. Die noch erst unbewußte Religion sucht sich durch die erwachende Kunst zur sinnlichen Selbstanschauung zu bringen; es ist dies das Zeitalter des Symboles; die Religion entlehnt ihren Schmuck und Glanz von der kindlich dinenden Kunst und entfaltet sich durch diese zu einer reichen Mannichfaltigkeit mythischer Symbolik: so in Griechenland, so im Mittelalter. Auf der zweiten Stufe emancipirt sich die Kunst von der Religion und wird auf eine Weile selbstständig; sie freut sich ihrer Schöpfungen um dieser selbst willen; sie stellt das bloß Menschliche, bloß Schöne dar. Aber der Gedanke, der im Kunstzeitalter in sinnlicher Form erschienen war, sucht diese abzustreifen und sich selbst in seiner eigenen zu gewinnen: die Kunst geht über sich hinaus; anschauendes Bilden genügt ihr nicht mehr; ihr Ausgangspunkt wird die bewußte Reflexion; sie wird hier allegorisch, dort didactisch, dort satyrisch und sententiös. Aber was die sich auflösende Kunst verliert, gewinnt in eben dem Maaße die Wissenschaft und das reine Denken.

Wir glauben uns nicht zu täuschen, wenn wir unser Zeitalter auf der letzterwähnten dritten Stufe erblicken. Es ist der Kunst-

thätigkeit nicht günstig; es lebt nicht mit kindlichem Sinne und naiver Unmittelbarkeit in der Welt sinnlicher Erscheinung; es ist voll Reflexion und Abstraction; die farbige Mannichfaltigkeit, die sinnliche Besonderheit der Dinge ist zur Allgemeinheit des Denkens geworden, ein Uebergang, der sich auf den verschiedenartigsten Gebieten beobachten läßt. Man vergleiche die heutige Sprache mit der ältesten, die so formenreich, so anschauungsreich war: die heutige ist der ätherische Scheinleib des immer feinern und schärfern Gedankens, worüber Jacob Grimm mit sinnvollen Worten so wehmüthig klagt. Man vergleiche die Trachten: sonst hatte jedes Ländchen seine eigene, in Farbe, Stoff und Schnitt sich besondernde: jetzt geht Alles immer mehr in die eine allgemeine aller Gebildeten auf. Man vergleiche die Sitten, die Rechte: sie waren individuell, beschränkt, mannichfach; die Völker zersplitterten sich in unzählige particuläre Existenzen; jetzt verlißt alle Farbe in der Einheit der Vernunft — geschichtsphilosophisch ein Fortschritt, ästhetisch ein Untergang. Am traurigsten steht es bei solcher Lage der Dinge mit der bildenden Kunst: ihr Kreis verengert sich immer mehr. Von der modernen Zeit unablässig verfolgt, gehen die Künstler schönen Trachten, einer sinnlichen und unmittelbaren Lebenssitte in die entlegensten Gebirgsthäler nach; oft verlassen sie Europa und wählen morgenländische Scenen; noch öfter flüchten sie in entfernte Zeiten z. B. in das Mittelalter. Andere, z. B. die Münchener Schule, nicht mehr naiv, sondern schon innerlich vom Geist der Zeit d. h. dem Denken angesteckt, suchen Verstandesreflexionen auf sinnlichem Wege darzustellen; Alles wird unter ihrer Hand zur Allegorie, und die Allegorie, so tief sinnig und großartig sie sein mag, steht doch schon auf der äußersten Grenze, wo die Prosa beginnt. Denn wie das Symbol der geschichtliche Anfang der Kunst ist, so ist die Allegorie ihr geschichtliches Ende, ihre Altersschwäche.

Den letztern Satz können wir an Goethe bestätigt finden, dessen poetische Laufbahn in gesetzmäßiger Entwicklung zur Allegorie führte: wir meinen den zweiten Theil des Faust, wo aller aufgewandte Farbenzauber den fehlenden Lebenshauch nicht ersetzen kann.

Die Ungunst, unter der in unserer Zeit die Kunst überhaupt zu leiden hat, trifft allerdings die Poesie weniger, als die bildende Kunst, da die Poesie an sich geistiger ist und noch Raum findet,

wo der letztern schon alle Nahrung entzogen ist. Indeß wird man auch hier sagen können, daß die Physionomie der Zeit keine poetische ist. Zudem kommen noch besondere Umstände in Betracht, die dem Gedeihen der poetischen Literatur zuwider sind. Wir sind Epigonen, um Zimmermanns Ausdruck zu brauchen; wir haben das goldene Zeitalter hinter uns und das stört unsre eigene Schöpferkraft. Wir können uns von dem Muster nicht losreißen; wir werden immer wieder drauf getrieben. So lange die Grundidee unseres Volkes, wie unserer Zeit dieselbe bleibt, können wir sie auf keine andre, keine glücklichere Art aussprechen, als von den Meistern schon geschehen ist. Nur wenn das allgemeine Zeitbewußtsein sich ändert, können wir ein neues poetisches Zeitalter, große Dichtergenien, ein Drama u. s. w. erwarten. Man beobachte den Gang, den die deutsche poetische Literatur seit Schiller und Goethe genommen hat, und man wird finden, daß die Entwicklungen, die sie erfuhr, immer mit der allgemeinen Geschichtsentwicklung im genauesten Zusammenhange stand. Daß jene Entwicklung im Ganzen nur Unbedeutendes zu Tage brachte, lag an dem schwächlichen Gange, den die Volksschicksale nahmen. Die romantische Schule fiel mit dem Zeitalter der Restauration, der Rückkehr zusammen: auf sie folgte die liberale Literatur, auf diese in jüngster Zeit die soziale: immer aber verwandelte die neue Idee nicht mit so durchdringender allgewaltiger Macht das innerste Herz der Zeit, daß ein zweiter gleichherrlicher Frühling der Kunst, wie jenes erste Mal, hervorgebrochen wäre. Die romantische Schule war mehr kritisch und ihre Produktionskraft gering: die liberale Literatur belebte nur das Lied, vor Allem die Satyre, das junge Deutschland endlich nur den Roman. Auch bei dem letztern (und das ist bezeichnend) überwiegt das kritisch reflexive Element.

Von den Gattungen der Poesie hat die lyrische noch am meisten Blüthen getrieben. Der deutsche Volksscharakter neigt sich überhaupt zum Lyrischen: sein tiefer Natursinn, seine subjektive Innerlichkeit, sein idealistisches, aber thatloses Schwärmen wird von selbst zum Liede, zur Musik. Bei dem Umsturz aller objektiven Sägung, der in unserer Zeit erfolgt ist, war der Mensch ohnehin innerlich frei geworden; seine Subjektivität vertiefte sich, schöpfte aus sich; innere Stürme regten die gewaltigsten Abgründe auf, und so mußte das ganz subjektive Lied in einer Epoche

gedeihen, wo von einer objectiv gestaltenden Poesie kaum die Rede sein konnte. Wir könnten eine ganze Reihe lyrischer Dichter der letzten 25 Jahre aufzählen, unter ihnen viele vortreffliche, manche z. B. Uhland und Heine vom ersten Range. Die Versarten waren dabei in einem merkwürdigen Uebergange begriffen; die antiken Formen Klopstocks und Voß's wichen den südlichen Weisen, den Sonetten, Canzonen, Terzinen u. s. w., bis Heine in dem ganz freien Liede alle Form fortwarf. Wer schreibt heut zu Tage noch Hexameter oder Ottaven? Besaß die deutsche Lyrik im Ganzen mehr Gemüth als Phantasie — ein Vorwurf, der besonders die sogenannte schwäbische Schule trifft —, so hat in neuerer Zeit der junge Freiligrath ihr auch phantastische Farbenslut zugebracht. Desto kläglicher liegt das Drama, die höchste poetische Form, darnieder. Deutschland hat keine Geschichte und also kein Drama. Die stationäre, thatlose Zeit, der wenig objective deutsche Sinn, der Mangel eines öffentlichen Lebens, einer Hauptstadt, eines Heldenzeitalters — Alles zusammen hat die Armuth dieses poetischen Gebietes verschuldet. Schiller war eine unter uns seltene, ächt dramatische Organisation: mehr auf das Freisittliche, als auf die Natur, mehr auf den Willen, der im Kampfe ringt, als auf harmonische Befriedigung gerichtet, lebte er in der Geschichte, im Reiche der Ideen und himmelftürmender edler Leidenschaften. Aber er ist einsam geblieben; seit Goethe bildete sich vielmehr die entgegengesetzte Denkart aus, und die sogenannte Kunstepoche, die vorwiegende ästhetische Richtung, die mit ihr beginnt, konnte der dramatischen Literatur nicht förderlich sein.

Am meisten, sollte man denken, müßte der Roman in einer Zeit gediehen sein, die hier Freiheit hatte, das poetische Product ganz mit Reflexion zu durchdringen. Und in der That ist mit der Romanliteratur des jungen Deutschlands eine neue Gattung aufgetreten, die, ganz abgesehen von der besondern socialen Theorie, die darin verfochten werden sollte, fortan die einzig mögliche bleiben wird. Es ist der m o d e r n e Roman, der Roman, der die philosophische Idee, verklärt im Zauberlichte der Poesie, in einer geschauten Wirklichkeit verkörpert. Die Novelle der romanischen Völker war nur eine interessante Geschichte; die bisherigen Novellen der Deutschen waren nur Bruchstücke unseres Lebens; der Roman, wie wir ihn hier fassen und von der Zukunft hoffen, wird unser

neues philosophisches Bewußtsein, all unser Denken und Ringen in Ein großes erschütterndes Gedicht zusammendrängen. Bisher sind in den Werken des jungen Deutschlands nur die ersten unvollkommenen Versuche gemacht worden. Ein Verdienst aber, das dieser Schule immer bleiben wird, ist ihre kurze, perlernde, körnige, unbeengte Prosa.

Der Roman ist die Gattung, die unsere Verstandesbildung wieder mit Kunst und Poesie wird vermitteln können. Denn da wir der kindlich poetischen Zeit entwachsen sind und es nichts helfen kann, sich künstlich in sie zurückzuschrauben, so müssen wir muthig den Weg nach vorwärts verfolgen und durch das Wissen hindurch ein zweites Kunstland zu erobern suchen. Denken wir uns das Wissen auf der höchsten Stufe, so wird es von selbst zu einer Welt der Anschauung, die es sich selbst schafft, wie die Seele sich den Körper bildet.

Eine Wiedergeburt, ein neues goldnes Zeitalter unserer Literatur (und damit fassen wir den Sinn dieser flüchtigen Skizze zusammen) hängt äußerlich von dem Gange der Volkschicksale ab, innerlich aber von der immer allgemeineren Herrschaft des Denkens und Wissens, das in seiner ersten Gestalt die Kunst tödtet, sie dann aber, auf seiner höchsten Stufe gedacht, zu einem zweiten, bereicherten Leben erwecken muß.

Victor Hehn.



Tagebuchblätter von K. G. Graf aus der Zeit der Züricher Staatsumwälzung 1798.

(Schluß.)

Den 4. März. Auf Meldungen hin über die Lage in Bern und auf die Nachricht, daß die Landversammlungs-Deputirten nicht mehr nach Zürich kommen wollen (einige werden von ihren Gemeinden gehindert), und auf die Nachricht vom Vorrücken der Franzosen bei Herzogenbuchsee und von der uneinigen Stimmung der 2000 Mann Truppen, die man in die Stadt Bern genommen, entstand großer Schrecken. Es wurde R[at] und B[ürger] berufen und vor die Zünfte zu bringen aufgetragen, wie nötig es sei, sich jetzt herzlich zu vereinigen, den Landleuten Alles zu bewilligen und sich innig an die Landdeputirten anzuschließen. Von Verteidigung und von Besetzung der Grenze und von Deputirten an Mengaud, Brune 2c. war fast nicht mehr die Rede. Eilig sollten Einladungen an die Landdeputirten ergehen, daß sie sich wieder einstellen möchten. — Welch ein Wechsel von Empfindungen! Eine wahre Ebbe und Flut. Noch vor wenig Stunden eine Alles erschütternde Stimmung und auf einmal gemeiner Kleinmut. Kurz vorher Verachtung der Landleute und jetzt Anschließen, kurz vorher neue geheime Anstalten zur Unterdrückung und jetzt Predigen der Liebe und Eintracht. Ebenso in Bern. Erst Nichts, dann, als es zu spät ist, Alles. Was kann dies Alles bei dem simpelsten Verstand hervorbringen, als Verachtung. Man wagt es wieder, sich umzusehen. Es ist mir, als ob ich im 14. Jahrhundert unter fanatischen Mönchen und Hierarchen gelebt hätte. Vernunft und Mäßigung war ja Verrat. Wohin kann die Leidenschaft führen, wie stürzt sie sich selber ins Verderben! Es ist mir evidenter als je, daß in acht, höchstens 14 Tagen die Hauptpläne der Franzosen

erreicht sind. Sie haben die Bergpässe und der Landsturm dünkt mich eine Chimäre. Wie sollen Menschen, die aus ihren friedlichen Hütten kommen, gegen den Donner der Kanonen ohne die größte militärische Machinerie anlaufen? Aber es wird nicht ohne Unglück ablaufen. Der Unsinn und die Wut Einzelner ist groß und der Ehrgeiz ergreift in der Verzweiflung jeden Schimmer der Vorstellung, die ihn mit einer Kraft täuscht, die gar nicht da ist. Aber diese Verblendung müssen viele Familien entgelten. Die Erfahrung hat mich gelehrt, nie zu denken: nun ist es vorüber. Ein Fehler, worin beide Parteien in entgegengesetztem Sinn täglich gefallen sind. Ehe man sich's versieht, ist der alte Teufel wieder da. Die Stimmung in der Bürgerschaft ist die gleiche. Wenn nur Truppen marschiren, denkt man, dann ist es gethan.

Den 6. März. Ich arbeitete an einer aquarellirten Zeichnung nach einem Delbild von Heß, als ein fürchterlicher Lärm entstand. Es hieß, die Seeleute kämen gegen die Stadt. Verwirrung und Schrecken, die Mädchen liefen fort. Ich dachte: es ist der Schrecken des ersten Gerüchtes, und blieb gefaßt. In der Rat- und Bürger-Versammlung wurde dem Kriegsrat Ordre zur Verteidigungsrüstung der Stadt erteilt, welches auch geschah, indem Kanonen aufgeführt und Wachen und Patrouillen verdoppelt wurden. Es hieß, die Landleute haben wirklich zu Hülfe eilen wollen an die Grenze, aber weil sie drei Offiziere verlangten und doppelte Piquette aufgeboten, traute man nicht. Auch wurde das Verlangen des Doktor Landis um Munition verworfen, dahingegen man sie den Gutgesinnten bewilligt.

Abends um 4 wieder A. u. B. Die Präsidenten der Landdeputirten-Versammlung und des engeren Comité Wunderlich und Eck verlangen: 1) daß man 1000 Mann Garnison in die Stadt nehme. 2) daß die provisorische Regierung der Landeskommission übergeben werde. 3) daß eine neue Wahl der Glieder aus der Stadt vor sich gehe, da die wirklich existirenden illegal gewählt wären. 4) Versprechen sie dagegen Deputirte an die Franzosen zu senden und zu fragen, ob es bloß um Unterdrückung der Aristokratie zu thun sei. Im Verweigerungsfalle drohen sie vor die Stadt zu rücken. Die Antwort war: Ein solches unverschämtes Ansinnen verdiene keine Antwort, als mit dem Schwert, und das sogleich.

Schrecklich neigt sich die Geschichte dieser greuelvollen Tage zu Ende. Die gute Hoffnung wird zu Grabe getragen, unabsehbares Elend in unzuberechnenden Folgen muß aus der Zukunft folgen. Es thut meinem Herzen unbeschreiblich weh, das zu erleben. Kein Funke Gefühl fürs allgemeine Wohl, keine Schonung derer, die es redlich meinten, keine Spur von passender, weiser Ueberlegung leuchtet aus jener in diesen Zeiten unverantwortlichen Erklärung. Was mein Herz stärkte, war der Anblick des redlichen Junftmeisters Wegmann. Ich bin ruhig, sagte er, ich habe nach Grundsätzen gehandelt, und wie jetzt, werden sie mich immer sehen, komme auch, was da wolle. Etwas früher oder später, Tod ist immer das Ende. Ich kann mir's sonst nicht denken, und ich hoffe, weil so schrecklich viel Unverstand bei der Sache ist, die Vorsehung werde den Ausgang anders lenken als man denkt.

Den 7. März. Am Morgen schien lieblich die Sonne, Alles war still und geheimnißvoll. Die erste tröstlichere Nachricht war, daß es hieß, die Seeleute hätten 24 Stunden Bedenkzeit gebeten; nachmittags hieß es — nachgegeben. Einmal sah man eine Menge Soldaten ruhig herumgehen, rauchen &c. Um Mittag hörte man, daß am See Alles ruhig sei und nirgend Anstalten zur Wehre stattfänden. So auch von Knonau. Andere, z. B. Hergener, hatten sehr getobt und gedroht. So viel schien gewiß, daß jener Trost sich auf Einverständniß mit Mengaud gründe. Die Thore waren gesperrt.

Den 8. März. Der Statthalter Wyß berichtete von der Kapitulation Berns und von dem Angriff der Franzosen *), weil Berns Erklärung 6 Stunden später, als die gegebene Frist war, anlangte. Während dem Bericht kamen Nachrichten vom Vordringen der Truppen von allen Seiten. Es war aber eigentlich nur ein Korps von 700 Mann, das der Stadt zu Hülfe zog. Gerichtsherr Escher machte, daß man diese Leute nicht in die Stadt, sondern zurückgehen hieß, weil man die Notwendigkeit zu negotiiren einsah. Von Blutvergießenwollen war nicht mehr die Rede, ebenso wenig von einer Gegenwehr gegen die Franzosen. Verschiedene Herren waren in verschiedene Gegenden gesandt. Wirklich waren Truppen von mehreren Seiten im Anzug. Am

*) Die Berner wurden bei Neueneck, Laupen, Fraubrunnen und im Grauholz am 5. März 1798 von der französischen Uebermacht geschlagen.

Interessantesten war der Bericht des Ratsherrn Scheuchzer, der gegen Knonau war. Bei allen einzelnen Korps, die ihm begegneten, war die beste Ordnung. Alle haben bei ihren Köpfen dem Komité zu Meilen Verantwortlichkeit geschworen. Einige hatten unter sich geschworen, sie wollen nicht eher ihre Bräute und Weiber küssen, als bis ihre Verrichtungen geendet seien. Plan war, bis nahe der Stadt zu rücken und dann Abgeordnete zum friedlichen Negotiiren zu senden. Der Statthalter Wyß blieb zu Meilen. Alle waren freundlich und höflich empfangen. Indessen waren die beiden Schreiben des Komité ins Züricher Wochenblatt gerückt und Reflexionen angehängt, worin die Volksrepräsentanten Volksverführer genannt werden. — Im Ganzen ein froher Tag, man konnte wieder frei atmen.

Den 9. März. In der letzten Nacht von 11—4 Uhr R[at] und B[ürger]. Der Statthalter berichtete, wie er schier in Lebensgefahr gekommen sei, als man den ihm zugesandten Brief wegen der aus dem Außeramt vorrückenden Truppen, die man hatte abmahnen können, aufgefangen hatte. Sie verlangten fest und bestimmt: 1) Absetzung der provisorischen Regierung, 2) Garnison von 1000 Mann oder Küßnacht zum Ort der Sitzungen, 3) Regierungsbefetzung nach der Volkszahl, zwei Kanonen für jedes Quartier, 4) Satisfaktion wegen der dem Schreiben der Kommission beigefügten Beschimpfung der Volksrepräsentanten. Der Statthalter sagte frei, wie man gesagt: die Regierung habe es nie redlich mit ihnen gemeint. Es hieß, die Truppen ab dem See rücken näher. Sie verlangten bis um 7 des Morgens Antwort. Man hatte Verlängerung bis zum folgenden Tage verlangt. In der ganzen Nacht hatte man nichts weiter ausgeraten, als daß man die Regierung niederlegen wolle. Das Zaudern verschlimmert. Statthalter Wyß sagte, er habe zu Bern es gesehen, daß man sich hätte Dank verdienen können, man zauderte aber, bis das Messer an der Kehle saß.

Der Geist der Bürgerschaft scheint etwas anders zu werden. So abgeneigt man anfänglich war, die Garnison in die Stadt zu nehmen, so wirkte doch die Vorstellung des Zunftmeisters Wegmann, daß durch Verlegung des Ortes der Regierung aller Verdienst verloren gehe und auch der letzte Einfluß auf die Regierung, der doch immer der Veränderung der Menschen und Zeiten

unterworfen bleibe, aufhöre. Es wurde ziemlich einstimmig auf den Bünften angenommen.

Den 10. März. Die erste Nachricht war, der Bürgermeister Wyß und sein Sohn seien fort, von noch mehreren erwartete man es. Diese Nachricht breitete sich schnell, aber still aus. Der Eindruck davon giebt in der herrschenden Meinung mehr oder weniger den Ausschlag. Ich war selbst Augenzeuge, wie jetzt feurige Aristokraten umstimmen, jetzt die Franzosen erheben, auf die Obrigkeit, auf Bern zc. schimpfen. — Nie fühlte ich lebhafter, welch ein heiliges Menschenrecht frei denken und empfinden ist, als seit ich gefühlt habe, was man bei Einschränkung dieser Art leiden kann. Mein Herz feierte diesen Tag den Triumph der Natur und der Vernunft. — Die Deputation nach Rüßnacht.

Den 11. März. Das erste Wort, das ich diesen Morgen hörte, war: *La paix est faite!*, welches mir der gute Herr Zunftmeister Wegmann zu sagen kam. — Ich ging in Pfarrer Lavaters Predigt. Er hatte sieben Texte und kein Thema. Die Worte: „Ich rede nicht zu den Verruchten, die sich alles Böse erlauben, damit etwas Gutes herauskomme, nicht zu eingefleischten Satanen, die sich selbst vergöttern“, zeugten genug, daß sein Herz gallerbitter war, aber er wagte es nicht frei zu sagen. Indessen kamen überall Winke und viele Sachen zum Vorschein, die die schlechtesten Menschen für sich anwenden konnten, weil er die geschlagenen, gedemüthigten den stolzen und dem Pöbel entgegensezte. Am Widrigsten war mir das viele Weinen, als er am Unsinnigsten sprach und dem gekränkten Ehrgeiz Del in die Wunden goß. Die Ermahnungen zur Sanftmut waren mit gemeinen Beweggründen unterstützt: weil es Aufflurer gebe und ein Wort jetzt Mord und Unglück nach sich ziehen könne. Am Besten war, was er von verlorener Arbeit bei Unredlichkeit sprach, aber es konnte auch von den Aristokraten angewandt werden. Ich glaube, die enragirten Empfindungsmenschen schnappen alle am Ende über.

Uebrigens war es ein ziemlich ruhiger Tag. Ich war allein spazieren und sah den ersten Freiheitsbaum in meinem Leben, der gestern in Göttingen aufgerichtet worden ist. Er sah kläglich aus. Ein Bürger hatte auf dem Wall, als er den Zug der Mädchen und Kinder sah, gesagt: es würde ihn recht gelüsten, eine Kanone

unter den Donnershagel abzubrennen. Ach, wie vieler schlechter Geist wird sich noch laut und im Verborgenen äußern.

Die Züricher Truppen, etwa 1200 Mann, kamen von der Grenze zurück. Die einfältigen Leute sind noch größtenteils fanatisirt und immer der Meinung, die Franzosen haben sie gefürchtet und die Berner sind verkauft und verraten gewesen. Die Franzosen aber schonten die Menschen offenbar, die oft ihrem ganzen Feuer ausgesetzt und an Thalorten, z. B. bei Bern, in gedrängten Haufen standen. Schauenburg unterlag beim Einzug in Bern den Marseiller Marsch, als er sah, daß es niederschlug: il ne faut pas affliger les abbatus. Die Schweiz ist nun ein Schauplatz der Verwirrung und ein Gegenstand des Mitleides und der verächtlichsten Geringschätzung geworden. Die Aristokraten haben sich schwer an der Menschheit versündigt. Das Fundament der Ruhe und Redlichkeit, der Mehrsten Glaube an ihre Vorgesetzten ist vernichtet und die Menschen haben nichts an die Stelle.

Den 12. März. Punkte der Uebereinkunft zwischen dem Stadthalter und den Landdeputirten: 1) Garnison von 1000 Mann. Offiziere von dem Lande, Stabsoffiziere von der Landkommission erwählt. 2) Stadt und Land ist eine Gemeinde. 3) Die provisorische Regierung wird in die Hände der Landkommission niedergelegt. 4) Vergessen von beiden Seiten.

Von der Stimmung in der Stadt bemerke ich, daß das Volk noch an seinen alten Götzen hängt, die ihm das Denken ersparten. Doch stimmt einer noch den anderen um. Einige der heftigsten Bürger hielten um die Freiheit an, einen Freiheitsbaum aufzurichten, um den Landleuten zuvorzukommen. Pfarrer Lavater hält indessen Abendbetstunden, wozu sich Viele einfinden. Man hörte von den einfältigen zurückgekehrten Soldaten viel Prahlerei von ihrem Mut, und wie sie verraten gewesen wären, Patronen, halb Kies, halb Pulver erhalten zc. Die Offiziere aber, wenigstens welche vernünftiger sind, können die zitternde Angst der Leute vor dem Kriege nicht genug schildern und die schreckliche Konfusion, die überall herrschte, so daß man deutlich sieht, die Leute haben nicht die geringste Kenntniß vom heutigen Kriege gehabt. Keine Spur von Nationallehre.

Den 13. März. Die versammelten Herren von N. und B. hielten ihre Abschiedssitzung; es wurde viel gemeint. Die Landleute

forderten noch, daß die Stadt aus dem Stadtgemeingut die Unkosten der Landbewaffnung zahlen müsse. Es war kein anderes Mittel, als zu bewilligen. Zunftmeister Wegmann nannte es eine gerechte Forderung, darüber gab es einige unwillige Aeußerungen. — Zweitens forderten die Landleute, daß bei der ersten Sitzung die Verteilung der Kanonen vorgenommen würde.

Es war ein schöner Tag. Einige Bürger, und gerade die enragirtesten, hatten einen Tannenbaum geholt. Rosse und Männer waren geschmückt. Nachmittags wurde er mit gelb, rot und schwarzen Bändern und einem blechernen Hut aufgerichtet. Es waren viele Menschen da, aber sichtbar fürchtete einer den andern. Ich hörte einige Landleute sagen, vor fünf Wochen hätte der Baum viele tausend Gulden erspart. Es ist kein Freiheitsbaum, sagte ein anderer, sondern ein „Nußbaum“. In Morgen hörte man Kanonen donnern. Die zur Stadt gezogene Miliz wanderte ab und einige Jäger vom See zogen ein. Troß und eine gewisse Verachtung gegen die Stadt äußerte sich in Aller Reden. Wie viel, wie viel ist der Stadt durch die Obrigkeiten geraubt worden, das die Menschen nur nicht fühlen! Und wie viel Moralität bei den Landleuten, die der Auctorität glaubten, ist vernichtet. Die einzige gute Folge für Stadt und Land ist, daß beide Teile gezwungen sind, selbst zu denken. So führt das Böse das Gute herbei, und ich weiß kaum, auf welche andere Art dieser Zweck der Natur hätte erreicht werden sollen. — Die Landleute hatten heute schon Antwort von Mengaud aus Basel über ihre letzte Vereinbarung. Es ist eine unbegreifliche Ordnung und Subordination bei diesen Menschen gewesen, wovon man viele kleine Beispiele gehört hat.

Den 14. März. Die Stimmung im Ganzen scheint ruhiger und einmütiger zu werden. Bürger haben heute wegen der illegitimen Wahlen eine Motion gemacht.

Den 15. März. Frohes Fest in Bassersdorf. Der Wirt, ein wackerer Mann, ein echter Demokrat, aß mit uns. Alles kam mit Rokarden. Wir tranken die Gesundheit aller derer, die gelitten haben und leiden werden, Wegmanns Gesundheit und des Wirts, Wunderli's und Egg's, aller freien Schweizer, die sich nicht wieder unterdrücken lassen. Der Wirt erzählte uns, welchen Schrecken er in der Stäfner Geschichte gehabt, die er einen unaustilgbaren Schandfleck nannte, als ein Haschier in der Nacht zu ihm kam.

Er war gefaßt, wenn es nur zwei wären, sein Leben zu wagen, und schnappte beim Einlassen die Thür ab, im Fall mehrere draußen wären. Der Hafsquier erkundigte sich aber nur, ob keine verdächtigen Leute (Stäfner) da schliefen und setzte seinen Lauf fort und arretirte an einem andern Ort einen armen Handelsmann, der vom See hergekommen und dem Zunftmeister Fries als verdächtig aufgefallen war, weil er einen großen Hut hatte, wie ihn die Stäfner zu tragen pflegten. Er gab uns auch Nachricht von dem Verhör, wie es bei der Versammlung in Wädenschwyl gewesen. Auf die Frage, was auch der Grund zur Verweigerung der Truppen sei, gab er zur Antwort: Furcht, es möchte gehen wie in der Stäfner Geschichte, wo es auch unbekannt war, wozu die Truppen aufgerufen wurden.

Alle Bauern im Wirtshause trugen Kofarden und man sprach freimütig genug. Der Haß gegen Zürich prädominirt in allen Vorstellungen. Es erzählte mir ein Mann, daß jeder, der sich geweigert, dem Aufruf gegen Stäfa zu folgen, mit Ruten an der Stud gestrichen sei und so über 100 bestraft worden wären. Auch erzählte man mir, daß von den aufgeförderten und abmarschirten Truppen ein großer Theil angeworben und mit 7 bis 10 Kronenthalern angekauft sei. Zu Kyburg fand man unter dem Mist Flinten und Pulver versteckt, wahrscheinlich damit es nicht in die Hände der Landleute fiel.

Welch eine Sammlung von niedrigen Ränken würde man finden, wenn alles Detail der bisherigen Regierung herauskäme. Es war ein Glück, daß sie gegen die Natur kämpften und daher überall zu kurz kamen. Gerade die Besseren und Denkeren standen zusammen und die Not ersetzte die Erfahrung. Man besetzte das Amthaus zu Töß, wo man Unterhalt für Truppen finden konnte. Man errichtete von Seiten des Landes genaue Kommunikation und man handelte nach einem gemeinschaftlichen Plan, aber freilich steckten die Wölfe auch unter denen, die es redlich meinten, und es ist ein Wunder, daß bei der Menge Verräter, Schelme und erkaufter Niederträchtiger kein eigentliches Unglück geschehen ist. Schauderhaft ist es, dem Kampf der Kräfte der Unmündigen mit der Bosheit und List der bisherigen Unterdrücker zuzusehen! Der Menschenfreund zittert, die gute Sache in der Nothwendigkeit zu sehen, in die Arme der roheren, aber doch

besseren Menschen flüchten zu müssen. Wenn die Natur nicht Vormund ihrer verwaisten Kinder würde, verloren wären die Wünsche und stillen Leiden so vieler Redlichen. Aber das Werk der Natur hört nie auf. Aus dem Verderben selbst bereiten sich die Heilkräfte, und dieselben Mittel, die Menschen unterdrücken, sind zur Befreiung vom Druck notwendig. Hätte man nicht so viele Menschen um Meinung willen leiden gemacht, das geheiligte Recht des freien Denkens wär nicht in so vielen Herzen in einer Flammenschrift hervorgetreten, die der Despotismus vergebens auslöscht. Hätte man nicht die Bessern und Würdigern von Aemtern, und namentlich bei der letzten Bürgerwahl, auszuschließen gewußt, die gerechte Sache hätte vielleicht um so viel weniger Verteidiger gehabt. Wären die Männer, die der Volksache sich annahmen, nicht entschlossen gewesen, sich der Gewalt zu bemächtigen, die im Volke noch ohne bestimmte Richtung lag, es wäre, sie hätten es noch so gut meinen mögen, um die gute Sache geschehen gewesen. — Bei Betrachtung der Züricher Revolution muß man darauf kommen, daß die ehemalige Regierung, so sehr sie die Revolution aufzuhalten suchte, doch selbst ihren Gang eingeleitet hat. Dadurch, daß sie in das Volk einen Nachtrieb legte, wurde in der Folge der Zeit den Führern von selbst ein Zügel in die Hand gelegt, durch den sie ohne große Erfahrung die Gewalt in die Hände bekamen. Durch die Menge Schlechtigkeiten, die sie erfahren, wurde zuerst ein edleres Selbstgefühl in ihnen aufgeregt und so verband sich mit der Kraft eines Naturvolkes und dem einfachen Sinn seiner Anführer die Kraft der Einfachheit guter, edler Zwecke. Die Geschichte wird es aufbewahren, daß man es sich, ohne einen guten Grund in einer wirklich allgemeinen moralischen Unverdorbenheit des Volkes anzunehmen, nicht erklären könnte, wie es ohne Mord und Todtschlag und Gräuel aller Art abging.

Den 16. März wanderten wir im lieblichen Morgenlichte mit Ruhe und Frohsinn im Herzen gen Rike. In Sehen fanden wir an dem Freiheitsbaum folgende Verse:

O Schweizer, deiner Freiheit Rechte,
 Die deiner Väter Mut erfocht,
 Die schütz und werde nie zum Knechte,
 Wie sehr der Königsflave pocht.

Laßt uns erneu'n den edlen Mut,
Der Alles für sein Land, nichts für sich selber thut.

Bei jedem Hause oder Hofe stand so ein Baum mit wehenden Bändern. „Ich schäme mich“, sagte mein Freund, „im Lande, das die ganze Welt frei glaubte, diese Zeichen wahrzunehmen.“ Für mich hatte die Vorstellung etwas Erheiterndes, an einem Band und Spielwerk die menschliche Freude geknüpft zu sehen, die wie ein Sprosse neuer Humanität hervorzubrechen scheint. Ueberall hatten die Leute heitere Gesichter und die Kinder sagten: „Bring mir auch eine Freiheitsrose.“ So nennen sie in ihrer malenden Natursprache die Kokarde. Wir kamen gegen Mittag nach Rife. Ich hatte mir ein Bild von einem Untervogt gemacht und hatte die Ueberraschung, in einem Menschen mein Bild mit einer Amtsmiene zu vergessen und zu verlieren.

Rudolf Egg. Mit unruhiger Erwartung sehnte ich mich, den Mann zu kennen, in dessen Händen bisher die gute Sache des Volkes lag und der ihr vorzüglicher Lenker war. Ein einzelner Hof mit einer Sägemühle an der rauschenden Töfz, umgeben von tannenbewachsenen Hügeln, die ein kleines, stilles Thal bilden, war Eggs bisherige Wohnung. Die Gegend heimelte mich an, auch wenn mein Freund mir nichts gesagt hätte, daß er hier seine glücklichsten Sommerstunden lebte. Hier lebte der junge Egg seine Kindheit in abgeschiedener Stille im Schoß des häuslichen Friedens seiner würdigen, allgemein verehrten Eltern. Jugendkraft und Unverdorbenheit wurden hier außer einem Vermögen sein schönes Erbteil. Er trat im 19. Jahr in die Stelle seines Vaters als Untervogt und erhielt sich die Liebe und Verehrung, die seine Eltern allgemein genossen hatten. In diesem Verhältniß, wo er viel mit Menschen zu thun hatte, lernte er auch das Maschinenwerk der alten Verfassung genauer kennen. Dieser so von der Natur und der menschlichen Freude erzogene Mensch sollte der Führer der guten Sache werden. Ich stand im Hofe vor seinem Hause still. Ich sah die Mutter nach dem Knaben gehen, ich sah den jungen Egg mit einem Landmann sprechen, und dachte mich auf einen Augenblick aus dieser ländlichen Stille in das verwirrende Gewühl verworrener Stadtverhältnisse. Mein ganzes Herz ging mir auf, als ich den ersten Blick in Eggs Wohnung und Wohn-

stelle gethan hatte. — Wir sprachen über dem Essen, und dadurch, daß ich verschiedenes, worüber ich sprechen wollte, aufgeschrieben hatte, stießen wir schnell auf Ähnlichkeiten des Denkens und Empfindens, wobei das angenehme Gefühl, daß die Natur zu gleichen Zielen führt, uns wechselseitig überraschte. Er hat Gesundheit und eine Wärme der edleren Leidenschaften, die, bei der Kälte und Ueberlegung seiner Handlungsmaßnahmen, mir den Mann mit Anlagen zu einem nicht gewöhnlichen Menschen verrät. Dieses frohe Gefühl, das mich bei dem Gedanken ergriff, die gute Sache in der Hand und dem Herzen eines solchen Mannes zu wissen, konzentrierte die Kraft meiner Seele. Ich vergaß durchaus alle Nebenrücksichten und der Mensch sprach zum Menschen und ich legte ihm die reinsten Resultate aller Erfahrungen und Beobachtungen meines Lebens, besonders insofern sie mit der letzten und jetzigen Zeit im Zusammenhang waren, vor. Mit inniger Menschenfreude umarmte ich den wackeren Mann und wanderte mit ruhig frohem Herzen an der Seite meines Freundes in der Dämmerung heim. Wir trafen überein: 1) Ueber Einschränkung der Deputirten. 2) Honorableren Aufenthalt der Landdeputirten. Egg hatte schon früh darauf bestanden. 3) Errichtung einer Druckerpresse. Alle Mühe, eine zu bekommen, war durchaus vergebens und gewiß von Aristokraten verhindert, denn sie wollten 60 Louisdor daran wenden. 4) Sammeln verschiedener Denkenden aller Aktenstücke zur Geschichte der Zeit für ein Blatt: „Aktenstücke der Zeit und der Wahrheit.“ Ein Wink verbreitet oft Ideen. 5) Hinderung der Auswanderungen. 6) Untersuchung der Nationalkassen, wobei vieles enthüllt werden möchte. 7) Schleifung der Festung. 8) Forderung der Prozeßakten von Stäfa. 9) Dankadresse an Brune, falls er nach Zürich kommt, wozu ich einige Ideen zu entwerfen versprach.

Den 17. März. Ich hatte mit Willen, weil ich abends müde war, nicht erst als am Morgen an einen Entwurf einer Adresse denken wollen. Ich schrieb sehr schnell zuerst ein paar Worte im Namen der Kinder, die die Dankadresse überreichen sollten:

General! Ces enfants viennent au nom de leur patrie vous présenter l'adresse de leur pères. S'ils sauroient se faire comprendre ils diroient sans doute: nous avons vu les expressions de joie sur les visages de nos parents et nous

avons souhaité de voire notre bienfaiteur et de lui rémercier. On nous a dit: il ne comprend pas votre langue. Nous avons répondu, qu'il donc régarde en nous la gratitude, qui manq de la parole.

Adresse an den General:

General! La reconnaissance s'approche de grands hommes par l'instinct de la nature et la pureté de ses intentions lui serve de guide; elle peut supposer que celui, qui sait répandre des bienfaits, connoisse aussi le besoin d'en rémercier et elle n'est point decouragé par la foiblesse de ses expressions, parcequ'elle n'ignore, qu'avec la grandeur d'un bienfait se diminue la capacité de l'expression du récevant. C'est notre cas, general! mais le sentiment même, qui nous pénètre, nous est garant de votre indulgence. La posterité lira dans les annales des siecles: L'an 1798 la grand Nation Française retablit la liberté d'un peuple, auquel la nature même déjà dans un temp bien réculé inspira le premier desir de la liberté et aucun temp ne saura effacer dans nos coeurs l'inscription sacré de la reconnoissance. Nous réçumes de nouveau le grand bonheur, acquis par nos pères et perdu par les injures des temps, par les grands generals de la grande Nation — Brune et Schauenburg.

Dies schnell und still und einfach, aber niedlich ausgeführt, müßte ihn freuen und beleidigte niemand. An Mengaud müßte man apart Deputirte senden.

Den 18. März. Abends im Brühl. Kontrast des Untervogts Egg und Bretschers. Jener ruhig, sanft, nicht fürchtend, seiner Kraft bewußt; dieser alles schwarz sehend, wild und auffahrend, von persönlichem Ehrgeiz beherrscht. Ein Glück ist's, daß Egg ganz die Gabe besitzt, ihn immer herumzubringen. Die Bauern sind wild ungehalten über die Langsamkeit der Verhandlungen der Landkommission; man hat ihnen die Kanonen versprochen und es ist umsonst, sie davon abzubringen. Unglücklicher Weise verfallen viele darauf, ihren Deputirten Hochmut vorzuwerfen. — Man erzählte mir, am See weinten viele hunderte von Menschen, als die Deputirten des Komités auseinander gingen und nannten sie „unfere Retter“. Statthalter Wyß, als er Bodmer sah, ging zu ihm, faßte seine Hand: Ich bitt Euch, verzeihet mirs, alter Bodmer,

auch ich hab mich an Euch schwer versündigt. — Bodmers Umriß hing an der Wand. Ihr seid nicht gut getroffen, sagte Statthalter Wyß. Ich wüßte nicht, sagte Bodmer, daß ich jemand so still gehalten hätte, als dem Scharfrichter und dem Diog *). — Dem Pestaluzz trauen sie nicht recht. Bodmer nennt ihn nur den „Bruder Klaus“.

Den 19. März. In meiner Seele war in diesen Tagen Kraft erwacht, die mich zu dem Entschluß brachte, nach Italien zu gehen. Ich fühlte, daß der letzte Winter meine Seele mit Gedankenkraft bereichert hat und daß aus jedem veränderten Standpunkt der Rückblick wohlthwendig und erheiternd sein wird und ist. Morgen fort! war die Lösung.

Den 20. März. Abschied von Wegmann. Wir haben uns als Menschen kennen gelernt und als Menschen gedient. Sie haben reine, humane Liebe erwiesen. Ich freue mich dieser Schuld, die der Humanität gehört. Man kann es nicht wissen, wie die Dinge kommen; aber gewiß geht kein wahrhaft Gutes verloren. Treue auf Leben und Tod in Glück und Unglück! Auf dieses umarmte ich den Mann, der meine letzten Worte wiederholte und den ich mit einem Gefühl verließ, durch welches mir das Leben lieber und leichter ist.

Den 21. März. Die Freiheitsfahne wehte zum ersten Mal am Münster und vor dem Rathause, als wir zum Grendel hinausfuhren. Ich sah auf Zürich zurück. Aus dem furchtbaren Centrum der Staatsmaschine war in meiner Vorstellung ein Haufe von Menschenwohnungen geworden, in welchen jetzt die Stimme der menschlichen Natur wieder hörbar wird, anstatt bisher der magische Zauber eines eingepflanzten Wahnes und das Unwiderstehliche der kombinierten Gewalt, die alle Formen des Denkens in den maschinemäßigen Kreislauf einer Uhr gestellt hatte, an welcher Despotie und Furcht die großen Ziehgewichte waren. — Man landete bei der Sonne in Rüfnacht. Egg war da; wir umarmten uns und es that mir wohl zu denken: vor vierzehn Tagen noch wär es ein schreckliches Verbrechen gewesen. Es war ein Triumph fürs Herz, seine edleren Empfindungen für Freiheit und Gleichheit den Menschen an den Tag gelegt haben zu dürfen. Ueberall schimmerten Frei-

*) Schweizer Maler und Kupferstecher.

heitsbäume. Kinder sangen am Ufer, was sie singen gehört hatten und es freute mich von einem zu hören: es ist um der Kinder willen. Auch das Grenzzeichen zwischen Stadt und Land, ein Haufen von Steinen, der Klaus genannt, war umgestürzt.

Es war schon einbrechende Nacht, als wir nach Stäfa kamen. Man erzählte uns manches Detail von der ausgeübten Härte der regierenden Gewalt. Man glaubte Szenen aus den Zeiten der Fehmgerichte und der reichsbürgerlichen Barbarei zu hören. Ich war selber im Schiff mit einem Schefelberger gefahren, der um 500 fl. wegen eines Briefes gestraft war. Zunftmeister Wegmann war den Leuten im Wirtshause (Brentli) unvergeßlich. Er hatte sie getröstet: Denket, daß ihr ein Kapital gut angelegt habt und daß ein Quervind sich heben kann, der die von euch Gefegelten wieder in eure Arme führt.

Den 22. März. Nachmittags langten wir in Glarus an. Salomon Orty nahm mich in eine politische Gesellschaft seines Dörfchens Ennenda mit. Man hörte heftig gegen die Franzosen und eine neue Konstitution eifern. Das unsinnige Volk kennt nur die Argumente der Fäuste. Die Gemäßigten waren auch hier in großer Gefahr, und nur mit Mühe brachte man es dahin, daß von der Kanzel die Aufforderung geschah, es möchten diejenigen, die solche verdächtige Menschen kennen, es bei Eid und Gewissen anzeigen.

Den 23. März. Abends im Wirtshause. Man setzt sich um den Tisch und läßt sich Wein, Brod und auch Käse reichen. Dann wird politisirt und allerhand gekanngießert. Es wurde sehr gemäßigt gesprochen; die gegenwärtigen Personen waren alle von der Notwendigkeit des Nachgebens und Anschließens an die andern Kantone und des Nicht-Ueberwartens oder Verspätens überzeugt. Die Berichte vom Landammann Zweifel, der als ein sehr staatskluger Mann und Volksführer sehr geachtet wird, scheinen vielen Einfluß darauf gehabt zu haben.

Den 24. März. Ich besuchte Martys Vater*) im Adler und wurde freundlich aufgenommen.

Den 25. März. Trümpi kam freudig gelaufen und erzählte von der neuen Einteilung in die Rhodanische, Helvetische und Rhätische Republik. In Ansehung der Bergkantone Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug erklärte General Brune, die französische

Nation halte es ihrer unwürdig, ein friedliches, genugsam demokratisirtes Bergvolk in seiner Ruhe zu stören, und überlasse es ihnen, sich der neuen Helvetischen Republik anzuschließen.

Den 26. März. Fortwandern aus Ennenda. Ich fühlte von neuem, daß ich in Glarus nicht wohl einheimisch werden könnte. Das feinere, edlere Menschenbedürfnis wird nicht gefühlt und an andern nicht verstanden.

Den 27. März. Ich trug meine Reisetasche und Zeichnungen selber von Ragaz nach Jenins. Herzlich freute man sich dort meiner Ankunft, und auch ich war herzlich froh der Ruhe, die in dieser friedlichen Wohnung herrscht, wo ich von der politischen Welt wenig oder nichts höre.

Politische Feriengedanken.

Von R. v. S.-S.

Zu Zeiten, da die gewöhnliche Tagesarbeit ruht und den Gedanken mehr Freiheit als sonst geboten wird, ist es vielleicht nicht müßig, die Dinge, die sonst in Gestalt der verschiedenen Einzelfragen und -Aufgaben herantreten, einmal vom Gesichtspunkte der Allgemeinheit aus zu betrachten und dabei den eignen Standpunkt so hoch und so weit zu nehmen, als einem das irgend gelingen will. Die Vogelperspektive birgt zwar immer den Uebelstand, daß das Bild mit zunehmender Weite undeutlicher wird, und einem „Standpunkte auf der Höhe“ lagern sich leicht Wolken vor, die das Erkennen erschweren. Dennoch kann eine solche Umschau orientirend und für die nachfolgende Arbeit im Thal förderlich sein. Zumal für uns Balten dürfte das zutreffen, da das Gebiet unseres politischen Daseins, so eng begrenzt es im Vergleich zum weiten Reiche unserer Zugehörigkeit und vollends zum Umfange der Weltpolitik erscheinen mag, doch eine besonders reiche Fülle von Erscheinungen aufweist, deren Einklang und Verbindung zu einem Gesamtbilde schwer fällt. Wie viel an Fortentwicklung, Umgestaltung und Veränderung hat nicht der ver-

*) Marty der Sohn war Banquier in Riga.

hältnißmäßig kurze Zeitraum der letzten 40 Jahre diesen Provinzen gebracht. Fast will es uns dünken, daß das Maß dessen, was ein Land in gegebener Zeitspanne an Veränderungen der Lebensformen zu ertragen im Stande ist, hier schon ein übervolles ist, und doch sehen wir die zwei Hauptmotore der Fortbewegung, das provinzielle Bedürfniß naturgemäßer Ausgestaltung und den staatlichen Anspruch auf Uniformität unter vollem Druck fortwirken. So heißt es denn immer noch und immer wieder: „Vorwärts!“ Diese treibenden Kräfte aber wirken oft so wenig in einheitlicher Richtung, daß in der Beurteilung dessen, was das Staatsinteresse fordert und das provinzielle Wohl verlangt, jene alte Divergenz zu Tage tritt, die so oft schon von der einen Seite als Folge des unbeugsamen Separatismus der Balten gekennzeichnet, von der anderen Seite als Ausfluß bureaukratischen Schematismus beklagt worden ist. Je weiter aber zu Zeiten solche Divergenz klappt, um so entfernter liegt der gemeinsame Ausgangspunkt, jener Vereinigungspunkt, in welchem die staatliche Fürsorge und das provinzielle Bedürfniß sich in übereinstimmender Erkenntniß des Notwendigen und Heilsamen finden könnten. Das hat denn auch diese „Feringedanken“ veranlaßt, über die konkreten Fragen der Gegenwart einmal weit hinauszuschweifen und sich vor die großen, allgemeinen Probleme menschlichen und staatlichen Gemeinschaftslebens zu stellen. So gering auch die eigene Befähigung dazu bewertet wird, so groß ist doch das Verlangen nach Verständniß — denn: ohne Verständniß keine Verständigung, ohne Verständigung kein Frieden, ohne Frieden kein Gedeihen.

Treten wir denn mit kühnem Entschlusse vor die Fragen: Was ist die menschliche Gesellschaft? Was bedeutet der Staat? Gibt es diesbezüglich ein greifbares Resultat der Wissenschaft und ein Fazit geschichtlicher Erfahrung?

Die Schöpfungsgeschichte läßt im Anfange zwei menschliche Wesen entstehen, die verschieden geartet sind, aus deren Vereinigung die Menschheit dann allmählich in ihrer Vielzähligkeit und Mannigfaltigkeit hervorgeht. Schon Aristoteles nennt den Menschen ein ζῷον πολιτικόν und bezeichnet ihn damit als ein Wesen, das des Zusammenschlusses mit anderen seiner Art bedarf und sich dieser Nötigung bewußt ist. Ein stetes Sich-Vereinigen und Sich-Trennen, nur um neuen Zusammenschluß zu suchen, erscheint als der Inhalt

des Lebenskampfes und der Menschheitsgeschichte. Welcher Art sind nun diese Zusammenschlüsse und was ist das Gemeinsame in der unendlichen Fülle ihrer diversen Erscheinungsformen?

Heute mehr denn je müht sich der Menscheng Geist um die Beantwortung dieser Frage, und mit den Naturwissenschaften parallel läuft die Sozialwissenschaft. Die Erörterungen und Untersuchungen über Entstehung und Charakter menschlicher Gemeinschaften füllen bereits Bände und bilden Bibliotheken. Mögen nun auch die Resultate solcher Forschungen, wie sie u. A. in dem großen, hervorragenden Werke des ehemaligen kurländischen Gouverneurs, Geheimrat Paul von Lilienfeld, „Gedanken über die Sozialwissenschaft der Zukunft“ enthalten sind, noch keine einwandfreie und abschließende Beantwortung der Frage sein, ob die menschliche Gesellschaft ein den Organismen des Tier- und Pflanzenreiches seinem Wesen nach gleicher, realer Organismus sei oder nicht, so besteht doch darüber kaum mehr ein Zweifel, daß das Gemeinschaftsleben in den diversen menschlichen Vereinigungen, von der Familie aufwärts bis zum Staat, weitgehende Analogien mit dem organischen Leben der Natur aufweist. Und wenn ein Heinrich von Treitschke dem entgegen in seinen posthum herausgegebenen Vorlesungen über „Politik“ vor der Auffassung des Staates als eines Organismus, der organischen Gesetzen folgt, warnt, weil solche Auffassung leicht zu Trägheit und zu einem *laissez aller* führe, so ist diese abweichende Stellungnahme ersichtlich mehr aus pädagogischen als wissenschaftlichen Erwägungen und Bedenken hervorgegangen. Uebrigens verfißt Niemand mehr als derselbe Patriot und Staatsrechtslehrer die Anerkennung des Staates als „Persönlichkeit“, und dürfte denn doch dieser Begriff unter Abstraktion von organischer Entwicklung schwer aufrecht zu erhalten sein.

Sehen wir nun zu, ob und in wie weit die charakteristischen Merkmale des Organischen, — des Lebens überhaupt, — in der Natur und in der menschlichen Gesellschaft übereinstimmend zusammenreffen. Eine geheimnißvolle Kraft, jenes schöpferische „Es werde!“, das in Keim und Samen gelegt unter bestimmten Bedingungen eine bestimmte Entwicklung hervorruft, verbindet die verschiedenartigsten Stoffe und Elemente zu Einheiten, bringt die so entstandenen Gebilde als Organe einer neuen Einheit

unter einander in Wechselwirkung, in Ueber- und Unter-Ordnung und schafft so in allmählichem Aufbau vom Kleinen zum Größeren, vom Einfachen zum Zusammengesetzten ein lebendes Individuum, das in vorausgesehener Gestalt und Eigenschaft entsteht, sich entwickelt, seinen Höhepunkt erreicht, für die Fortexistenz seiner Art sorgt und dann nach und nach vergeht, d. h. sich wieder in Atome und Elemente auflöst, die dann von anderen Organismen als notwendige Bedingungen ihres Werdens und Seins aufgenommen werden.

Nicht anders auch mit den Gebilden innerhalb der menschlichen Gesellschaft. Auch hier hat die Vorsehung dafür gesorgt, daß die Vorbedingung aller organischen Verbindungen, die Verschiedenartigkeit der sich suchenden Elemente in der Ungleichheit der Menschen nach Geschlecht, Alter, körperlicher und geistiger Anlage zc. vorhanden sei. Auch hier der Vorgang der Entstehung primärer, kleiner Gemeinschaften, die sich mit anderen zu größeren Einheiten verbinden; ein Fortschreiten vom Engen zum Weiten, vom Primitiven zum Komplizirten. Auch hier Wachsen und Vergehen, und wieder Erstehen. — In der Verbindung von Mann und Weib als Ehe ist die Urzelle aller gesellschaftlichen Organisation gegeben; Ehe und Familie sind theoretisch und empirisch betrachtet der Ausgangspunkt aller Staatenbildungen. Nun aber giebt es doch auch Unterschiede zwischen den menschlichen Vereinigungen und den Organismen des Naturreiches, die auf den ersten Blick die ganze Parallele zu vernichten scheinen. Während in dem einzelnen Organismus des Pflanzen- und Tierreiches die Teile und Organe nur in Folge des Ganzen, und nur in dieser Verbindung leben und existiren, haben die Teile und Organe der menschlichen Gesellschaft, bis herab zum einzelnen Menschen, neben und außer dem Gemeinschaftsleben auch ein Leben für sich. Hier stehen der Gesammtindividualität Teilindividualitäten gegenüber. Ihre Zugehörigkeit zu größeren Gemeinschaften besteht zwar, aber aus teilweise freier Wahl hervorgegangen, läßt sie die Naturnotwendigkeit und das Gesetzmäßige der Zusammenschlüsse wenig sichtbar werden. Auf dem sozialen Gebiete hält es ferner schwer, die hier vorhandenen Organisationen als in sich abgeschlossene, einzelne Organismen zu umgrenzen; ihr Zusammenhang mit anderen ist oft wieder ein so enger, selbst wieder

organischer, daß es einen dazu führt, erst die gesamte Menschheit als den einen, abgeschlossenen Organismus anzusehn. Vor Allem aber sehen wir ein Moment wirksam sein, das scheinbar den Gegensatz von Gesetz und Naturnotwendigkeit darstellt: es ist das der Freiheit. In sehr verschiedenem Maße wirkt dieser Faktor mit, aber er fehlt fast nirgends. Während bei gewissen menschlichen Vereinigungen die von der Natur gegebenen Voraussetzungen und Nötigungen vorwiegen, giebt es andere, die fast ausschließlich auf Willensfreiheit und Selbstbestimmung beruhen und bei denen das Walten irgend eines Gesetzes schwer erkennbar wird. Sieht man aber näher zu, so findet sich, daß wie einerseits bei den natürlichen und notwendigen Zusammenschlüssen doch immer Momente der Freiheit (des Sich-Löslösen-Könnens und des Zusammenbleiben-Wollens) fortbestehen, so andrerseits bei den scheinbar ganz freien und willkürlichen Vereinigungen hinwiederum von der Natur gegebene, durch Geburt erlangte, von Interessen geforderte, kurzum vom Willen unabhängige Momente mitspielen. Entzieht nun dieses Moment der Freiheit, das wir zugeben müssen, nicht unserer Auffassung über die organische Natur des menschlichen Gemeinschaftslebens doch den Boden? Wir meinen nicht! Fassen wir das uns zunächst interessirende soziale Gebilde, den Staat, näher ins Auge, so sehen wir auch hier beide Faktoren, Zwang und Freiheit, ineinandergreifend thätig. Sowohl die rein mechanische Auffassung des Staates als eines bloß zwangweise zusammengefügt und zusammengehaltenen Ganzen, wie auch diejenige eines ausschließlich auf freier Vereinbarung beruhenden Gebildes (contrat social) sind unhaltbare Standpunkte. Sind auch die Staatenbildungen durch geographische Verhältnisse veranlaßt, durch die natürlichen Unterschiede des Menschengeschlechtes nach Rassen und Nationen beeinflusst, und werden selbst die Resultate der geschichtlichen Entwicklung für die Gegenwart und Zukunft zu bestimmenden und zwingenden Ursachen und Bedingungen der Fortentwicklung, so ist es doch kein bloßes Müßen, sondern zugleich ein Wollen, kein bloß äußeres Zusammengefügtsein, sondern auch ein inneres Zusammengehören, das dem Staat erst den wahren und festen Zusammenhalt giebt. Auf diesem Moment der Freiheit beruht ja wesentlich das, was wir unter Patriotismus und Vaterlandsliebe verstehen, und was

einen Staat und ein Volk erst groß und stark werden läßt. Wie aber rangirt nun diese Freiheit, dieses So- und auch Anders-Können, in die Gesetze organischer Entwicklung? Eines ist gewiß, es entrückt diesen Organismus der greifbaren und sichtbaren Welt des Naturreiches und erhebt ihn in übergeordnete Regionen, in denen auch dasjenige, was wir hier „Freiheit“ nennen, auf Vorsehung und Gesetz beruht. Fühlen und erkennen wir es denn nicht, daß hinter jeder menschlichen Freiheit doch immer irgend ein kategorischer Imperativ steht?! Nehmen wir selbst die eigentlichste Domain der Freiheit, das sittliche und religiöse Gebiet, wir finden das Ideal erst erreicht, wenn das „Wollen“ sich mit einem „Sollen“ deckt. Auch der Freiheit liegt also ein Gebot zu Grunde und die Freiheit besteht in der inneren Aneignung solchen Gebotes: das ist die Freiheit auf sittlichem Gebiete, daß man will, was man soll. Ebenso liegt auch dem menschlichen Gemeinschaftsleben auf sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete eine Vorausbestimmung zu Grunde und die Freiheit der Entwicklung ist in Wahrheit nichts anderes, als eine dieser Vorausbestimmung gemäße Entwicklung. Jener wunderbare, göttliche Urgrund alles organischen Lebens: daß es wird wie es werden sollte oder zu Grunde geht, er besteht, trotz aller menschlichen Freiheit, auch für die menschliche Gesellschaft und für ihre Gemeinschaftsgebilde. Auch hier geht alle Entwicklung vorausgesehenen Zielen entgegen; zwar nicht immer gradlinig, sondern häufig durch Irrtum und Schuld abgelenkt, dennoch darauf hin, und darum giebt es innerhalb der menschlichen Gesellschaft wie im Naturreich eine natürliche und gesunde Entwicklung, neben einer unnatürlichen und krankhaften Verbildung. Ist dem aber so, und wir meinen, die Menschheitsgeschichte giebt dafür die sprechenden Belege, dann dürfen uns die freiheitlichen und scheinbar zufälligen Momente, die bei Begründung der menschlichen Gemeinschaften mißspielen, nicht bestimmen, ihnen die organische Natur abzuspochen. Hindert es uns doch auch nicht den einzelnen Menschen trotz seiner geistigen und seelischen Freiheit und Selbstbestimmung als einen Organismus anzusehn, ja, müssen

wir nicht sogar anerkennen, daß Seele und Geist selbst ungeachtet ihrer Unsterblichkeit und ihrer Erhabenheit über die blinden Naturkräfte auf Erden dennoch derselben natürlichen Entwicklung vom Entstehen bis zum Vergehen unterworfen sind! Wohl giebt es da der ungelösten Rätsel und Fragen die Menge. Aber die giebt es im sichtbaren Naturreich nicht minder als im unsichtbaren Geistesreich. Wollte doch einem Helmholtz die Grenzlinie zwischen „Organischem“ und „Unorganischem“ ins Schwanken geraten, weil er die ausreichende Definition nicht fand. Woher aber auch eine solche nehmen, wenn doch alle weitgehenden Erfolge der Naturwissenschaft die Fragen nach wie vor offen lassen, was „Kraft“ und „Materie“, was „Leben“ und „Naturgesetz“ seien, und was jene große, letzte Einheit, jenes „von Ihm und zu Ihm aller Dinge“ eigentlich bedeute?!

Es muß uns in der Sozial- wie in der Naturwissenschaft daher zunächst genügen, daß wir dennoch das Lebende vom Todten und das Organische vom Unorganischen zu unterscheiden gezwungen sind. Die Notwendigkeit ist immer ein Teil der Wahrheit, und daher vergehen wir uns vielleicht nicht allzu schwer gegen die Anforderungen der Wissenschaftlichkeit, wenn wir angesichts der zu Tage liegenden Analogien mit dem uns umgebenden Reich der Natur die menschliche Gesellschaft und in specie den Staat als Organismus betrachten und von diesem Gesichtspunkte aus ihn zu verstehen suchen.

Wir lernten bereits Eingangs als das wesentliche Merkmal des Organischen eine Einheit kennen, die etwas ganz Anderes ist als die Homogenität unorganischen Stoffes, eine Einheit, die sich aus Teilen zusammensetzt, denen selbst eine gewisse Individualität anhaftet, die selbst Einheiten, und zwar verschieden geartete bilden, und die alle, jede in ihrer Art, dem einen Hauptzwecke dienen, das Leben des Gesamtorganismus zu begründen und zu erhalten. Kein Organismus läßt sich in gleiche Teile teilen, sondern nur in einzelne Glieder oder Organe zerlegen, und es leuchtet ein, daß gerade dadurch die Einheit, die der Organismus darstellt, eine viel festere und höherstehende ist, als sie denjenigen Dingen innewohnt, die man beliebig, ohne ihr Wesen dadurch zu ändern,

in Stücke zerteilen kann. Es liegt ferner auf der Hand, daß je höher der Organismus auf der Stufenleiter der Lebewesen steht, je mehr Aufgaben er im Gesamtreiche der Natur zu erfüllen hat, er um so mehr in seinen Teilen differenzirt und gegliedert sein muß. Es steht endlich fest und ist experimentell erwiesen, daß die Teile und Organe nur bestehen, um der von ihnen zu verrichtenden Funktionen willen, und daß sie verkümmern und vergehen, sobald ihnen die Möglichkeit solcher Bethätigung genommen ist (so haben z. B. Fische in Gewässern, da kein Licht hinzugelangen kann, keine Augen mehr u. dergl. m.). Es sind also die Zwecke und Ziele das Vorausgehende und Erste, und die konkreten Lebensformen das durch erstere Bedingte und Nachfolgende.

Ist der Staat nun ein Organismus, so müssen die Hauptprinzipien des Organischen auch auf ihn anwendbar sein. Auch für ihn wird es sich um eine Einheit handeln, die in der rechten Gliederung besteht; auch er wird um so mehr verschiedenarteter Organe bedürfen, je reichhaltiger und höherliegend die Aufgaben sind, die er innerhalb des Ganzen der Menschheit zu erfüllen berufen und bestrebt ist, und auch im Staate sind es die Zwecke und Bedürfnisse des Lebens, welche die Lebensformen hervorrufen und erhalten. Diese selbst sind daher, sowohl was die Teile und Organe wie was den Gesamtorganismus betrifft, weit mehr und etwas anderes als bloß zufällige Gestaltungen und willkürlich gewählte Gefäße, in denen das Leben enthalten und eingeschlossen ist, sie sind vielmehr der mit der Seele verbundene und selbstlebende Körper. Wie nun auch der physische Organismus nur bis zu einem gewissen Grade Eingriffe von außen her verträgt und in Krankheitsfällen gar verlangt, so auch der staatliche Körper. Wo die Lebensbedürfnisse gewachsen und sich verändert haben, da begehren sie nach Vermehrung und Veränderung der Lebensformen; soll aber solche Veränderung Fortentwicklung und nicht Umwälzung, Reform und nicht Revolution sein, dann wird es in erster Linie darauf ankommen, daß diejenigen Organe unverletzt bleiben, die das innere Lebensbedürfnis sich geschaffen, deren Erhaltung, Stärkung und Erweiterung: Bedingung der Fortentwicklung ist, deren Schwächung und Vernichtung aber: Siechtum und Tod bedeuten.

Welch schwere Krisen, welch schwere Verluste hat es der Menschheit allemal gekostet, wenn sie, vom uralten Wahngebilde der Gleichheit erfaßt, jene organischen Grundgesetze verkannt und in blindem Fanatismus zerstört hat, was das Gemeinschaftsleben sich in allmählicher Entwicklung erbaut hatte. Unser Zeitalter als Erbe jener großen französischen Revolution steht in vieler Hinsicht noch unter den direkten Nachwirkungen derselben. Immer noch übt jenes Postulat der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit seinen verhängnißvollen Zauber auf die Massen aus, deren Augen der Erkenntniß verschlossen bleiben, daß dieses Postulat in Wahrheit soviel unvereinbare Widersprüche als Worte enthält: Gleichheit ist nur bei alleräußerstem Zwange denkbar, und dieser ist das Gegenteil von Freiheit, auf deren Grund allein die Brüderlichkeit sich stellen könnte. Es hilft nichts! Das Begehren ist einmal erweckt und ist stärker als die Einsicht, und mit der Logik der äußersten Konsequenz (die besonders dem Deutschen vorbehalten scheint) und mit dem Instinkte der Zerstörung trachtet die Sozialdemokratie danach, auch den letzten und wichtigsten natürlichen Organismus, Ehe und Familie, aufzulösen. Aber keineswegs in diesen Auswüchsen allein, die als solche denn doch über kurz oder lang erkannt werden müssen, macht sich die beklagenswerte Verwechslung der Begriffe „Einheit“ und „Gleichheit“ geltend, sondern wir sehen sie in gar vielen sozialen und staatlichen Verhältnissen und allemal zum Schaden festgefügtter organischer Einheit fortwirken.

Blicken wir zunächst auf das Volk und Land jener großen Revolution! Fand es etwa nach derselben den Ersatz für die zerstörten Lebensformen und die erhoffte Freiheit? Hat es nicht vielmehr unter Strömen Blutes zwischen seinen Wahniideen der Gleichheit hin und her geschwankt, um immer wieder unter dem zwingenden Joch, sei es des welterobernden Caesars, sei es des aus den wechselnden Majoritäten hervorgegangenen Volkstribunals sich die Gemeinschaftsformen vorschreiben zu lassen und die Freiheit der Selbstbestimmung einzubüßen? Wer wollte wohl diesen nun schon hundert Jahre dauernden Prozeß der Gährung in Frankreich für abgeschlossen ansehen? Wahrlich niemand, der die fortgesetzten Parteikämpfe näher ins Auge faßt und wahrnimmt, daß keine Gleichheit in Nation, Sprache und bürgerlichen Rechten

die Einheit in Gesinnung, Interessen und Lebensauffassung verbürgt. Frankreich ist und bleibt das Volk und Land der Gefahr für den ruhigen und gesunden Fortschritt; seine staatliche Einheit ist durch die Form der Republik weit weniger gesichert als sie es durch eine monarchische Spitze wäre; seine Zentralisation der Verwaltung, verbunden mit dem Mangel historisch gewordener Organisationen und Organe, läßt immer wieder befürchten, daß Paris, jenes alte Zentrum des Wahnes und der Leidenschaft, das ganze Frankreich mit sich fortreißt. Es ist ein Beleg für das geringe staatliche Einheitsbewußtsein der Franzosen, daß dasselbe fortgesetzt an der Imagination eines äußern Feindes und an den Revanche-Gelüsten aufrecht erhalten werden muß.

Nehmen wir ein anderes Staatengebilde der Neuzeit: das neue deutsche Reich! Unter dem Szepter des Königs von Preußen, qua deutschen Kaisers, sind es hauptsächlich zwei staatliche Organisationen, in welchen die politische Reichseinheit sich verkörpert: der Bundesrat und der Reichstag. Jener aus Repräsentanten der Einzelstaaten und ihrer Souveraine zusammengesetzt, dieser aus einer einheitlichen Wahl hervorgegangen, die auf der breitesten Basis des allgemeinen, gleichen und geheimen Stimmrechtes beruht. Man sollte doch nun meinen, daß im Bundesrate der staatliche Einheitsgedanke in Folge divergirender Interessen der Einzelstaaten leicht Not leiden könnte, während der Reichstag in der Vereinigung der Volksvertreter aus Nord und Süd, Ost und West recht eigentlich berufen und befähigt erschien, die Idee der nationalen und politischen Einheit darzuthun. Geht ja doch wohl die allgemeine Annahme dahin, daß Bismarck dieses so weitgehende, gleichmäßig über das ganze Reich sich erstreckende Wahlrecht nur vertrat, weil er eines schwersten Gegengewichtes bedurfte gegenüber der zu befürchtenden Abneigung der deutschen Fürsten vor den Einbußen und Opfern, die das Reichszepter der Einzelsouveränität auferlegen würde. Und heute, — nachdem das deutsche Reich ein Menschenalter bestanden, — wird kaum jemand es anzweifeln, daß es im Zusammenschluß seiner Fürsten und im Bundesrat die weit bessere und stärkere Gewähr seiner machtvollen Einheit besitzt als im Reichstage, der in seiner Parteizerrissenheit und mit seinen Ultramontanen, Polen und vaterlandslosen Sozialdemokraten der zentrifugalen Elemente viel mehr

aufweist als der Bundesrat. — Solchen Beispielen ließen sich leicht noch andere anreihen. Rom als zentralisirender Weltstaat ging zu Grunde und zerschellte an dem der staatlichen Einheit entbehrenden Germanentum; Rom als zentralisirte Kirche bewahrt bisher noch seine außerstaatliche Weltmachtstellung, wie uns dünkt, hauptsächlich dadurch, daß es vom Christentum allmählich gelernt hat, „den Juden ein Jude, den Griechen ein Grieche zu sein“, d. h. den nationalen Verschiedenheiten im eigenen Interesse Rechnung zu tragen.

So zahlreich auch die sonst noch im Völker- und Staatsleben wirkenden und entscheidenden Faktoren sein mögen, das will uns doch als ein allgemeines Fazit geschichtlicher Erfahrung erscheinen, daß nur die reich und mannigfaltig in sich gegliederten Gemeinschaftsgebilde die Stürme der Zeiten überdauern, während in zur Gleichheit aufgelösten Massen der dennoch fortbestehende organische Trieb nur krankhafte, ephemere und sich gegenseitig negirende Vereinigungen hervorbringt. Während die ersteren Organismen darstellen, welchen aus den in natürlicher Entwicklung gewordenen und darum widerstandsfähigen Organen stets neue Lebenskräfte zufließen, sind unorganisirte Menschenmassen stets ein gährendes Element, in welchem jede hineinfallende Wahnidee, jede die Niedrigkeit des Allgemeinniveaus überragende Persönlichkeit den Anlaß zu verderbenbringenden Wucherungen aller Art geben. Nicht nur die ferne Vergangenheit, auch die nahe Gegenwart giebt dafür Belege. Je mehr Organisationen der Vergangenheit der Radikalismus einer für Kritik und Negation besonders befähigten Neuzeit einfach beseitigt hat, statt sie wo erforderlich auszugestalten und zu verändern (Zünfte, Korporationen zc.), um so fieberhafter arbeitet es in der der festen Struktur beraubten Menschenmasse. Die den Einzelnen nahe umgebenden, ihm verständlichen Gemeinschaftsgebilde fehlen, und es entsteht dadurch einerseits ein jeder Gemeinschaft feindlicher Individualismus und Egoismus, andererseits ein ins Unbestimmte schweifender Idealismus, der der faßbaren Realität entbehrt. Im Wechsel und Widerspruch der Meinungen hat dann die Negation erleichterten Sieg, und Nihilismus und Anarchismus treiben ihre menscheits- und staatsgefährlichen Blüten. Das haben fast alle Staaten in

erbitterten Parteikämpfen, in sozialistischen Arbeiterbewegungen und ähnlichen Vorgängen zu erfahren gehabt; das bedingt die Nervosität der Zeit und jenes nicht weichende Gefühl der Unsicherheit und der Erwartung von Katastrophen. Auch die Bewegung innerhalb der russischen Studentenschaft gehört als Einzelerrscheinung ihrem Ursprunge und Verlaufe nach hierher; auch sie ist wesentlich aus dem Mangel organischer Gliederung hervorgegangen und dadurch ermöglicht worden, wie sich das deutlich darin geoffenbart hat, daß sie nur dort keinen Nährboden, sondern die Schranke fand, wo es, wie in den baltischen Provinzen, eine korporelle Gliederung der Studentenschaft und damit naheliegende, der Jugend entsprechende Gemeinschaftszwecke giebt.

Unsere bisherige Umschau hat uns die Analogie des menschlichen Gemeinschaftslebens mit dem organischen Leben der Natur in der Notwendigkeit der Gliederung vor Augen geführt. Mit derselben Evidenz aber leuchtet uns auch die andere Notwendigkeit, die der in sich geschlossenen Einheit jedes Organismus entgegen, und ebenso leicht wird es sein, auch für dieses Erforderniß die Belege aus der Geschichte des Gemeinschaftslebens anzuführen.

Hier nun gilt es den Ausgleich scheinbarer Gegensätzlichkeit zu finden und das Wesen einer Einheit, die der individualisirten Teile ebenso sehr bedarf wie deren festen Zusammenschlusses, zu erfassen.

Jede organische Einheit, wie sie sich in einer konkreten, äußerlichen Gestalt darstellt, beruht auf inneren, intimen Vorgängen, die in einer steten Wechselwirkung der Teile zum Ganzen und des Ganzen zu den Teilen bestehen. Die Teile sind um des Ganzen willen da und das Ganze ist nicht nur Summe der Teile, sondern ist gleichzeitig auch Voraussetzung und Bedingung für die Existenz der Teile, ist also auch um ihretwillen da.

Auch bei Betrachtung des Staates nehmen wir zunächst seine äußere Gestalt wahr, wie diese durch die geographische Abgrenzung, durch die Struktur des Verwaltungsmechanismus und durch alle das Ganze gleichmäßig umfassende Einrichtungen hergestellt wird.

Aber wir erkennen alsbald, daß diese äußere Gestalt nur die Form eines inneren Lebens ist, eines Lebens, welches sowohl von

den Teilen wie von dem Ganzen, von jedem in besonderer Weise auch für sich und um seiner selbst willen beansprucht wird. Im Naturreich regelt und bestimmt eine unbewußt wirkende Naturkraft diese notwendige Reziprozität. In der höheren Weltordnung menschlicher Gemeinschaft wirkt das Moment der Freiheit und Selbstbestimmung mit, und es kommt daher auf ein Erkennen und Wählen der den inneren Bedürfnissen entsprechendsten Lebensformen an. Diese zu finden ist Aufgabe der Staatskunst und Inhalt der Politik. Alle konkreten Maßnahmen derselben werden nun ihr Absehen entweder vorwiegend auf das Ganze, als geschlossener Einheit, oder mehr auf die Theile und die möglichst freie Entfaltung der Einzelkräfte gerichtet halten.

So bilden sich denn im Staatsleben gewissenmaßen zwei Pole, zwischen denen sich die innere Politik bewegt und die wir mit „Zentralisation“ und „Dezentralisation“ bezeichnen dürfen. Alle Staatsbildung ist, dem organischen Wachsen entsprechend, einem Werdegange gefolgt, der in der zunehmenden Assimilierung und Verbindung verschiedener kleiner Gemeinschaftsgebilde zu größeren und in dem Zusammenfügen aller zur Einheit des Staates bestanden hat, ist also im Wesentlichen den Weg fortschreitender Zentralisation gegangen. Aber die Geschichte lehrt, daß auch dieser Weg seinen Kulminationspunkt hat, bei dessen Ueberschreitung die Reaktion im Auseinanderfallen der Teile eintritt. Die Wahrheit, pro casu der Blütezustand staatlichen Lebens, liegt also auch hier offenbar in der Mitte. Es fällt aber nicht leicht, diese Mitte von den weit auseinanderliegenden beiden Standpunkten aus zu bestimmen, und fällt um so schwerer, als die staatlichen Funktionen und Aufgaben keineswegs in der Richtung einer geraden Linie liegen, sondern in den mannigfaltigsten, einander kreuzenden und bedingenden Lebens- und Kraftäußerungen bestehen, bezüglich deren die Norm und das Maß der Zentralisation oder Dezentralisation unmöglich dieselben sein können. Es giebt immer Dinge, die ihrer Natur nach nur vom staatlichen Zentrum aus und im Interesse der Staatseinheit geregelt werden können, und es giebt andere, die sich solcher Regelung schlechthin entziehen. Ein großer Teil aber der Erfordernisse und Gestaltungen des Gemeinschaftslebens bleibt beiden Arten der Behandlung zugänglich und deshalb

kennzeichnen Zentralisation und Dezentralisation dennoch die beiden Hauptrichtungen der inneren Politik.

Die beiden Richtungen entsprechen den beiden Hauptmomenten alles organischen Seins: Einheit und Gliederung. Beiden Auffassungen liegt also Wahrheit zu Grunde, und die aus der jeweiligen Einseitigkeit des Gesichtspunktes resultierende Divergenz wird sich nur in dem Maße verringern, als es gelingt, die besondere Art staatlicher Einheit und Gliederung zu erkennen und die rechte Unterscheidung der der staatlichen Fürsorge unterliegenden Dinge nach obigen drei Kategorien zu machen. In dem engen Rahmen dieser Ausführungen und von dem gewählten Standpunkte der Allgemeinheit aus wird solches nur in weiten Umrissen versucht werden können.

bleiben wir zunächst bei der Einheit. Auch der Staat bedarf einer spezifischen Gestalt. In der einheitlichen Heeresorganisation, in der eine höchste Spitze erfordernden Beamtenhierarchie, in der Einheit letzter, höchster Gerichts-, Verwaltungs- und Gesetzgebungsinstanzen u. s. w. manifestirt sich der Gesamtstaat als solcher. So notwendig diese Einheit ist, ausreichend ist sie doch noch nicht. Es ist erst die Einheit des Mechanismus und noch nicht die organische. Das festgefügteste Knochengeriist und Muskelsystem fällt alsbald auseinander, sobald aus dem Körper der innere Trieb zum Leben, das Leben selbst, gewichen ist. Auch im Staatskörper muß zu jener mehr formalen und äußerlichen Einheit eine innere, von innen heraus wirkende, hinzutreten.

Was ist nun im Gemeinschaftsleben der Menschen das innerlich Wirkende und worin besteht das Analogon mit jener organischen Naturkraft, die fortgesetzt das Zusammengehörige verbindet, um es mit Andersgeartetem in Beziehung zu setzen und die so im Wege der Differenzirung und Lokalisierung den Organismus schafft? Nun, wir meinen, es sind das zunächst die Bedürfnisse und Interessen, — das bewusste oder unbewusste Hinstreben zu den Zwecken und Zielen des menschlichen Daseins, welche die Menschen sich vereinigen heißt. Bei der unendlichen Mannigfaltigkeit solcher Bedürfnisse und Interessen aber, deren Befriedigung in dieser Welt der Begrenzungen und Beschränkungen keine vollkommene sein kann, stoßen sie mehrfach auf- und gegeneinander, und es

kann ein Ausgleich solchen „Kampfes ums Dasein“ immer nur in der Vereinigung zu einem mehr umfassenden tertium, zu einem nächst höher stehenden Interesse stattfinden. Es muß daher immer ein zusammenfassendes Ganzes geben, das von einem die Einzelheiten überragenden Gesichtspunkte aus die Wirksamkeit der Teile regelt, und zwar so regelt, daß die möglichste Kraftentfaltung im Einzelnen in richtigem, ergänzendem Zusammenwirken der Kräfte auch dem Ganzen zu Gute komme. Das ist die Bedeutung des in sich abgeschlossenen Organismus, das auch auf sozialem Gebiet die Bedeutung des Staates. In dieser Wechselwirkung der Interessen und Kräfte besteht die innere Staatseinheit, die um so fester und unlösbarer ist, je mehr sie sich vom bloßen Mechanismus unterscheidet. Das aber ist der große Unterschied zwischen Mechanismus und Organismus, daß es für ersteren einer externen, fremden Kraft bedarf, von der alle Teile bewegt werden, einer Kraft, die in dem Maße von außen her verstärkt werden muß, als Teile oder Leistungen hinzukommen, und die sich mitsamt dem Getriebe im Gebrauche verbraucht, während der Organismus so viele interne Kraftquellen als funktionierende Organe besitzt, deren Kraft in steter Selbsterneuerung gerade im Gebrauche wächst und deren Vermehrung eine Stärkung der Gesamtkraft bedeutet. Es müßte daher auch für den Staat und seine Gesamtkraft darauf ankommen, Organe zu haben und zu gewinnen, die von dem inneren Lebensbedürfnis hervorgerufen die Kraftquellen mehren, und es wäre ihnen die Freiheit der individuellen Kraftentwicklung in dem Maße zu gewähren, als es das staatliche Gesamtinteresse zuläßt; dieses aber ist, nach innen gerichtet, doch selbst nichts anderes als die gleichmäßige, größtmöglichste Wohlfahrt und Leistungsfähigkeit aller Teile.

So bildet die innere Staatseinheit gewissermaßen einen in sich geschlossenen Kreis sich gegenseitig bedingender Interessen und sich gegenseitig vermehrender Kräfte.

Es ist nun aber nicht wohl möglich, von Staatseinheit zu handeln, ohne eines Faktors zu gedenken, der namentlich wieder im heutigen Gemeinschaftsleben die hervorragendste Rolle spielt —

das ist der nationale. Den nationalen Einheitsstaat, den begehrt nicht nur die heutige Menschheit, den verlangte sie schon in ihren Urfängen, als sie jenen Turm zu Babel baute, dessen Spitze in den Himmel reichen sollte. Doch da trat der Weltenlenker mit seiner Sprachverwirrung dazwischen und die Menschen mußten auseinander und teilten sich in Racen, Nationen und Sprachen, und das Licht der höchsten Gotteseinheit bricht sich seitdem in dem getrübten Spiegel menschlicher Erkenntniß in den mannigfaltigen Farben der verschiedenen Religionen und Weltauffassungen. Ist damit nun der Menschheit jede Einheit genommen? Ist sie mit ihrem Turm zugleich in zusammenhanglose Trümmer zerfallen? Doch keineswegs! In allen Völkern der Erde, in allen jeweiligen Kulturstufen ihrer Entwicklung giebt es dieselben Grundideen: Gut und Böse, Recht und Unrecht, Liebe und Haß und die Vorstellungen von Schöpfer und Geschöpf. Allen den unzähligen Sprachen sind dieselben grammatikalischen Grundbegriffe eigen, weil sie sammt und sonders auf der einen und gleichen, nur dem Menschen verliehenen Fähigkeit beruhen, das auf ihn von außen durch die Sinne Einwirkende zur Vorstellung und zum Gedanken werden zu lassen und es dann im Wort gewissermaßen neu zu schaffen. Auch nach der Sprachverwirrung kann daher der Eine des Anderen Sprache erlernen, aber seitdem ist doch einem jeden Volke seine Sprache gegeben, in der es jene schöpferische Fähigkeit „zu sprechen“, d. h. seinen Gedanken eine auch Anderen und Allen wahrnehmbare Gestalt zu verleihen, in seiner Art entwickeln und bethätigen soll. Am Turm zu Babel entstand mit der Teilung in Nationen der Begriff und die Bedeutung der Muttersprache.

Sollten wir es nun beklagen, daß dem so ist, oder vermögen wir ahnend zu erkennen, daß, wie in der gesammten Schöpfung aus der Einförmigkeit des Chaos die Vielgestaltigkeit des Weltalls geworden ist, so auch hier aus dem Unifono die Harmonie hervorgehen soll, und daß die Menschheit an Gesammteigentum, an geistigen und sittlichen Gütern durch die Vielsprachigkeit unendlich mehr gewonnen hat, als es ihr bei einem Babelschen Volapük voraussichtlich gelungen wäre?

So leicht hiefür die allgemeine Anerkennung zu finden sein dürfte, so wenig Uebereinstimmung giebt es doch über die Bedeu-

tung von Nation und Sprache im Gemeinschaftsleben der Menschen. Was ist's denn nun darum?

Vom Gesichtspunkte der Menschheit als Ganzes angesehen, bedeutet ihre Scheidung in Rassen und Nationen offenbar nichts anderes als wiederum die organische Differenzierung, d. h. die Gruppierung nach Elementen, die, ohne jemals einander gleich zu sein, sich doch in Analogie chemischer Affinität suchen und ihre Vereinigung leichter als andere finden, weil ihnen gewisse Vereinigungspunkte näher als anderen liegen. Wer wollte auch leugnen, daß die Gleichheit in Nation, Sprache und Religion Antrieb und Erleichterung der Verständigung und Vereinigung ist?! Und doch lehrt die Völker- und Staatengeschichte, daß solche Gleichheit weder die einzige noch die unbedingt wirksame Bedingung gesunden Fortschrittes und kultureller Blüte innerhalb des staatlichen Gemeinschaftslebens gewesen ist. Staaten mit homogener Bevölkerung sind vielfach weit zurückgeblieben und von national gemischten rasch überholt worden (z. B. China und Amerika), und während in ersteren die Interessengegensätze zu Zerklüftungen geführt, hat in letzteren das staatliche Gemeinschaftsbewußtsein sich auch über nationale Verschiedenheiten zu erheben vermocht. -- Keine Kultur, wie sie uns heute vorliegt, kann als das ausschließliche und reine Produkt einer bestimmten Nation angesehen werden, vielmehr ist jede die Fortsetzung und Umgestaltung einer vorherigen, andersnationalen, und keine der heutigen Nationen selbst stellt eine Reinkultur, eine direkte, unmittelbare Fortentwicklung ihres Urstammes dar, sondern ist mehr oder weniger das Produkt nationaler Mischung. Trotzdem bleibt es bei der Unterscheidung der Massen nach Nationen und Sprachen, und bleibt es ferner dabei, daß trotz aller darauf gerichteten Neigungen und Bestrebungen die Kreise „Nation“ und „Staat“ sich nirgends in der Welt vollkommen decken. Eine Weltordnung vorausgesetzt kann das nicht Zufall sein, sondern gehört in ihre Plan-Zweckmäßigkeit. Versuchen wir es denn ein wenig hinter die Schleier, die sie uns verhüllen, zu schauen, und nach der Bedeutung des nationalen Momentes für Menschheit und Staat zu fragen!

Wir fanden bereits, daß die nationale Scheidung und Gliederung der Menschheit für sie als Ganzes betrachtet, die

organische Differenzirung darstelle. Das heißt aber noch nicht, daß Rasse, Volk oder Nation an sich schon Organismen seien. Das sind sie thatsächlich nicht, sondern die Einzelorganisationen innerhalb der Menschheit sind die staatlichen; für deren Entstehung und Fortbestand noch ganz andere Voraussetzungen und Bedingungen maßgebend gewesen sind und bleiben als ausschließlich die nationalen. Wohl aber bedeuten Race, Volk oder Nation organisch wirkende Kräfte, und zwar Kräfte, deren Dienst der Gesamtheit der Menschheit, nicht bloß Bruchteilen derselben gilt.

In der Verkennung dieses Verhältnisses und in der mangelnden Präzisierung der Begriffe „Nation“ und „Staat“, „Organismus“ und „organische Kraft“ liegt unseres Erachtens nach der Hauptgrund allen nationalen Haders. Sobald man die Bedeutung der Nation ausschließlich für den Staat (statt für die Menschheit) und die Bedeutung des Staates ausschließlich für die Nation (statt für alle Staatsangehörige) in Anspruch nimmt, gelangt man zum heute wiederum sein Haupt erhebenden Nationalismus, dessen innerer Widerspruch mit sich selbst offen zu Tage liegt und der in allen national gemischten Staaten (wie z. B. in Oesterreich) gerade die Staatseinheit der äußersten Gefahr aussetzt.

In der univervellen Auffassung des Begriffes „Nation“ dagegen, als Vorstufe und notwendiges Durchgangsstadium für die Menschheitsidee, bildet das gesunde Nationalbewußtsein eine jener Leben erzeugenden Kräfte, erhebt das staatliche Bewußtsein zur Erkenntniß der Bedeutung des Staates im großen Organismus der Menschheit und wahrt ihn damit vor jener Einseitigkeit und inneren Verknöcherung, deren Sinnbild die chinesische Mauer darbietet. Dann auch ahnen wir, warum wohl der Weltenlenker die Kreise „Nation“ und „Staat“ niemals ganz zusammenfallen läßt; daß er den Staaten sowohl in den fremdnationalen Einschlüssen wie in den außen gebliebenen Volksgenossen Mittel und Organe gewähren will, den Zusammenhang mit seinesgleichen, d. h. den anderen Staaten, herzustellen, daß er dem Einzelstaate und der Einzelnation damit die Quellen eröffnet, die eigene Individualität durch erleichterte und vertiefte Berührung

mit anderen zu bereichern und auszugestalten. Trefflichen Ausdruck verleiht diesem Gedanken Ulrich von Wilamowitz-Möllendorff in einer 1898 in der Berliner Universität gehaltenen Rede zur Feier des Geburtstages Sr. Maj. des deutschen Kaisers über „Volk, Staat, Sprache.“ Da heißt es zum Schlusse hin: „Soweit die Staaten nationale Gebilde geworden sind, ist der Staat Träger einer nationalen Kultur; aber in seinem Wesen als Staat liegt das nicht und er soll sich nicht einbilden, sie beherrschen zu können, denn er hat sie nicht gemacht, so wenig wie die Religion, die er auch nicht beherrschen kann. Staat, Volk, Religionsgemeinschaft sind Kreise, die sich vielfach schneiden müssen zum Heile der Menschheit und ihrer Kultur, die rettungslos zersplittern würde, wenn jene Kreise je zusammenfielen.“

Es ist das derselbe Grundgedanke, zu dem auch wir in unseren bisherigen Untersuchungen geführt worden sind, daß in Nation, Religion und Sprache Kräfte gegeben sind, deren Wirksamkeit von Gesetzen geregelt wird, die einer höhern und mehr umfassenden Ordnung angehören als sie der Einzelstaat repräsentirt. Jede Nation und Religion bildet und wandelt die Kultur, jede Kultur beeinflusst und bereichert die andere, und da die Gesamtentwicklung der Menschheit trotz aller zeitweisen Schwankungen eine fortschreitende und aufwärts bewegte ist, muß jede höher stehende, nicht schon im Rückschritt begriffene Kultur die noch jüngere und zurückstehende sich nachziehen und führen. Diesen organischen Prozeß können Zwangsmaßregeln wohl stören und aufhalten, nicht aber in seinem Wesen ändern. — So naturgemäß und selbstverständlich es auch ist, daß Staaten, deren überwiegende Mehrheit der Angehörigen einer und derselben Nation sind, ihre Individualität auch in nationaler Beziehung ausprägen, z. B. eine bestimmte Sprache als die Staatssprache, d. h. als diejenige kennzeichnen, in welcher der Staat als Einheit mit seinen Gliedern und Teilen verkehrt, so sicher ist es, daß die andersnationalen Teile ihr Bestes für das Ganze nur thun und geben können in möglichst freier Entfaltung ihrer natürlichen Kräfte. Auch in dieser Hinsicht wird die innere Staatseinheit, die die Voraussetzung der äußeren ist, an Stärke und Produktivität in dem Maße gewinnen, als in den Teilen und Organen das Bewußtsein erweckt und erhalten wird, daß es der Staatsorganismus

ist, der auch ihr Einzeldasein gewährleistet und fördert. Nationale Verschiedenheiten innerhalb eines Staatsganzen brauchen daher ihrer Natur nach die Staatseinheit nicht zu stören. Das lehrt die Geschichte, das sehen wir auch heute noch. Nehmen wir z. B. den Schweizer: er ist Deutscher, Franzose oder Italiener, aber immer zugleich durchaus Schweizer. Gleicherweise verhält es sich mit den konfessionellen Verschiedenheiten, vorausgesetzt daß die Kirchen, soweit sie irdische Institutionen sind, nicht außerhalb des Staates, sondern innerhalb seiner Organisation stehen.

Liegen somit Nationalität und Religion nicht eigentlich „im Wesen des Staates“, so kann dieses Moment trotz seiner hohen Bedeutsamkeit doch keinen bestimmenden Einfluß auf die Art staatlicher Lebensverwaltung und auf die Frage „Zentralisation“ oder „Dezentralisation“ ausüben. Wir dürfen daher zu diesem unserem eigentlichen Thema zurückkehren und versuchen, das Fazit unserer bisherigen Wahrnehmungen in einigen allgemeinen Sätzen zu fixiren.

Der Staat als organische Einheit hat nach außen hin die Bedeutung und Aufgabe, eine Individualität, eine Persönlichkeit mit eignem, selbstbewußtem Willen darzustellen und bedarf dazu der Macht, die nur in zentralistischer Zusammenfassung der Einzelkräfte und in einheitlicher Struktur der Glieder gegeben und begründet werden kann. Das gesammte Gebiet der äußeren Politik wird somit Gegenstand der ausschließlich zentralen Regelung des Staates sein und bleiben.

Nach innen gilt es zwar gleichfalls die Einheit zu wahren, aber eben jene wahrhaft organische, die ihrem innersten Wesen nach von der bloß mechanischen unterschieden ist. Kant definiert den Begriff des Rechtes als die Summe der Bedingungen, unter denen die Freiheit jedes Einzelnen sich mit der Freiheit Aller verträgt. Sofern nun „Politik“ auch „Statuirung von Recht“ bedeutet, kann der Kantische Satz auch auf sie angewandt werden. Es heißt dann für die innere Politik die Summe der Bedingungen auf dem Gesetzgebungswege zu fixiren und sie durch die rechte Verwaltungsorganisation wirksam zu machen, unter denen sich die Freiheit der Entwicklung der Teile

und Organe mit der Freiheit der Entwicklung der Gesamtheit verträgt.

Dieses Normalverhältnis kann aber nur eintreten, wenn im inneren Staatsleben die kontrollirende, leitende, ausgleichende und eventuell strafende Gewalt von der fortgesetzt arbeitenden, schaffenden und gestaltenden Kraft unterschieden wird. Wie erstere der Zentralisation und damit einer Beamtenwelt bedarf, so letztere der Organe, die aus den Bedürfnissen hervorgegangen, in engster Fühlung mit diesen stehen und die lokalen Lebensquellen kennen. Im staatlichen Organismus haben die örtlichen Organe eine Doppelaufgabe; sie sollen die Kanäle sein, durch die das staatliche Gemeinschaftsbewußtsein bis in die Tiefe aller Volksschichten dringt, und sie sollen Saugwurzeln sein, durch die der Staat aus allen Einzelquellen die Kräfte und Säfte gewinnt, die vereint seine Gesamtkraft darstellen.

Darin liegt die Bedeutung aller in geschichtlicher Entwicklung gewordenen Stände und Berufsklassen, wie Bauerschaft, Adel, Bürgerschaft zc., darin auch Anlaß und Nötigung, gewisse Funktionen des staatlichen und sozialen Lebens, die eine Beamtenwelt, und wäre sie noch so groß und gewandt, mangels örtlicher Vertrautheit und direkten Interesses zu erfüllen außer Stande ist, in Form von Selbstverwaltungen zu dezentralisieren.

Das ist das „Divide et impera“ in organischem Sinne.

Mit der Regierungsform des Staates, ob diese monarchisch oder republikanisch, ob absolutistisch oder konstitutionell ist, haben „Zentralisation“ oder „Dezentralisation“ direkt nichts zu thun. Auch eine demokratische Republik kann im äußersten Maße zentralisiert sein, während die absolute Monarchie der Dezentralisation weiten Spielraum zu geben vermag. Endlich dürfen auch nicht die Begriffe „parlamentarisches Regime“ mit „Selbstverwaltung“ verwechselt werden. Auch das sind Dinge, die zunächst ganz unabhängig von einander dastehen. Hängt es doch schon ganz von der Art der Zusammensetzung jedes Parlamentes ab, ob und in wie weit das „Selbst“ der einzelnen Interessengruppen dabei zur Geltung zu kommen vermag oder nicht.

Am Schlusse meiner „Feringedanken“ angelangt, bitte ich meine freundlichen Leser um gütige Nachsicht! — Zumal diejenigen unter ihnen, die als rechte Realpolitiker gewohnt sind, den konkreten Dingen und Fragen direkt ins Antlitz zu schauen, werden auf der von mir gewählten „Höhe der Allgemeinheit“ etwas von des „Gedankens Blässe“ unliebsam verspürt haben.



Livland und die Schlacht bei Tannenberg.

Die epochemachende Bedeutung der Schlacht bei Tannenberg findet man in allen Geschichtsbüchern hervorgehoben und gekennzeichnet. Wie stark der Eindruck war, den die Schlacht auf die Zeitgenossen von den Pyrenäen bis zum Ural hin machte, erkennt man aus vielen Chroniken ihrer Zeit. Die Späteren haben ihr die völlige Umgestaltung der politischen Machtverhältnisse im nordöstlichen Europa zugeschrieben. „Es war ein Umschwung der nationalen und damit zugleich der Kulturverhältnisse jener Regionen bis tief in die Neuzeit hinein“¹⁾. Man sieht in dem Tage von Tannenberg den Sieg der nationalen Elemente über die universalen Tendenzen des abendländischen Mittelalters, den Sieg der Massen über das romantische Rittertum, die Zurückdrängung der deutschen Kolonisation und der Germanisirung des Ostens und den Beginn eines im Osten maßgebenden Staatslebens der slavischen Völker. Natürlich kann, zumal für Kulturstaaten, eine einzige Schlacht, mag sie noch so furchtbar erscheinen, nie die eigentliche Ursache großer politischer Entwicklungen sein. Durch sie tritt nur offen zu Tage, was schon lange vorher angebahnt ist, aber bisher noch geschwankt hat und vor den Zeitgenossen durch die Gewohnheit des Früheren, durch die Nachwirkung älterer Thatfachen und Entwicklungen verhüllt worden ist. Nun erst fangen sie an, die Aenderung der politischen Verhältnisse zu erkennen und zu begreifen. Jedenfalls sank nach dieser Niederlage das Ansehen des Deutschen Ordens und seines Staates bei den andern Nationen und Staaten gewaltig. Der Ordensstaat aber bedurfte zu seiner Weiterexistenz des äußern Ansehens mehr als andere Staaten. Das traf in

¹⁾ Ranke, Weltgeschichte 9, S. 172. Vgl. auch in dieser Monatschrift Bd. 33 S. 677: A. Bergengrün, Die Schlacht bei Tannenberg und der Hochmeister Heinrich von Plauen.

erster Linie Preußen. Aber auch Livland litt darunter, und von schwer wiegender Bedeutung war, daß Livland sich nun viel stärker als bisher von Preußen und vom Römischen Reich deutscher Nation geschieden und auf ein Sonderleben angewiesen sah. Vor kurzem noch war in Livland die innere Entwicklung zum Einheitsstaat, wie sie sich im 14. Jahrhundert naturgemäß zu vollziehen schien, zum Teil gerade mit Rücksicht auf die notwendige Verbindung mit Preußen gestört und gehemmt worden. Nun war Preußen aufs stärkste geschwächt, die Verbindung mit ihm erst recht gefährdet, in Livland aber war die innere Schwäche geblieben. Sie beschränkte das Land fortan allen Nachbarstaaten gegenüber auf eine vorsichtige Defensive.

Wie hat sich Livland zur „Schlacht bei Tannenberg“ verhalten, welches ist der kausale Zusammenhang der livländischen Politik vor und nach der Katastrophe? Diese Frage ist in den Darstellungen der livländischen Geschichte sehr unzureichend beantwortet. Man hat aus allgemeinen Erwägungen auf unbekannte Einzelheiten geschlossen und ist zu undeutlichen oder falschen Bildern gekommen. Gewiß ist die zeitgenössische Ueberlieferung dürftig, aber sie ist noch lange nicht vollständig verwertet worden. Im Nachstehenden soll nach einem zum Teil neuen urkundlichen Material erzählt werden, welche Einzelheiten uns wirklich überliefert sind, wie sie den bekannten internationalen Beziehungen entsprechen und was daraus geschlossen werden darf. Die Erzählung geschieht im Anschluß an die im vorigen Bande dieser Monatschrift veröffentlichte Arbeit „Der Kampf des Deutschen Ordens in Livland um den livländischen Einheitsstaat im 14. Jahrhundert.“

Die politischen Ereignisse von 1398 bis 1405.

Am 15. Juli 1397 hatten die livländischen Ordensgebietiger mit dem Stift Dorpat einen Frieden schließen müssen, der für die bisher mit Erfolg angestrebte Unterordnung der livländischen Bistümer unter den Deutschen Orden ein schweres Hinderniß war. Es war geschehen, um dem Deutschen Orden in Preußen die Freiheit der Aktion gegen seine auswärtigen Feinde zu sichern. Gegen zwei Verbindungen mußte er sich wenden: gegen die Polens und Litauens und gegen die der drei skandinavischen Reiche, die Union von Kalmar. Im Frühjahr 1398 ging der Hochmeister

Konrad von Jungingen ans Werk. Die Insel Gotland wurde den Mecklenburgern und ihren Verbündeten, den Vitalienbrüdern, entrissen und vom Orden in Besitz genommen. Bei dieser Expedition, die einen für jene Zeit bedeutenden militärischen Aufwand erforderte, zeigte sich die Leistungsfähigkeit der preußischen Flotte und des preußischen Heeres in glänzender Weise als prompt und erakt. Das Ansehen des Ordens stieg überall. Scheinbar handelte es sich dabei ausschließlich um die Niederwerfung des Seeraubes auf der Ostsee. In Wirklichkeit war es noch mehr ein aggressiver Schritt gegen Dänemark und die kalmarische Union. Der Besitz Gotlands sollte dem Orden das politische Uebergewicht auf der Ostsee geben; in Verbindung mit der Herrschaft der Deutschen in den schwedischen Städten sollte er die Union der nordischen Reiche zu nichte machen. Für Dänemark hing die dauernde Verbindung mit Schweden von dem Besitz der Hauptstadt Stockholm ab ¹⁾. Stockholm aber hatten seit 1395 in Pfandbesitz sieben Hansestädte, unter denen vier, Thorn, Elbing, Danzig und Reval, Städte des Hochmeisters waren. Wir können nicht daran zweifeln, daß der

¹⁾ Damit verhielt es sich folgendermaßen. König Albrecht, der mecklenburgische Herzog, der seit 1363 in Schweden herrschte, war 1389 von der Königin Margarete besiegt und gefangen worden. Seine Hauptstadt aber, das von deutschen Kaufleuten regierte Stockholm, behauptete sich gegen die Dänen. Zur Befreiung des Königs und zum Schutze Stockholms führten die mecklenburgischen Herzöge und Landesstände Krieg gegen Dänemark. Sie verbündeten sich mit den Piraten, und diese bemächtigten sich 1392 der Insel Gotland und machten sie unter der nominellen Herrschaft der Mecklenburger zum Centrum des Seeraubes. Da vermittelten 1395 endlich der Hochmeister und Lübeck mit andern Städten einen dreijährigen Frieden zwischen Dänemark und Mecklenburg, der Hochmeister in antidänischer, Lübeck in antipreussischer Gesinnung. König Albrecht wurde freigelassen, und sieben Städte bürgten dafür, daß er nach drei Jahren entweder sich der Königin wieder zur Gefangenschaft stelle oder ihr 60,000 Mark Silber zahle oder ihr Stockholm überliefere. Deshalb erhielten die sieben Städte Stockholm zum Pfandbesitz. Es war aber dem Hochmeister nicht gelungen, Lübeck von der Teilnahme am Pfandbesitz auszuschließen, und nach Ablauf der drei Jahre setzte Lübeck die Uebergabe der Stadt durch. — Der alte Gegensatz zwischen Dänemark und dem Orden hatte sich sehr bald, nachdem der Orden das dänische Ostland gekauft hatte, wieder verschärft, noch mehr unter der Königin Margarete. Sie unterstützte im Geheimen die Feinde des Ordens, und in diesem zweifelte man nicht, daß die offene Beanspruchung seiner estnischen Landesteile für die Königin nur eine Machtfrage sei und erfolgen werde, sobald die innere Union der Reiche durchgeführt sei.

Hochmeister, der 1395 Alles aufgeboten hatte, seinen Städten mindestens das Uebergewicht beim Pfandbesitze Stockholms zu verschaffen, und selbst recht erheblich an den Kosten der Besetzung beteiligt war, bei der Eroberung Gotlands auch den mittelbaren oder unmittelbaren Besitz Stockholms im Auge hatte. Da kann es nur als ein Zurückweichen auf dem vorgezeichneten Wege aufgefaßt werden, daß er nach einem halben Jahre, im Herbst 1398, dem Drängen der lübischen Politik nachgab und die Uebergabe Stockholms an die Königin Margarete zuließ, die soeben erklärt hatte, daß sie als Herrin Schwedens unbedingt auch Gotland beanspruche. Dadurch war wieder für den Orden auf der Ostsee Alles in Frage gestellt.

Im Herbst 1398 geschah nun auch nach der andern Seite hin ein sehr wichtiger Schritt: am 12. Oktober schloß der Deutsche Orden in Preußen und Livland mit dem Großfürsten Witowt von Litauen auf dem Sallinwerder einen „ewigen“ Frieden. Dieser Friede ging aus den seit 1396 erneuerten Waffenstillständen hervor, hatte aber noch eine besondere Bedeutung. Als Jagiello 1386 die polnische Königstochter und mit ihr die Krone Polens erwarb, hatte er seiner Gemahlin litauische Landesteile zur Morgengabe verschrieben. Das war weiter nicht beachtet worden, vor kurzem erst hatte die Königin Hedwig Witowt aufgefordert, als Beweis seiner Unterthanentreue von den ihr verschriebenen Ländern einen jährlichen Zins zu zahlen. Witowt hatte darauf „die Besten der Lande Neußen und Litauen“ versammelt und ihnen die Forderung der Königin mit der Frage vorgelegt, ob sie Unterthanen Polens sein und den jährlichen Zins geben wollten. Voll Empörung hatten „die Besten“ erklärt, sie seien freie Männer, solch ein Zins sei nie gezahlt worden und dürfe auch in Zukunft nie gezahlt werden. Darauf war sogleich mit dem Orden über einen ewigen Frieden verhandelt worden, und nach dessen Abschluß riefen die versammelten Bojaren noch im Beisein der Ordensgebietiger Witowt zum König von Litauen und Neußen aus. Einen solchen Titel hielt zwar Witowt selbst offiziell noch nicht für zeitgemäß, aber der von ihm in der Friedensurkunde geführte, *supremus dux Lituaniae et Russiae*, war doch auch ein solcher, den zu führen König Wladislaw Jagiello ausschließlich sich selbst vorbehalten hatte. Man sieht also deutlich, welche eine Spitze der Friede

gegen Polen richtete ¹⁾. Eine dauernde Trennung Litauens von Polen war für den Orden von allergrößter Wichtigkeit. Aber auch sonst war der Inhalt der Friedensurkunde höchst bedeutsam. Danach sollte ganz Samaiten, das so lange unstrittene Grenzland zwischen Preußen und Livland, von nun an auf immer dem Deutschen Orden gehören. Ferner sollten in jedem Falle, von wem auch die Länder erobert würden, Nowgorod an Litauen, Pleskau an den Deutschen Orden fallen. Diese Bestimmung deutet an, daß der Orden mit den großen Eroberungsplänen Witowts, die über Moskau hinaus und bis ans Schwarze Meer reichten, einverstanden war. In ihnen sah er eine Garantie gegen die Herrschaft Polens über Litauen und für eine dauernde Festhaltung Witowts im Osten.

Auf dem Sallinwerder waren neben dem Hochmeister und

1) Man muß sich hierbei an die früheren Wandlungen in den Beziehungen Witowts zu Wladislaw-Zagiello und dem Orden erinnern, um einen Maßstab für die Zuverlässigkeit seiner Verträge zu haben. 1382 hatte Zagiello den Knyhtut, seinen Oheim und Rivalen um das litauische Großfürstentum, erdrosseln und dessen Gemahlin ertränken lassen. Witowt, der Sohn der Getödteten, floh aus dem Gefängniß zum Orden nach Preußen, wo er Aufnahme und Schutz fand. Er schwur das Heidentum ab und wurde römisch-katholischer Christ. Als Basall des Ordens focht er mit dessen Hülfe gegen den Mörder seiner Eltern. Aber 1384 folgte er den Lockungen und Versprechungen Zagiellos und verriet den Orden zum ersten Mal. Er brannte die ihm anvertrauten Burgen nieder, erschlug deren deutsche Besatzungen oder schleppte sie in die litauische Gefangenschaft und ließ sich nach griechisch-katholischem Ritus nochmals taufen. Doch Zagiello überwachte ihn mißtrauisch und gab ihm nur einen Teil des väterlichen Erbes. Als Zagiello 1386 römisch-katholischer Christ und König von Polen wurde, ließ Witowt sich von neuem römisch taufen und schwur dem Better Treue. Allein die litauische Großfürstenwürde unter Zagiellos Oberhoheit erhielt nicht er, sondern des Königs Bruder Skirgiello. Diesen bekämpfte Witowt zuerst allein; 1390 floh er wieder nach Preußen. Der Orden nahm ihn zum zweiten Mal auf und ließ sich die gebrochenen Schwüre von neuem schwören. Mit seiner Hülfe brachte Witowt dann einen großen Teil Litauens unter seine Gewalt. Aber 1392 verriet er den Orden zum zweiten Mal und erhielt dafür von Zagiello nun wirklich das väterliche Erbe und die Großfürstenwürde, wobei er von neuem der Oberhoheit des königlichen Betters Treue schwor. Nun begann für Witowt die Zeit des großen Ehrgeizes. Den ganzen Osten Europas umfaßten seine Pläne; ja, „er ließ vernehmen, daß er zur Weltherrschaft bestimmt sei.“ 1395 gewann er das Fürstentum Smolensk, 1397 trat er mit seinen Absichten auf Groß-Nowgorod hervor und erschütterte dadurch die Freundschaft mit seinem Schwiegersohn Wassili Dmitrijewitsch von Moskau.

feinen preußischen Gebietigern auch der livländische Meister Wennemar von Bruggenoye und der Landmarschall Bernt Hovelman erschienen. Sie standen zu den Verhandlungen sehr skeptisch. Gewiß legten auch sie auf den Erwerb von Samaiten und die Trennung Litauens von Polen das größte Gewicht; aber sie fanden die Garantien unzureichend und wollten ihren alten Ansprüchen auf das nowgorodische Watland nur sehr ungern entsagen. In der Zusicherung Pleskaus für Livland fürchteten sie ein Danaergeschenk, durch das Witowt sie in einen ihnen ungeliebten Krieg mit den Russen verwickeln wolle. Schließlich besiegelten auch sie wohl den Frieden, aber der innere Gegensatz im Orden wurde doch wieder verschärft. Schon auf der Heimreise durch Litauen gerieten die Livländer mit Witowt in einen Konflikt, den der Hochmeister nur mit Mühe ausgleichen konnte.

Witowt ging nun an ein gewaltiges Unternehmen. Toktamisch, der von dem furchtbaren Welteroberer Timur Beg 1395 besiegte und verjagte Chan von Kiptschak (der goldenen Horde), war bei ihm als Flüchtling erschienen. Ihn wollte Witowt wieder in Kiptschak einsetzen und dafür die Oberherrschaft über Moskau und alle russischen Fürstentümer empfangen¹⁾. Im Juli 1399 brach er mit großer Heeresmasse nach dem Südosten auf. Der Hochmeister hatte ihm 12 Ritterbrüder mit 300 Gewappneten mitgegeben. Aber an der Worskla brachten ihm am 12. August die von Edegu geführten Tataren eine vernichtende Niederlage bei²⁾, und damit waren seine großen Pläne zunächst gescheitert und er selbst wieder heftigen Angriffen seiner innern Widersacher ausgesetzt. Das führte ihn wieder in die Arme des Betters. Am 18. Januar 1401 kam es in Wilna zu der ersten urkundlich bestätigten Union zwischen Polen und Litauen. Witowt schwor mit den litauischen Großen dem Könige und dem Reiche Polen Treue und erhielt dafür auf Lebenszeit das Großfürstentum Litauen zugesichert; die Polen gelobten, ohne Wissen und Rat der Litauer künftig keinen König zu wählen. Daß damit der Friede auf dem Sallinwerder für Witowt keinen Wert mehr hatte, sollte der Orden bald erfahren.

1) Toktamisch soll Witowt auch die Erwerbung von Polen, Preußen und Livland zugesichert haben, was durchaus glaublich ist.

2) Von der Ordensmannschaft kehrten nur 10 Mann zurück, darunter drei Ritterbrüder.

Die heidnischen Samaiten hatten Witowt jedes Recht, sie dem Orden zu überliefern, abgesprochen. Deshalb waren sie von preußischen und livländischen Ordensheeren in den Jahren 1399 und 1400 aufs stärkste heimgesucht worden, und Witowt hatte sich dabei dem Orden angeschlossen. Nach zwei Jahren schien man endlich am Ziel zu sein: die Samaiten gelobten Unterwerfung und stellten Geiseln. Ein Ordensvogt übernahm die Verwaltung des Landes und unter ihm traten andere Beamte in Funktion. Ordensburgen erhoben sich im Lande, und zur Verpflegung der durch den Krieg erschöpften neuen Unterthanen gingen große Züge mit Lebens- und Bekleidungsmitteln aus Preußen ab. Das wirkte. Im Januar 1401 erschienen die angesehensten Bojaren in der Marienburg zur Taufe und zum Empfang desselben Rechtes, das die nationalen Preußen im Ordenslande hatten, unter Anerkennung ihrer alten Standesverhältnisse durch den Orden. Kaum aber waren sie, begleitet von Priestern und Mönchen zur Taufe des niedern Volkes, heimgezogen, als die Ordensbeamten aus Samaiten berichteten, daß Witowts Agenten im Lande gegen den Orden wirkten. Während man in Preußen voller Freude die samaitischen Häuptlinge taufte, hatte Witowt die Union mit Polen vollzogen und bereits alles zum Kampf gegen den Orden vorbereitet. Zur Rede gestellt, hielt der schlaue Litauer die preußischen Gesandten hin, bis ganz Samaiten sich wieder gegen den Orden erhoben hatte. Schon im März waren die Ordensburgen gebrochen, ihre Besatzungen wie die Beamten und Priester gefangen oder verjagt, und an der Spitze des aufständischen Landes stand ein Hauptmann Witowts. Das war der dritte Verrat, wie die Gebietiger sagten. Natürlich herrschte wieder der Kriegszustand. Preußische und livländische Gebietiger verwüsteten weithin litauische Landschaften, Witowt revanchirte sich durch Niederbrennung Memels und Eroberung Dünaburgs, wo er im Frühjahr 1403 den Komtur mit der Besatzung gefangen nahm. Unterdessen kämpfte der Orden mit Polen einen äußerst erbitterten diplomatischen Kampf. Die Polen waren außer sich, als zu allen früheren Enttäuschungen in ihren Ansprüchen auf Pommerellen und das Kulmer Land wie auf das seit 1392 dem Orden verpfändete Herzogtum Dobrzyn der Hochmeister 1402 auch die brandenburgische Neumark in Pfandbesitz übernahm. Er war dazu gezwungen, da der höchst geldbedürftige

Luxemburger Sigismund, der Markgraf von Brandenburg und König von Ungarn, das Land sonst unbedingt an Polen verpfändet hätte und der Orden dann vom deutschen Reich vollkommen abgeschnitten gewesen wäre. Auch auf neumärkische Landesteile hatten die Polen eine unabsehbare Reihe von sehr fragwürdigen Ansprüchen. Bei allen westlichen Fürstenhöfen begegneten sich nun die polnischen und preussischen Klageschriften, vor allem bei der Römischen Kurie. Die Polen behaupteten, daß der Orden durch seine Kriege die Litauer, die übrigens alle getauft seien, nicht dem Christentum und der Römischen Kirche zuwende, sondern sie im Gegenteile entweder ins Heidentum zurück oder den schismatischen Russen zutriebe. Wirklich erreichten die polnischen Klagen, daß der Papst dem Orden bei Strafe des Bannes jeden ferneren Angriff auf die Litauer und dessen Bewohner verbot. Entrüstet protestirte aber der Hochmeister gegen diese „mit Unterdrückung jeder Wahrheit erschlöhene“ Bulle: er zählte viele Verbrechen Witowts und Jagiellos auf und erklärte als unzweifelhaft, daß die Litauer mit ganz geringen Ausnahmen Schismatiker oder wie alle Samaiten reine Heiden seien und der Kampf des Ordens das einzige Mittel sei, sie für die Römische Kirche zu gewinnen; Polen aber sei stets im Bunde mit den Schismatikern und den Heiden gegen den Orden und die Römische Kirche.

Trotz alledem kam es schon im Juli 1403 zwischen Witowt und dem Orden zu einem Waffenstillstande, dessen mehrmalige Verlängerung die Polen vermittelten. Fürs nächste Frühjahr wurden definitive Friedensverhandlungen festgesetzt. In Polen scheute man noch einen großen Krieg mit dem Orden und hoffte gerade durch einen gemeinsamen Friedensschluß die Union mit Litauen stärker zu konsolidiren. Witowt war zum Frieden geneigt, weil der Orden für ihn sehr gefährliche Verbindungen mit seinen innern Feinden angeknüpft hatte, der Orden endlich war soeben mit der Königin Margarete in Krieg geraten. Die Königin hatte Gotland überfallen und bis auf die Hauptstadt Wisby erobert. Der Orden mußte wieder eine große Expedition dorthin ausrüsten. Sie ging im März 1404 von Danzig ab und Ende Juni war die Insel zurückgewonnen und der größte Teil der dänischen Flotte vernichtet. Am 1. Juli vermittelten Lübeck und andere Hansestädte einen einjährigen Waffenstillstand, der später verlängert wurde.

Unterdeffen war am 22. und 23. Mai 1404 zu Raciaz an der Weichsel der Friede mit Polen und Litauen geschlossen worden. Zwischen dem Orden und Polen wurde feierlich der Friede von 1343 zu Kalisch erneuert, in dem Polen jeden Anspruch auf Pommernellen und das Kulmer Land aufgegeben hatte; das Herzogtum Dobrzyn gab der Orden gegen Bezahlung der Pfandsomme zurück, und die neumärkischen Streitigkeiten behielt man einer freundlichen Schlichtung vor. Witowt und der Hochmeister bestätigten darauf einander die Friedensurkunden vom Sallinwerder, wobei sich aber Witowt nicht mehr *supremus dux*, sondern nur *magnus dux* nannte. Dann schloß der Hochmeister genau denselben Frieden, aber ohne Erwähnung Witowts, nochmals mit dem König Wladislaw-Jagiello und dessen katholischen Nachfolgern in Polen als den obersten Herrn von Litauen. Er stellte sich also selbst urkundlich auf den Boden der Union von 1401; Polen aber hatte nun auch seinerseits Samaiten abgetreten und die Bestimmungen über Nowgorod und Pleskau als rechtsverbindlich anerkannt. Es folgten noch zwei sehr charakteristische Urkunden. In der einen verpflichtet sich Witowt, innerhalb eines Jahres zu bewirken, daß die Samaiten dem Orden huldigten, zu diesem Zwecke den Verkehr zwischen Samaiten und Litauen ganz zu sperren und, wenn das nicht genüge, in jeder Weise, die der Hochmeister bestimme, die Samaiten zur Unterwerfung unter den Orden zu zwingen, widrigenfalls der Orden gegen ihn selbst Gewaltmaßregeln anwenden dürfe, ohne dadurch den Frieden mit Polen zu brechen. In einer zweiten Urkunde bestätigt das Wladislaw-Jagiello und verpflichtet sich, Witowt zur Ausführung seiner Verpflichtungen anzuhalten und dem Orden gegen ihn, eventuell auch mit Gewaltmaßregeln, zu helfen. Man sieht, wie groß das Mißtrauen des Ordens war und wie von der andern Seite alles aufgeboten wurde, es zu beseitigen. Dennoch muß man im Hinblick auf die Erfahrungen, die der Orden in früheren Jahren mit diesen Paciszenten gemacht hatte, über sein Vertrauen auf Urkunden und Siegel staunen. Aber der Hochmeister begnügte sich damit nicht.

Nachdem sich in den folgenden Monaten gezeigt hatte, daß Witowt sehr eifrig an die Ausführung seiner Verpflichtungen in Samaiten ging und dem Orden dort in jeder Weise entgegenkam, schloß Konrad von Jungingen im August in Kowno mit Witowt

ein förmliches Bündniß: sie gelobten einander Beistand gegen alle, die sie ihres Friedens wegen angreifen würden, mit Ausnahme des Römischen Reiches, der Römischen Kirche und des Reiches Polen. Den Wert dieses von Polen nicht bestätigten Bündnisses bezeichnet uns einigermaßen die Thatsache, daß Witowt wenige Wochen später dem Könige von Polen eine Urkunde ausstellte, in der er alle seine Verbindungen und Verpflichtungen für null und nichtig erklärte, wenn sie der polnischen Krone nachtheilig seien.

Livländische Vertreter waren in Raciaz nicht anwesend und haben auch später die Friedensurkunden nicht mitbesiegelt. Vielleicht entsprach das der Auffassung, daß Livland mit Polen nichts zu thun habe. Aber jedenfalls zeigen die spätern Ereignisse deutlich, daß dieser Friede und das auf ihn folgende Bündniß mit den politischen Auffassungen und Wünschen der Livländer ganz und gar nicht übereinstimmten und ihre Unzufriedenheit mit der preußischen Politik steigerten. Hatte der Friede auf dem Sallinwerder eine Trennung Litauens von Polen bedeutet, so dienten die Verträge von Raciaz nur zur Befestigung der dem Deutschen Orden so überaus gefährlichen Union. Auf eine „freundliche Schlichtung“ der neumärkischen Streitigkeiten und der hinter ihnen stehenden weitem polnischen Ansprüche durfte eine besonnene Realpolitik kaum rechnen.

Wir müssen nun in Kürze der livländischen innern Verhältnisse gedenken. Nach den Danziger Friedensverträgen vom Juli 1397 waren die Beziehungen des rigischen Erzbischofs und Deutschordensbruders Johann Wallenrode zu den livländischen Gebietigern immer schlechter geworden. Im Herbst 1401 war der Meister Bruggenoye gestorben und Konrad von Bitinghose, bisher Komtur zu Fellin, sein Nachfolger geworden. Es war ein im Lande sehr beliebter Gebietiger und ein ausgesprochener Gegner der oberdeutschen Ritterpolitik in Preußen. Dem Erzbischof wurde schließlich die strenge Ueberwachung durch die Gebietiger ganz unerträglich. Gegen Ende des Sommers 1403 verließ er Livland und trat draußen in den diplomatischen Dienst des Römischen Königs Ruprecht. Da er aber auch dort Beziehungen zu den ordensfeindlichen Agitationen der flüchtigen rigischen Domherrn hatte, blieben seine Einkünfte aus dem Erzstift aus. Um sich darüber zu beschweren, erschien er im Juli 1404 in Preußen beim Hochmeister.

Unter dessen Vermittelung verhandelte er zuerst mit den zum Generalkapitel des Ordens delegirten livländischen Gebietigern, darauf gleich nach Weihnachten mit dem selbst in Preußen anwesenden Meister. Man einigte sich auf ein Schiedsgericht, hatte aber dann im Hinblick auf die frühern Erfahrungen doch kein besonderes Vertrauen dazu. Zuletzt entschloß sich Wallenrode, dem es vor allem auf bares Geld ankam, im Februar mit dem Meister zusammen nach Livland zurückzureisen. Hier kam mit Zustimmung der erzstiftischen Vasallen ein Vertrag zu Stande. Der Erzbischof ernannte den Meister und den Deutschen Orden in Livland auf 12 Jahre zum Vormunde und vollmächtigen Vikar des ganzen Erzstiftes, mit alleiniger Ausnahme der Schlösser Lennwarden und Kreuzburg. Dafür erhielt er eine feste Jahresrente zugesichert. Er hat sie thatsächlich draußen bis zum 19. Juli 1417 bezogen. Livland verließ er im Sommer 1405, um nie mehr zurückzukehren. Der Orden hatte also aus der Inkorporation zunächst eine Pachtung gemacht. Wallenrode hatte sich auch verpflichtet, mit den flüchtigen Domherrn einen Vertrag zu Stande zu bringen, und kam dieser Pflicht bald nach. Die Domherrn sollten feste Leibrenten erhalten und dafür die der rigischen Kirche entführten Reliquien und Kleinodien zurückgeben. Aber die vom Orden gebotenen Summen waren, wie es scheint, den zähen geistlichen Herrn zu gering; der Vertrag wurde wohl geschlossen, trat aber nicht in Kraft. Sonst sah es in den livländischen Bistümern für den Orden recht günstig aus. In Dorpat hatte der alte Intrigant Dietrich Damerow im J. 1400 völlig Bankerott gemacht und war durch den dem Orden sehr genehmen Heinrich von Wrangle ersetzt worden; in Desel regierte der ordensfreundliche Winrich von Kniprode. Man konnte also wohl hoffen, durch eine ruhige Entwicklung und Befestigung der innern Landesverwaltung die Danziger Konzessionen unschädlich zu machen.

Der Meister Konrad von Bitinghose wird gewiß in Preußen im Januar und Februar 1405 sehr eingehend über die Konsequenzen der neuen Verträge mit Witowt für Livland verhandelt haben. Gerade damals standen Witowt und der preußische Marschall mit Heeresmacht in Samaiten und brachten wieder einen Teil des Landes zur Unterwerfung unter den Orden. Wir müssen annehmen, daß der Meister nach seiner Rückkehr dem livländischen Ordens-

kapitel die Anschauungen und Wünsche des Hochmeisters über ein gemeinsames Vorgehen der Livländer und Witowts gegen die Russen vorgelegt hat. Die Majorität der livländischen Gebietiger muß aber gegen jede Kooperation mit dem Litauer gewesen sein. Sie sah offenbar in einer Besitznahme Nowgorods durch Witowt eine große Gefahr für Livland und glaubte nicht, daß die litauische Konzession Pleskaus an den Orden diese Gefahr aufwiegen werde. Vor allem aber war man überzeugt, daß die Ausführung der Pläne Witowts den livländisch-russischen Handel, auf dem der Wohlstand der livländischen Städte begründet war und an dem auch der Orden selbst wie viele Vasallen materiell stark interessiert war, aufs tiefste erschüttern, vielleicht völlig ruinieren würde. Daran ist nicht zu zweifeln, daß die Ablehnung eines mit Litauen zusammen zu führenden russischen Krieges den Wünschen der livländischen Stände entsprach und daß besonders die Städte vom Meister eine solche Haltung verlangten.

Da erschien, etwa Anfang April, bei dem Meister ein Gesandter Witowts und verlangte im Namen seines Herrn, daß der Meister die Bestimmungen des zwischen Litauen und dem Deutschen Orden bestehenden Friedens offiziell Nowgorod und Pleskau mitteile, damit die Russen nicht daran zweifelten, wer Witowt angreife, sei auch ein Feind des Ordens, wie umgekehrt ein Feind Witowts sei, wer den Orden angreife. Der Meister antwortete, daß der Orden in Livland mit den Russen einen Frieden, der mit goldenen Siegeln besiegelt sei, nun schon etwa 150 Jahre lang eingehalten habe¹⁾; den wolle er auch jetzt nicht auf sagen oder brechen. Da sprach der litauische Bote: „Einen solchen Frieden könnte ja auch mein Herr mit den Russen schließen. Aber ihr werdet euren Frieden mit ihnen doch über kurz oder lang kündigen müssen; denn wo wollt ihr sonst Gelegenheit zu Kriegszügen finden, wenn die Samaiten demnächst mit meines Herrn Hilfe eurem Orden unterworfen sein werden? Was werdet ihr sagen, wenn mein Herr, später von euch gegen die Russen zu Hilfe gerufen, ebenso sprechen wird, wie ihr es jetzt thut?“ Darauf hatte der Meister nur die kurzen Worte: „Dein Herr Sorge für

¹⁾ Der Meister meinte wohl den Frieden von 1270, der auf der Grundlage des Friedens von 1224 geschlossen wurde. Die spätern Kriege zog er als vorübergehende Unterbrechungen des Friedenszustandes nicht in Betracht.

sich, wir werden für uns sorgen.“ Wohl mit Rücksicht auf Preußen ließ er Witowt dann doch sagen, daß er, falls der Großfürst weitere Verhandlungen wünsche, den Landmarschall oder einen andern Gebietiger zu ihm schicken wolle. Aber Witowt wandte sich sofort an den Hochmeister mit den bittersten Beschwerden über die Livländer. Schon am 5. Mai bat der Hochmeister ihn dringend, die Antwort, mit der sich die Livländer vergessen hätten, nicht weiter übelzunehmen; denn er sei mit seinen Gebietigern darin völlig einig, daß der Orden dem Großfürsten getreulich Beistand leisten müsse; der livländische Landmarschall und andere von den ältesten livländischen Gebietigern würden binnen kurzem in Rowno vor dem Großfürsten erscheinen und sich wegen der „unbehaglichen“ Antwort entschuldigen. Am selben Tage ging auch ein Brief des Hochmeisters an den obersten Gebietiger in Livland ab, der unter Wahrung aller höflichen Formen der livländischen Politik scharf entgegentrat: der Hochmeister habe mit dem größten Teil seiner Gebietiger die Antwort erwogen, die der livländische Meister dem Großfürsten Witowt gegeben habe; auch sie müßten darin etwas wie eine Absage erkennen, jedenfalls stehe die Antwort im Widerspruch zu dem vom Orden in Livland mitbesiegelten Frieden auf dem Sallinwerder und entspreche nicht der Ehre und Redlichkeit des ganzen Ordens; wenn sich in Witowt die Ueberzeugung festige, daß im Orden Zwietracht herrsche, seien schlimme Folgen unvermeidlich; daher begehre der Hochmeister mit allen preussischen Gebietigern, daß der livländische Meister sofort seinen Landmarschall und andere Gebietiger zu dem neuen Verhandlungstage nach Rowno schicke; deren Vollmachten müßten endgültige sein und dürften in keinem Gegensatze stehen zu den Vollmachten, die der Hochmeister seinen Gesandten dorthin mitgeben werde. In der That wurde Witowt zu Anfang Juni dieses Jahres in Rowno durch livländische und preussische Gebietiger zufriedengestellt. Gesandte des Hochmeisters gingen dann wiederholt im Sommer und Herbst nach Rowgorod und Pleskau, um dort „nach dem Begehren des Großfürsten“ zu verhandeln. Ob auch Konrad von Witinghose den Russen die von Witowt verlangte Mitteilung machen mußte, erfahren wir nicht. Aber zu einem gewissen Vorgehen gegen Rowgorod hat er sich jedenfalls entschließen müssen. In der zweiten Hälfte des September

erschienen seine Gesandten gleichzeitig mit den Gesandten Witowts in Nowgorod. Während der Litauer die Nowgoroder bedrohte, weil sie dem von ihm vor kurzem zum zweiten Mal vertriebenen Fürsten von Smolensk Aufnahme gewährt hätten¹⁾, forderte der Meister die Rückgabe des Gutes, das Nowgorod einem gewissen Patricius genommen habe²⁾. Der Meister hatte zugleich die livländischen Städte und die deutschen Kaufleute in Nowgorod warnen lassen, sie möchten sich vor den Russen in Acht nehmen, der Orden werde in der Sache des Patricius nicht nachgeben. Aber Nowgorod wollte durchaus den Krieg vermeiden: es veranlaßte den Smolensker Fürsten nach Moskau abzuziehen und versprach wegen des geforderten Gutes sofort Gesandte an den Meister zu schicken.

Gerade in dieser Zeit bemerken wir, daß in Livland immer häufiger Ordensgebietiger rheinländischer Abstammung auftreten. Wir können nicht umhin, das mit den politischen Divergenzen in Verbindung zu bringen. Der bekannte Gegensatz zwischen Westfalen und Rheinländern in Livland reicht in die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts zurück. Aber zu den sozialen Verschiedenheiten kamen jetzt viel stärker als früher die politischen hinzu. Die Rheinländer, die in ihrem Wesen und ihren Lebensgewohnheiten zu den Oberdeutschen gehörten, traten auch für die Politik der oberdeutschen Ordensgebietiger in Preußen ein. Offenbar schickte der Hochmeister gerade jetzt noch mehr als früher rheinländische Ordensbrüder nach Livland und wirkte mit allen Mitteln für ihre Beförderung zu den obern livländischen Ordensämtern. Durch sie sollte die Uebereinstimmung in der auswärtigen Politik und damit der Gehorsam Livlands gesichert werden. „Während zu Ende des 14. Jahrhunderts die Westfalen noch durchaus in der Majorität im innern Rat des Deutschen Ordens in Livland waren, haben sie in den ersten Jahren der Regierungszeit Meister Konrads von

1) Die Nowgoroder hatten dem Zuri Swjätoslawitsch von Smolensk 13 Städte zur Verwaltung übergeben und mit ihm ein „ewiges Bündniß gegen alle Fremdstämmigen“ geschlossen. Nach den russischen Chroniken sandte Witowt ihnen daraufhin eine Kriegserklärung, wie er es schon 1399 nach dem Frieden auf dem Sallinwerder gethan hatte.

2) Es war wohl der Kaufmann Patricius Sybenwirt aus Breslau, den König Wenzel von Böhmen 1403 nach Livland schickte, um „etliche Dinge und Geräte“ für den König zu kaufen. Er scheint später in die Dienste des Ordens getreten zu sein.

Witinghose nur noch eine Stimme mehr“¹⁾). Die Schwankung der Majorität im innern Rat tritt im Jahre 1405 zum ersten Mal stärker hervor und erklärt die Nachgiebigkeit der Livländer.

Der russische Krieg 1406—1409.

Witowts russischer Kriegsplan schien anfangs in erster Linie gegen Nowgorod gerichtet zu sein. Aber im November 1405 erhielt der Meister, den Nowgorod unterdessen wegen des Petricius befriedigt zu haben scheint, die offizielle Mitteilung, daß der Großfürst gegen Pleskau ziehen werde und eine Kooperation des Ordens bestimmt erwarte, da diesem ja in Zukunft Pleskau gehören solle. Sofort ließ der Meister wieder die livländischen Städte und den gemeinen deutschen Kaufmann warnen: Witowt wolle die Pleskauer mit Krieg überziehen, und der Deutsche Orden in Livland könne veranlaßt sein, sich ihm anzuschließen. Das dem Orden besonders nahe stehende Reval bat darauf den Meister dringend, die Russen wenigstens nicht früher anzugreifen, bevor die in Rußland befindlichen deutschen Kaufleute mit ihren Gütern in Sicherheit gebracht seien. Witowt fiel in der That im Februar 1406 mit Heeresmacht ins Pleskausche Gebiet ein. Der Meister hatte gerüstet, unternahm aber nichts. Die livländischen Städte hatten ihre Vorsichtsmaßregeln ergriffen und in Pleskau und Nowgorod angefragt, wie man sich dort während eines Krieges mit dem Orden gegen den deutschen Kaufmann verhalten wolle. Beide Städte hatten geantwortet, sie wollten unbeschadet des Krieges den Handel fortsetzen. Trotzdem arrestirte Pleskau schon beim litauischen Einfall die anwesenden deutschen Kaufleute mit ihren Gütern. Nowgorod schickte Pleskau ein Heer gegen Witowt zu Hülfe. Bei dessen Ankunft waren aber die Litauer schon abgezogen, und nun wollte Pleskau sofort einen Vergeltungszug unternehmen. Doch die nowgorodischen Feldhauptleute weigerten sich, an ihm teilzunehmen, erklärten sich dagegen bereit, sofort die Deutschen in Livland zu überfallen. Da schickten die Pleskauer sie zurück und verwüsteten allein das poloztische Gebiet Witowts. Nowgorod aber schickte

¹⁾ L. Arbusow, Die im Deutschen Orden in Livland vertretenen Geschlechter, im Jahrbuch für Genealogie 1899, Mitau 1901, S. 37. Eine für die Erkenntniß der innern Ordensverhältnisse höchst wichtige Arbeit.

unterdessen eine feierliche Gesandtschaft an den Meister und erklärte eine strenge Neutralität. Dem gemeinen deutschen Kaufmann stellte es für den nächsten Sommer ein für alle Kriegsfälle giltiges Sicherheitsgeleit aus. Von den fortgesetzten Verhandlungen des Ordens in Livland mit Witowt erfahren wir nichts. Aber aus dem am 2. Juli 1406 unter den Auspizien des Meisters und Witowts geschlossenen Handelsvertrage zwischen Riga und Plozß sehen wir, daß man sich in Livland, den preußischen Forderungen nachgebend, dem Litauer näher angeschlossen hat.

Wegen seines Angriffes auf Pleskau hatte Witowt die Kriegserklärung seines Schwiegersohnes, des Großfürsten Wassili Dmitrijewitsch von Moskau, erhalten¹⁾ und darauf seinerseits alle Moskowiter geächtet. Sein Bruch mit Moskau hatte in ganz Litauen wieder: hatten die mit Witowts Gewaltherrschaft und der polnisch-litauischen Union unzufriedenen Weißrussen und Litauer früher beim Deutschen Orden Hülfe gesucht, so wurde jetzt „das rechtgläubige“ Moskau ihr Asyl²⁾. Im Juli 1406 zog Witowt mit einem großen Heere gegen Moskau. Für den Orden war damit der im Vertrage vom 18. August 1404 vorgesehene casus foederis eingetreten, um so mehr, als mittlerweile mit der eifrigen Hülfe Witowts ganz Samaiten zur Unterwerfung gebracht war. Wieder walteten dort Ordensbrüder, und wieder schien die Christianisirung des Landes einen guten Fortgang zu haben. Deshalb nahmen nun auch drei preußische Gebietiger mit einer starken Ordensmacht an dem Feldzuge gegen Moskau teil. Dabei beging aber der Orden einen sehr argen Mißgriff; oder richtiger gesagt, er fiel in eine ihm von Witowt gelegte Falle. Auf dessen Bitte wurden nämlich zu den gegen Moskau bestimmten Ordenstruppen auch 1000 Samaiten ausgehoben, und zwar mußten „die Besten des Landes“ mitreiten. Unter ihnen herrschte damals sehr erklärlicher Weise eine ungeheure Erbitterung gegen Witowt; sie erklärten, sie wollten gern mit den Deutschen reiten, so weit man wünsche, aber nur nicht mit dem Herzog Witowt. Es war umsonst, sie mußten mit Witowt ziehn.

¹⁾ Moskaus Einfluß war in Pleskau in Folge der beständigen Streitigkeiten Nowgorods mit Pleskau sehr gestiegen. Seit 1399 empfing Pleskau willig seine Fürsten aus der Hand des moskowschen Großfürsten.

²⁾ M. Ssolowjew, Geschichte Rußlands (russ.), IV, 1, S. 1038.

Die Folge war, daß sich die Erbitterung im Lande wieder mehr gegen den Orden kehrte.

Um Witowt den Rücken zu decken, mußten jetzt auch die Livländer gegen die Russen vorgehen. Am 22. August unternahm Konrad von Bitinghose einen Einfall ins Pleskausche. Zwei Wochen lang heerte er um Isborst und Ostrow, ohne größern Widerstand zu finden; dann zog er heimwärts. Zu diesem Feldzuge waren auch das Stift Dorpat und die kurländischen Gebiete aufgeboten worden. Als die Kunde von ihm nach Nowgorod kam, hielten die deutschen Kaufleute es für geboten, die dem Kontor gehörigen Werthsachen wie das Archiv und die Siegel St. Peters sofort nach Reval wegzuschicken. Doch Nowgorod hielt den Handel mit den Deutschen und seine Neutralität aufrecht und schlug alle Bitten Pleskaus um Hülfe ab. Der Teufel, meinen die pleskauschen Chronisten, gab ihm den Gedanken ein, mit Litauen und den Deutschen Freundschaft zu halten. Dieser Teufel war die Furcht vor Moskau, der Haß gegen Pleskau, das die moskowitzische Oberhoheit der Nowgorods vorzog, und der Gewinn im deutschen Handel. Nowgorod nutzte den Krieg zu bessern Handelsbedingungen für sich aus. Es steigerte die Preise der eigenen Waaren und forderte für die Importartikel vollere Maße und Gewichte. Das führte freilich zu bittern Streitigkeiten mit dem deutschen Kontor und den livländischen Städten. Witowt aber schien nach der Niederlage an der Worskla die Lust zu großen Schlachten verloren zu haben: nachdem sich die Heere im Tulaschen einige Tage gegenübergestanden hatten, schloß er im September mit Wassili einen Stillstand bis zum nächsten Frühjahr.

Im Oktober erfuhr Livland die Vergeltung der Pleskauer. Sie drangen im Stift Dorpat bis Kirrumpä vor und schlugen zwei Mal kleinere ihnen entgegengeworfene Abteilungen zurück; aber von Kirrumpä kehrten sie schon nach einem Tage mit der Beute in ihr Land zurück, bevor der Meister mit größerer Macht herangezogen war. Darauf ruhte der Krieg bis Ende Juni des nächsten Jahres. Da fielen die Pleskauer über die Narowa in Allentacken ein, verheerten dort „viele Bagasten“¹⁾ und kehrten mit großer Beute heim. Der Meister war in Preußen, wo am

1) Погостъ, Dorfbezirk; ins Lettische übergegangen.

26. Juni 1407 Ulrich von Jungingen, bisher Oberster Marschall, zum Nachfolger seines Bruders, des am 30. März gestorbenen Hochmeisters Konrad, gewählt wurde. Nach seiner Rückkehr im Juli rüstete Bitinghose sofort zu einem Vergeltungszuge. Mitte August brach er mit einem noch größern Heere als im vorigen Jahre auf. Alle überdünischen und furländischen Gebiete waren mit aufgeboten. Diesmal rückte das Ordensheer direkt gegen Pleskau vor. Jenseits Isborsks stieß es auf das pleskausche Heer, das ihm eine Flußfurt verlegte. Vier Tage stand man sich gegenüber und scharmügelte. Am 21. August zogen die Livländer auf dem Wege nach Isborsk ab und schlugen nachmittags auf einem Felde bei dem Dorfe Logosowitschi ihr Lager auf. Da erschienen plötzlich die Pleskauer und überfielen sie. Allein das livländische Heer war schnell zur Schlacht bereit, und bald hatten die Pleskauer eine große Niederlage erlitten. Es fielen drei ihrer Possadniki mit vielen Bojaren; im Ganzen zählten sie 700 Tode. Viele ertranken bei der Flucht über den Fluß. Doch auch die Livländer sollen starke Verluste gehabt haben, so daß der Meister auf eine Ausnutzung des Sieges verzichtete und den Feldzug aufgab. Der pleskausche Chronist meint, diese Schlacht sei so gewaltig gewesen, daß man sie den beiden berühmten Schlachten auf dem Eise des Peipus (Sieg des Alexander Newski 1242) und bei Weseberg (Sieg der Russen 1268) gleichstellen dürfe. Zur selben Zeit war eine andere pleskausche Heeresabteilung zu Schiff auf dem Peipus ausgefahren, um das, wie man meinte, jetzt ungeschützte Estland jenseits der Narowa zu verwüsten. Aber eine livländische Kriegsflotte erwartete die Russen auf dem Peipus. Beim Zusammentreffen mußten die Pleskauer ans Ufer flüchten und ihre Schiffe im Stich lassen¹⁾. Zu Fuß eilten sie heimwärts und fanden ihre Stadt in Kummer und Betrübnis.

Auch diese Kämpfe kamen Witowt zu gut, der im Herbst den Moskowitern in den Grenzgebieten von Smolensk und Kaluga gegenüberstand, aber auch diesmal ohne größern Kampf einen Stillstand bis zum nächsten Sommer schloß.

²⁾ Wahrscheinlich hatten die bösen „Schnecken“, von denen der Chronist spricht (d. h. snicken, kleine Kriegsschiffe), den Russen in der schmalen Verbindung zwischen dem kleinen und dem großen Peipus aufgelauert. Die Bezeichnung des Ortes въ Осапкъ ist mir unbekannt.

Bevor wir die weitem Ereignisse verfolgen, müssen wir noch einen Blick auf den Regierungswechsel in Preußen werfen. Die 13 Jahre und vier Monate der Regierung Konrads von Jungingen gehören in der Geschichte des Deutschen Ordens zu den folgenschwersten. Als Konrad die Regierung übernahm, stand der Orden auf der Höhe seiner Macht. Er galt überall als der stärkste Staat des nordöstlichen Europas, und man erwartete und fürchtete von ihm die Niederwerfung der Litauer, die Zurückdrängung der Polen und die Entscheidung der Dinge auf der Ostsee. Am Ende der Regierung war in der That das Territorium des Ordensstaates sehr bedeutend erweitert: Gotland, Samaiten und die Neumark waren Ordensländer geworden. Aber diese Eroberungen führten nicht zu einer wirklichen Kräftigung des Ordensstaates. Namentlich die beiden letzten und wichtigsten ruhten nicht auf kraftvollen Thaten, sondern auf schwächlichen Verträgen. Sie schienen unentbehrlich zu sein und waren doch eine Quelle der größten Gefahren. Gewiß hatte der Orden unter der Ungunst der allgemeinen politischen Verhältnisse zu leiden. Unabhängig von ihm vollzogen sich in den Nachbarstaaten nationale und staatliche Entwicklungen, die sich schließlich gegen ihn richten mußten. Aber auch der Fortschritt der innern Festigung des Staates war in Preußen bedroht. Konrad von Jungingen hat nicht zu hindern vermocht, daß die eigene Handelsthätigkeit des Ordens große Gegensätze zwischen der Staatsregierung und den Städten schuf. Er hat auch nicht erkannt, wie gefährlich die zunächst im Kulmer Lande aufkommenden Sympathien der Ordensvasallen für Polen und dessen „adlige Freiheit“ waren. Ihm mißlang in Samaiten die innere Annexion des kulturlosen Landes vollkommen. Freilich war es nicht seine Schuld, daß dort das wichtigste Element zum Gelingen fehlte: die Zeit war vorüber, wo der deutsche Bauer ostwärts weiter vordrang, und unter den wilden Heiden Samaitens wollten weder Bürger Städte gründen noch Männer von Ritterart Land zu Lehn empfangen. Gerade deshalb fiel es dem Orden so schwer, das Land zu bezwingen und zu behaupten. Möglich wäre es nur gewesen, wenn nach einer rücksichtslosen Entfernung aller einheimischen Bojarenfamilien deutsche Ansiedlungen unter dem Schutze starker Ordensburgen mit schlagfertigen Besatzungen begründet worden wären. Dazu wäre die strengste Fernhaltung

aller Einmischungen Witowts in Samaiten unbedingt geboten gewesen. Der Hochmeister aber duldete diese Einmischungen nicht nur, sondern veranlaßte sie selbst und verfiel immer wieder den Täuschungen des schlauen und hinterlistigen Litauers. Gerade ihm und dem Polenkönig gegenüber zeigte sich bei der preußischen Regierung der Mangel an Energie am deutlichsten. Von diesen Gegnern, für deren Unzuverlässigkeit und Unversöhnlichkeit so viele Erfahrungen sprachen, ließ sich Konrad von Jungingen immer wieder in eine Politik der Verhandlungen und Verträge, des Temporisirens und Verzettelns hineinziehen, statt die günstige Gelegenheit zu einer wirklichen Entscheidung zu suchen und zu ergreifen. Auch gegen die luxemburgische Politik des Länderschachers wie gegen die lübisch-hanßische des engen Kaufmannsgeistes vermochte er nicht sich glücklich zu behaupten.

Die Lüsterheit nach dem Gelde und den Besitzümern des Ordens stieg überall. Es schien leicht, ihn zu betrügen. Je länger er den Krieg vermied, desto dreister und zahlreicher erhoben sich die Ansprüche an ihn. Konrad von Jungingen war eine irenische Natur, für fromme Rücksichten und Sentimentalitäten stets zugänglich und doch erfüllt von allen Idealen des romantischen Rittertums. „In allen seinen Geschäften war er gar geduldig und dämpfte alles so, daß kein Uergerniß entstand.“ Seine Regierung hat die Zukunft des Ordensstaates untergraben. Ganz im Gegensatz zu ihm soll ja sein Bruder und Nachfolger Ulrich ein Mann der kühnen That gewesen sein. Aber der richtige Mann für den Orden und dessen Nöte war er doch ganz und gar nicht. Ihn unterschied vom Bruder vor allem das Temperament. Das mochte ihn wohl in der kriegerischen Vergangenheit, die hinter ihm lag, zu mancher harten That fortgerissen haben. Die Polen und die Litauer haßten ihn grimmig, und er erwiderte den Haß, weil er sie für unverföhnliche Feinde hielt, mit denen der Krieg unvermeidlich sei. Aber diese Erkenntniß allein half nichts; als Staatsmann stand er noch hinter dem Bruder zurück, und ein Feldherr war er ebenso wenig wie jener. Auf dem Schlachtfelde würdig zu sterben, hätte gewiß auch der fromme Konrad verstanden. In der preußischen Politik waltete übrigens zunächst noch dessen Geist fort, ein Geist des Friedens und der Sühne, wie Johannes Voigt, der Lobredner aller Hochmeister, meint, ein Geist des falschen Vertrauens und

des unschlüssigen Hinausschiebens, wie wir urteilen. Unter Ulrich, der doch überzeugt war, daß der Bruch mit Witowt und dem Polenkönig nur eine Frage der Zeit sei, ist dieser Geist noch schwerer als unter Konrad zu verstehen.

Die erste That des neuen Hochmeisters war die Anerkennung eines durch Lübeck soeben vermittelten Vertrages mit dem skandinavischen Unionskönige Erich, wonach der Orden Gotland gegen eine unbedeutende Geldentschädigung abtrat¹⁾. Das war der endgültige Verzicht auf eine große maritime Politik.

Darauf mußte sich der Hochmeister ganz den polnisch-litauischen Dingen zuwenden. Die neumärkischen Streitigkeiten wurden immer bössartiger. Die Vasallen der Neumark waren ein völlig verdorbenes Geschlecht, das in seinen Lehnverhältnissen den Begriff der Treue verloren hatte. Sie sehnten sich nach der adligen Freiheit ihrer großpolnischen Nachbarn und wollten von der staatlichen Aufsicht und Zucht des Ordens nichts wissen. Ihr beliebtestes Spiel war schon lange vor der Ordensherrschaft der eigenmächtige Wechsel des Lehnsherrn gewesen, was bei den vielfach sich kreuzenden Ansprüchen auf das Land leicht geschehen war und immer verwirrtere Zustände hervorgerufen hatte. In Polen aber kam die Leitung der Politik immer mehr in die Hände der großpolnischen Magnaten, die nicht allein „die Häuser und Städte“ der Neumark als ihr Erbteil betrachteten, sondern ihren König immer dringender daran mahnten, daß er in der Wahlkapitulation gelobt habe, alle Polen „entfremdeten“ Besitztümer, also vor allem Pommerellen und das Kulmer Land, wieder für das Reich zu erwerben.

Die polnischen Bemühungen, den Orden bei den fremden Höfen anzuklagen und herabzusetzen, hatten auch nach dem Frieden von Raciaz nicht aufgehört. In Rom versuchten Gesandte des

¹⁾ Der Orden hatte nach der Eroberung der Insel dem Erzkönig Albrecht von Schweden 10,000 Nobel gezahlt, wofür dieser ihm für den Fall einer Rückgabe der Insel die Summe von 30,000 Nobel zusicherte (im Metallwerte etwa 400,000 Reichsmark). Jetzt war der Hochmeister mit 9000 Nobel zufrieden, die im September 1408 bei der Abgabe der Insel gezahlt wurden. Gekostet hatte Gotland dem Orden sehr viel mehr als 30,000 Nobel. Ähnlich schlechte Geschäfte hatte Konrad mit dem Herzogtum Dobrzyn und an andern Stellen gemacht. Man kann das doch kaum „eine bürgerliche, gewinnlüchtig diplomatisirende Politik“ nennen, wie Jakob Caro in seiner Geschichte Polens thut.

Königs und Witowts gerade im Jahre 1407 durch „große Präsente und Gaben“ vom Papst einen Ablass und eine Gnade für alle Fürsten und Herrn, Ritter und Knechte zu erwerben, die um Gottes und der Ehre willen nach Litauen zum Kampf gegen die benachbarten Russen und Heiden kämen. Nach der damaligen Anschauung wäre dadurch die Weiterexistenz des Deutschen Ordens in Preußen und Litvland für überflüssig erklärt worden. Rom nahm die Präsente und Gaben der Polen freundlich entgegen und ließ sich dann die Ablehnung ihrer frommen Wünsche vom Orden mit schwerem Gelde bezahlen. Zu gleicher Zeit kamen an alle geistlichen und weltlichen Fürsten des Römischen Reiches deutscher Nation Klageschriften der Samaiten. Diese „Freunde der Christenheit“ klagten in vortrefflich stilisirtem polnischen Latein in herzerreißender Weise über die grausamen Verbrechen, die der Deutsche Orden fortgesetzt an ihnen verübe. Gerade damals that der Orden alles, um die Wünsche seiner Unterthanen in Samaiten zu erfüllen, und glaubte, daß sie mit seiner Herrschaft ganz einverstanden seien. Unter solchen Umständen vermittelte Witowt eine persönliche Zusammenkunft des Königs mit dem Hochmeister. Sie fand in seiner Gegenwart Anfang Januar 1408 in Kowno statt. Auch Konrad von Bitinghose erschien dort mit mehreren seiner Gebietiger. Man machte Witowt zum Schiedsrichter in der wichtigsten neu-märkischen Streitfrage wegen des Besizes der Grenzburg Driesen. Er erklärte, daß die polnischen Ansprüche berechtigt seien, er aber damit keinen Rechtspruch, sondern nur einen Vorschlag zu gütlichem Vergleich thun wolle. Das lehnte der Hochmeister freundlich ab, und es schien dann wieder nichts anderes übrig zu bleiben, als diese Sache wie alle andern Streitfragen auf bessere Zeiten zu verschieben. Dagegen einigten sich Witowt und der litvländische Meister zu einem neuen Feldzuge gegen Pleskau. Der Hochmeister versprach, dazu die Litvländer mit Geld und Geschütz zu unterstützen. Er hat es auch thatsächlich gethan. Sonst „brachte dieser Tag zu Kowno wenig ein, nur daß die Herrn des Ordens dort einiges erfuhren, was sie vorher nicht wußten.“ Das waren wohl noch besondere Feindseligkeiten der polnischen Politik und die interessante Thatsache, daß Witowt die Klageschriften der Samaiten veranlaßt hatte.

Schon am 11. Februar rückte der Meister wieder über die

pleskausche Grenze. Litauische Hülfsstruppen fließen zu ihm, und zwei Wochen lang heerte man stark. Die pleskauschen Chronisten erzählen, daß der Meister diesmal auch ein Stück des benachbarten nowgorodischen Gebietes verwüstet habe, die Nowgoroder aber selbst dagegen in keiner Weise reagirt hätten. Im Mai statteten Livländer und Pleskauer einander noch ein paar kurze Visiten ab. Von weitem Unternehmungen wollten offenbar die Livländer nichts wissen. Im März hatte Witowt vorgeschlagen, daß der Hochmeister selbst oder wenigstens der Oberste Marschall mit einem größern preußischen Heer und starkem Geschütz gegen die hartnäckigen Pleskauer zu Felde ziehe. Mit überfließender Höflichkeit war das abgelehnt worden, weil die Verpflegung des preußischen Heeres zu schwierig wäre. Im Juni fragte darauf Witowt treuherzig beim Hochmeister an, ob es nicht angezeigt sei, die Pleskauer dadurch mürbe zu machen, daß man ihnen einen litauischen Bojaren zum zeitweiligen Oberhaupt setze. Der Hochmeister antwortete, er wisse von den pleskauschen Verhältnissen zu wenig, um sich darüber äußern zu können; bevor er deswegen mit dem obersten Gebietiger von Livland korrespondirt habe. Diese Korrespondenz, die uns nicht überliefert ist, stand wohl in der Beurteilung der litauischen Politik schon in einem starken Gegensatz zu den Freundschaftsver sicherungen, die der Hochmeister noch immer mit Witowt austauschte. Im Herbst schloß Meister Konrad von Vitinghose mit Pleskau einen Waffenstillstand bis zum nächsten Januar. Das hing wohl mit den Beziehungen Witowts zu Moskau zusammen. In diesem Jahr waren Swidrigiello, ein Bruder des polnischen Königs und der gefährlichste innere Gegner Witowts, und mehrere andere litauisch-russische Fürsten mit vielen Bojaren zu Wassili von Moskau übergegangen, der sie aufs liebeichste aufgenommen hatte. Von beiden Seiten war nun aufs stärkste gerüstet worden, und im September standen Witowt, dem auch der Hochmeister wieder Hülfsstruppen ¹⁾ gesandt hatte, und Wassili, zu dem viele Tataren gestoßen waren, einander am Grenzfluß Ugra gegenüber. Man beobachtete einander und wich sorgfältig jedem größern Zusammen-

¹⁾ Unter ihnen sollen auch diesmal Samaiten in größerer Zahl gewesen sein. Uebertreibend meldet ein preußischer Chronist, daß die Ordensmannschaften auf dem Rückzuge infolge der schlechten Wege außer vielem Geschütz und andern Waffen mehr als 1500 Pferde verloren hätten.

stoß aus. Dann begannen Verhandlungen, die diesmal zu einem festen Frieden führten. Witowt versöhnte sich auch mit seinem Vetter Swidrigiello, um ihn bei sich zu Hause überwachen und gelegentlich vernichten zu können. An der Ugra wurde bereits ein Friede Witowts auch mit Pleskau vorausbestimmt. Trotzdem fand nach dem Ablauf des livländischen Stillstandes noch ein Einfall ins Pleskausche statt. Am 5. Februar erschien der Meister „mit der ganzen deutschen Macht und mit Litauen“, wie der pleskausche Chronist erzählt, und heerte eine Woche lang aufs stärkste. Wieder wurde auch nowgorodisches Gebiet nicht verschont, und wieder that Nowgorod nichts dagegen, obgleich die Pleskauer in demütiger Weise um Hülfe baten. Das war die letzte militärische Unternehmung, von der wir in diesem Kriege Livlands mit Pleskau hören. Man könnte annehmen, daß der Orden in Livland den Krieg überhaupt nur noch in der Art der litauischen Stoßreisen zu führen verstand, an die er seit mehr als einem Jahrhundert gewöhnt war. Aber wir haben auch allen Grund zu glauben, daß Konrad von Bitinghose im Mißtrauen gegen Witowt mit Absicht allen Unternehmungen größern Stiles aus dem Wege ging.

Weihnachten 1408 begann die politische Lage deutlicher zu werden. Witowt und der polnische König hatten in Nowgorodek eine Zusammenkunft, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß bereits hier der große Krieg gegen den Deutschen Orden beschlossen wurde. Der großpolnische Adel verlangte aufs dringendste ein energisches Vorgehen, nachdem der Hochmeister im September die Burg und große Herrschaft Driesen endgültig gekauft und als unmittelbaren Ordensbesitz neben andern Burgen, die auch von Polen beansprucht wurden, stark besetzt hatte ¹⁾. Witowt glaubte

1) Die Burg, Stadt und Herrschaft Driesen war 1317 vom Markgrafen Waldemar von Brandenburg als ein echtes brandenburgisches Erblehn an zwei Ritter von der Ost verliehen worden. 1365 waren die Inhaber des Lehns, vier Brüder von der Ost, wegen eines Streites mit dem Markgrafen Otto dem Faulen zum Polenkönig übergegangen, hatten sich aber 5 Jahre später wieder ihrem rechtmäßigen Herrn unterworfen. Der Ritter Ulrich von der Ost, von dem der Hochmeister jetzt das Lehn gegen eine sehr bedeutende Geldsumme abgelöst hatte, war bereits zwei Mal für Driesen bei dem Polenkönig zu Lehn gegangen, hatte es aber feierlich als „aus jugendlicher Unwissenheit und ohne Zustimmung seiner Agnaten geschehen“ widerrufen.

seinerseits, nun nicht mehr länger zulassen zu dürfen, daß der Orden fortfahre, sich in Samaiten festzusetzen und zu sichern. Seine inneren Gegner hatten aus der Uebergabe der Samaiten an den Orden einen gefährlichen Vorwurf gegen ihn gemacht, und er fürchtete selbst, daß die Samaiten bald so weit gebracht sein könnten, den Aufreizungen zum Aufstande kein Gehör mehr zu geben. Zugleich hielten aber er und die Polen es für durchaus notwendig, die Schuld am Kriege dem Orden zuzuschreiben und diesen bei der Römischen Kurie und allen fremden Höfen ins Unrecht zu setzen. Die abendländische Christenheit mußte überzeugt werden, daß sie an dem Bestande des Ordensstaates kein Interesse mehr habe. Daher sollte die Täuschung des Ordens bis zum letzten Augenblick fortgesetzt werden. Daß dabei beide Teile, Litauer wie Polen, innerlich fest entschlossen waren, einander möglichst wenig vom Kaufpreis zu gönnen, ist gewiß sicher.

Die urkundlichen Zeugnisse über den weiteren Verlauf der Dinge in Samaiten zeigen eine fast unbegreiflich schwache Haltung der preussischen Regierung. Die zahlreichen Spione des Ordens in Litauen und Polen berichten von den feindlichen Plänen. Der Vogt von Samaiten meldet seit dem Dezember 1408 dem Hochmeister fortwährend gefährliche Erscheinungen und neue Schwierigkeiten, deren Zusammenhang mit feindlichen Absichten Witowts unverkennbar sei. „Litauer, Russen und Tataren“, alles Unterthanen Witowts, ziehen im Lande umher, schmähden den Orden und verübten Gewaltthaten. Daß der Vogt sie ausweist, bei Witowt klagt und fortan nur denen, die eine offizielle Legitimation Witowts vorweisen, Eintritt ins Land gewähren will, hilft gar nichts. Der Hochmeister will von energischen Maßregeln nichts wissen; er korrespondirt über diese Dinge mit Witowt in freundschaftlicher Weise und akzeptirt alle Ausreden und Freundschaftsbeteuerungen. Endlich sendet er im April den Komtur von Brandenburg Markward von Salzbach, den besten Kenner Witowts und der litauischen Verhältnisse, mit dem Vogt von Samaiten Michael Ruchmeister zu einer Aussprache zum Großfürsten. Bei einer zu groben Ausrede des Litauers vermag der tapfere Markward nicht mehr an sich zu halten: er fragt, ob der Großfürst sich bewußt sei, den Orden bereits dreimal verraten zu haben, ob er jetzt wirklich den vierten Verrat vorbereite. Entrüstet weist Witowt eine so empörende Beleidigung

gung zurück und klagt sofort über sie aufs bitterste beim Hochmeister. Umgehend wird Markward desavouirt und Witowt um Entschuldigung gebeten. So geht es weiter, bis am 31. Mai Ruchmeister meldet, daß bekannte Hauptleute Witowts im Lande seien und die Samaiten zum Ungehorsam gegen die Ordensbeamten aufriefen. Bevor dieser Bericht den Hochmeister erreicht hat, ist bereits in einem Teile Samaitens der Aufstand offen losgebrochen. Ulrich von Jungingen aber erklärt noch am 10. Juni einer polnischen Gesandtschaft, die mit ihm in Elbing über die neumärkischen Dinge verhandelt, daß er von der Unschuld Witowts an dem Aufstande der Samaiten überzeugt sei. Dann folgen doch lange Verhandlungen im innern Ordensrate, und am 15. Juni wird eine an den König von Polen abgehende Ordensgesandtschaft instruiert: wenn der Großfürst Witowt wirklich, wie glaubhaft berichtet werde, in Samaiten einen Hauptmann eingesetzt habe, müsse der Hochmeister annehmen, daß der Verrat und Abfall mit Witowts Willen geschehen sei; er vertraue darauf, daß der König sich als christlicher Fürst von einem so abscheulichen Verrat fernhalten und gemäß den Bestimmungen des Friedens zu Raciaz verfahren werde; der Orden müsse aber jetzt eine feste Erklärung verlangen, daß der König weder die Samaiten noch diejenigen, auf deren hinterlistigen Antrieb jene sich zum Aufstande erhoben hätten, in irgend einer Weise unterstützen werde. Erfolge darauf nicht die gewünschte Antwort, so sollten sich die Gesandten an die Herren, Ritter und Knechte des Königs wenden und sie ermahnen, daß sie ihrem König von jeder Teilnahme an dem Verrate in Samaiten abrieten und ihm jeden Beistand verweigerten, falls er andern Ratschlägen folge. Das waren die ritterlichen Formen des Westens. In Polen sah man in ihnen wohl nur die Schwäche und Ratlosigkeit des Ordens. Die preußischen Komture mußten sich mit der Antwort begnügen, daß der König zuerst seinen Reichsrat versammeln müsse, bevor er dem Verlangen des Hochmeisters nachkommen könne.

In Samaiten verbreitete sich der Aufstand mittlerweile immer weiter. Witowts Hauptleute ergriffen förmlich Besitz vom Lande und geboten feierlich, daß jedermann sich gegen die Deutschen im Lande zu wehren und zu einem großen Kriegszuge bereit zu machen habe; sobald das Getreide reif sei, wolle Witowt gegen Königsberg

ziehen und alle Deutschen mit Feuer und Schwert in die See treiben, daß sie sich selbst erfäukten. Daß der Orden unter diesen Umständen nicht schon längst in Samaiten mit größerer Heeresmacht eingegriffen, die fremden Litauer hinausgeworfen und die Insurrection in ihren Anfängen erstickt hatte, ist nur dadurch zu erklären, daß man in der Marienburg beschlossen hatte, alle Kräfte zum Schlage gegen Polen bereit zu halten und in Samaiten und gegen Witowt nichts zu thun, bevor man die erwartete Antwort des Königs erhalten habe. Es dürfte wohl kaum möglich sein, diesen Beschluß vom Ordensstandpunkte aus zu rechtfertigen und zu billigen, auch wenn man damit rechnet, daß Witowt die Ordenstruppen in Samaiten länger festhalten konnte, um einen polnischen Einbruch in Westpreußen zu erleichtern. Die beiden wichtigen Ordensburgen in Samaiten blieben schwach besetzt, und ihre Verbindung mit den preußischen Gebieten war äußerst gefährdet. Diese Lage hatte Anfang Juni einen livländischen Zug nach Samaiten, wohl mehr eine größere Refognoszirung, veranlaßt. Auch da fehlte jeder nachhaltige Erfolg. Man verwüstete zwei Landschaften und zog dann vor den von der preußischen Grenze herbeieilenden Samaiten zurück.

Schon im April hatte Witowt mit Pleskau einen „ewigen Frieden“ geschlossen, wie er an der Ugra vorausbestimmt war. Von den livländischen Bundesgenossen war dabei nur insofern die Rede, als Witowt alles aufbot, die Pleskauer zur Fortsetzung des Krieges gegen Livland zu bewegen. Aber Pleskau folgte nicht ihm, sondern seinen Handelsinteressen und eröffnete bald darauf auch mit dem Meister Friedensverhandlungen. Die livländischen Städte hatten erklärt, daß sie auf keinen neuen Kaufmannsfrieden eingehen würden, bevor Pleskau sich mit dem Orden geeinigt habe. Am 27. Juli 1409 schloß Konrad von Bitinghose in Kirrumpä mit den pleskauschen Vertretern ab, und zwar, wie es scheint, in Anwesenheit der Gesandten Nowgorods. Der pleskausche Chronist erzählt: „Man nahm den Frieden nach dem Willen Pleskaus mit der folgenden Zustimmung Nowgorods. Vor diesem Frieden hatten Nowgorod und Pleskau einen gemeinsamen Frieden mit den Deutschen, aber jetzt hat Pleskau von diesem 27. Juli an einen Frieden ohne Nowgorod, weil die Nowgoroder Pleskau gegen die Deutschen nicht halfen.“ Von litauischer Seite hören wir, daß der

Friede auch mit Moskau geschlossen, d. h. wohl durch den Großfürsten von Moskau bestätigt worden sei, und man sich gelobt habe, künftige Feindseligkeiten immer erst vier Wochen nach einer Friedensaufgabe zu beginnen¹⁾. — Nach keiner Richtung hat der russische Krieg von 1406—1409 Livland genügt. Das Verhältniß zu den russischen Nachbarstaaten Nowgorod und Pleskau ist durch ihn nur insofern beeinflusst worden, als die Gefühle des Mißtrauens und der Abneigung auf beiden Seiten gesteigert wurden. Die Verschärfung des Gegensatzes zwischen den beiden Republikern kam nicht Livland, sondern nur Moskau zu gut. Der livländische Handel litt durch den Krieg erhebliche Verluste. Am schlimmsten war, daß die Beziehungen zu Preußen sich immer mehr verschlechterten. Die Unzufriedenheit über den russischen Krieg richtete sich in erster Linie gegen die preußische Politik, die Livland in ihn hineingezogen hatte. Die livländischen Stände werden aber gewiß nicht versäumt haben, ihre Mißstimmung auch die einheimischen Gebietiger fühlen zu lassen. Das mußte die innern Gegensätze im Orden verschärfen. Wie es scheint, stand damit eine Zurückdrängung der rheinländischen Gebietiger in Livland im Zusammenhang. Die Lage der Dinge in Samaiten gefährdete auch die livländischen Ordensgrenzen sehr stark, und man fürchtete, durch die Schwäche und Unbesonnenheit der preußischen Regierung unvorbereitet in einen neuen und viel gefährlicheren Krieg hineingezogen zu werden. Das wollte man auf jeden Fall verhindern. Nachdem der zu Anfang Juni nach Samaiten unternommene Zug gezeigt hatte, wie schwach dort die Grundlagen der preußischen Ordensherrschaft waren, scheinen der Meister und das livländische Ordenskapitel die Aufnahme von Verhandlungen mit Witowt und den litauischen Machthabern an den livländischen Grenzen beschlossen zu haben. Das Resultat war ein Vertrag, dessen Inhalt uns in den Urkunden des folgenden Jahres in überraschender Weise entgegentritt. Er lautete: wenn es nun doch zum Kriege zwischen dem Deutschen Orden und dem Großfürstentum Litauen kommen sollte, so geloben auch für diesen Fall der Deutsche Orden in Livland und der Großfürst Witowt mit seinen Großen, die Feindselig-

¹⁾ In den livländischen Geschichtsdarstellungen wird der Friede von Kirrumpä infolge der verwirrten Chronologie der russischen Chroniken ins Jahr 1410, also hinter die Schlacht von Tannenberg gestellt.

keiten wider einander nicht früher zu beginnen als drei Monate nach dem Empfange der Friedensaufgabe. Es ist wahrscheinlich, daß der Meister und die litauischen Großen von der Grenze sich besondere Garantien für die Einhaltung dieses Vertrages gegeben haben. Daß der Hochmeister von einer so wichtigen Abmachung zu einer Zeit, wo Witowt eben ein Ordensland insurgirte und mit seinen Hauptleuten besetzte, wo zugleich ein großer Krieg mit Polen jeden Augenblick ausbrechen konnte, nichts erfahren haben sollte, können wir schon im Hinblick auf die rheinländischen Gebietiger des livländischen Ordensrates nicht annehmen. Seine Ueberraschung im nächsten Jahr wird also der Auffassung gelten müssen, daß der Vertrag auch für den Fall eines großen litauischen Angriffes auf Preußen Kraft haben solle¹⁾.

In Preußen wartete man unterdessen auf die polnische Antwort. Der König schrieb mehrmals und bat um Geduld, die gewünschte Erklärung werde durch eine große Gesandtschaft überbracht werden. Ende Juli erst zogen die Gesandten, die ihre Instruktionen auf dem polnischen Reichstage erhalten hatten, langsam heran und konnten am 1. August vom Hochmeister in der Marienburg auf einem dazu berufenen Hoftage empfangen werden. Ihr Führer war der Erzbischof von Gnesen. Die Erklärung lautete: „Der König und das Reich Polen erbieten sich wegen aller einzelnen Schäden, die zwischen ihnen und dem Orden oder diesem und dem Großfürsten Witowt entstanden sind, zu Recht und Billigkeit oder zum Austrage vor freundschaftlichen Friedensvermittlern; sie verlangen aber, daß der Orden bis zur Ausgleichung dieser Schäden gegen die Samaiten Frieden halte; in diesem Falle haben die gegenwärtigen Gesandten Vollmacht, dem Großfürsten Witowt im Namen des Königs zu schreiben, daß er seine Hauptleute aus Samaiten abberufe und sich dort nicht einmische.“ Darauf erwiderte der Hochmeister: auch er erbiete sich, wie er es stets gethan habe, dem König und dem Großfürsten in allen Schadenklagen, die sie gegen den Orden hätten, zu Recht zu stehen, wie er auch auf jede von ihnen vorgeschlagene Vermittelung gern eingehe; die Samaiten

¹⁾ Es ist möglich, daß solch ein Vertrag schon in den Jahren 1403—1406 zwischen Bitinghose und Witowt geschlossen wurde. 1409 muß er aber dann nach allem, was wir sehen, erneuert worden sein.

aber seien dem Orden zugesprochen, und weder der König noch der Großfürst besäßen an ihnen irgend welches Recht; daher müsse der König gestatten, daß auch in Zukunft nur der Orden allein darüber entscheide, ob und wann er die Samaiten zum Gehorsam zu zwingen habe oder nicht. Da sagten die polnischen Boten: „Greift der Orden die Samaiten an, bevor die erwähnten Schäden ausgeglichen sind, so wird der Orden des eigenen Landes nicht sicher sein; es ist zu befürchten, daß der König sich dann mit den Samaiten verbindet.“ Jetzt hat der Hochmeister alle Anwesenden, die vielen Ritter und Knechte, die Söldnerführer, die Vertreter der gemeinen Städte des Landes und seinen und der Gebietiger ganzen Hof genau aufzumerken und redete dann zum Erzbischof: „Lieber Herr, wir wollen uns allein auf euer Wort verlassen. Wagt ihr uns zuzusichern, daß wir, ohne Gefahr vom Reiche Polen auszustehen, die Samaiten, unsere erklärten Feinde, für ihre Missethaten züchtigen können? Wir wollen geloben, dem Großfürsten Witowt und seinen Unterthanen keinen Schaden zuzufügen, wenn sie sich der Samaiten in keiner Weise annehmen.“ Der Erzbischof aber bekannte offen, daß er nicht in der Lage sei, dem Hochmeister irgend etwas derartiges zuzusichern; ziehe der Hochmeister gegen die Samaiten, so solle er darauf gefaßt sein, daß der König intervenire und vielleicht in das Land zu Preußen ziehe. Da rief der Hochmeister: „Ihr lieben Ritter, Knechte, Städte und alle, die ihr hier versammelt seid, ihr habt es nun gehört! Jetzt erkennen wir, daß unser Schade (der Verrat in Samaiten) von niemand anders als vom König zu Polen und dessen Anschlägen herrührt.“

Noch einmal wandte er sich dann an die Gesandten: „Der Orden besitzet Burgen in Samaiten zum Schutze des Christentums. Will der König den Orden soweit vor den Samaiten sicherstellen, daß die Ordensburgen ohne Kampf verproviantirt werden können?“ Die Gesandten erklärten, daß sie darüber nichts zu sagen hätten. Da meinte der Hochmeister, der Orden werde also wohl jene Burgen einem kläglichen Verderben aussetzen müssen, da der König sie nicht sicherstellen wolle oder könne und der Orden sie des Königs wegen gewaltsam nicht verpflegen dürfe. Dann ließ er den Brief verlesen, in dem er dem König geschrieben hatte, daß des Königs Boten eine endgültig und unzweideutig feste Antwort bringen

müßten. Die Boten aber erklärten noch einmal, daß sie keine weitem Aufträge hätten, und wurden so verabschiedet¹⁾. Nun wußte man in Preußen endlich, was alle Verträge und Gelübde von Raciaz wert waren. Noch fünf Tage vergingen, bis der Hochmeister am 6. August die Kriegserklärung des Deutschen Ordens an den König und das Reich Polen besiegelte.

(Schluß folgt.)



1) Johannes Dlugosz, der Krakauer Kanonikus, der 1455—1480 als Herold des polnischen Ruhmes eine große Geschichte Polens schrieb, hat die Verhandlungsszene in der Marienburg vom 1. August 1409 höchst tendenziös oder vielmehr wahrheitswidrig dargestellt. Danach gebieten dem König die Blutsverwandtschaft und das Staatsrecht, sich Litauens anzunehmen; aber er will alle Rechte des Ordens respektiren und als Herr Litauens allen Streit gütlich beilegen. In herausfordernder Weise erklärt darauf der Hochmeister, er werde unter allen Umständen sofort an ganz Litauen Rache üben. Da spricht der Erzbischof: „Höre auf, Litauen zu drohen; denn dessen Feinde sind auch Polens Feinde, und wenn Du gen Litauen ziehst, zieht unser König gen Preußen.“ In wilder Freude ruft Ulrich von Jungingen nun: „Habe Dank für diese Worte! Nun will ich lieber gleich das Haupt als die Glieder fassen und lieber das reiche Polen als das elende Litauen heimsuchen.“ — Es ist ein erstaunlicher Erfolg des Dlugosz, daß die deutschen Geschichtsschreiber Joh. Voigt und Jak. Caro nur seine Darstellung wiedergeben, obgleich beide den schlicht und ungeschickt geschriebenen gleichzeitigen Bericht im Königsberger Staatsarchiv gekannt haben. Wir entnehmen dem Dlugosz nur, daß die polnischen Gesandten und besonders der Erzbischof nach der Rückkehr in die Heimat Vorwürfen ausgesetzt waren, weil sie nicht verstanden hätten, den leichtgläubigen Orden trotz der polnischen Antwort noch länger hinzuhalten.

Litterärisches.

Karl Lamprecht. Zur jüngsten deutschen Vergangenheit. Bd. 1. Berlin, Gaertner. 1902.

Karl Lamprecht hat die „deutsche Geschichte“ geschrieben, 6 Bände davon sind schon erschienen, sie führen bis ins 16. Jahrhundert. Da macht er nun eine Pause und überspringt den Abschnitt von zwei Jahrhunderten, um diesen „Erzählungsband“ herauszugeben, der das 19. Jahrhundert behandelt.

Lamprecht will Geschichte schreiben in großem Stil, nicht Geschichten, sondern Geschichte. Was Curtius für die griechische, Mommsen für die römische, Ranke für die allgemeine Geschichte, das will er offenbar für die deutsche Geschichte leisten. Dabei hat er aber seine besondere, über die genannten großen Historiker hinausgehende Methode. Er will nicht Thatfachen mühsam suchen und gewissenhaft aufspeichern, um ein genau gesichtetes Material zu bieten, er will gruppieren, vergleichen, beurteilen, will die treibenden „großen“ Gedanken nachweisen und den Zusammenhang sowohl als die Entwicklung im Geschehenen aufzeigen. Eine große und schwierige, aber zugleich fesselnde Aufgabe. Sie hat in der Art, wie Lamprecht sie durchführte, nach seinen ersten Bänden eine ganze Flut von kritischen Schriften hervorgerufen, welche zusammen mit seinen Gegenschriften eine interessante Litteratur zur Methode der Geschichtschreibung bilden. Es war die höchste Zeit, daß die Historiker wieder einmal den umfassenden Gesichtspunkt gelten ließen und nicht bloß Methode der historischen *F o r s c h u n g* und peinlich genaue Kleinarbeit betrieben, sondern endlich wieder aus dem Wollen schöpften und ins Große arbeiteten, höchste Zeit, daß endlich die Klagen eines Lorenz und Brückner gehört wurden und in die *G e s c h i c h t = S c h r e i b u n g* Methode kam. In diesem Sinne allein schon war Lamprechts großes Werk mit Freuden zu begrüßen.

Der vorliegende Band, der ganz getrennt für sich lesbar ist, giebt die *i n n e r e* Geschichte des 19. Jahrhunderts, die Geschichte des Geisteslebens. Von äußeren Vorgängen, von Staatengeschichte

und Politik keine Spur. Die Kunst und die Weltanschauung ziehen an unserem Auge vorüber: die Tonkunst (S. 6—68) — weit ausholend von den Anfängen deutscher Musik bis auf Wagner, den sehr ernst und tief genommenen Schöpfer der „Musik der Zukunft“. Die bildende Kunst (S. 69—303) — hauptsächlich die Malerei — wird ebenfalls bis auf ihren Ursprung hin verfolgt und findet ihren Ausläufer in den verschiedenen Spielarten des Impressionismus. Die Betrachtung der Dichtung (S. 207—375) wird nicht so weit zurückgeführt, sie tritt mitten hinein in die Gegenwart mit ihrem wachsenden Sinn für die Wirklichkeit, nachgewiesen in Lyrik, Roman, Drama. Im letzten Abschnitt (S. 379—471), „Weltanschauung“ betitelt, wird in großen kurzen Sprüngen die neueste Philosophie, hauptsächlich Ethik und Psychologie vorgeführt, die Religion und Theologie nur gestreift, obgleich gerade hier ein Zeitalter wachsender Religiosität angekündigt wird als notwendige Reaktion gegen die platte Vernünftigkeit der 50er bis 70er Jahre.

Diese kleine Uebersicht mag zum Lesen anregen. Auf jeder Seite wird man selbständige Urteile, originelle Auffassungen entdecken. Aber zum Widerspruch, mindestens zu kritischen Fragezeichen ist Anlaß in Menge geboten. Wer in so exponirter Stellung steht und sich in seinen Urteilen so kräftig ins Zeug legt, der muß gefaßt sein, daß man viele Blößen bemerkt.

Lamprecht kämpft gegen die Vorurteile der bisherigen Geschichtsdarsteller, besonders Ranke's. Er selbst ist ganz befangen in einem Dogma, dem Entwicklungs-Dogma. Gewiß, dieses ist modern, es liegt noch in der Luft, aber man hat schon viele Lücken darin gefunden und beginnt stark zu zweifeln, ob es wirklich zur Erklärung des Lebens und der Geschichte vollständig ausreicht und den Thatsachen lückenlos gerecht wird. Ja, in Lamprecht's eigener Darstellung zeigen sich solche Lücken. Durch das ganze Buch zieht sich der Gedanke, daß die Zeit des 19. Jahrhunderts eine Periode der „Reizsamkeit“ genannt werden könne, die auffallend an die Urzeit erinnere. Namentlich in der Kunst weiß er Belege für diese Auffassung zu finden. Aber erstens erhebt sich die Frage, ob dann, wenn er Recht haben sollte, von einer stufenweisen Entwicklung, wie er sie behauptet, die Rede sein kann, da diese Erscheinung zunächst als Rückbildung erscheint. Zweitens

macht diese Behauptung einen durchweg aprioristischen Eindruck, die Beweise sind sehr dürftig, sie sind nachträglich zusammengetragen, sind nicht eine aus der Gesamtbetrachtung sich ergebende Grundlage für seine Hypothese, sondern einzelne, dem fertigen Bau — oder gar Luftschloß — untergeschobene Steine, — ein schwaches Fundament.

So ist Vieles noch „gemacht“ in dem Buch. In die Augen fällt auch die Art, wie L. sich bei manchen Erzeugnissen modernster Litteratur, etwa bei Sudermann, die gerade ethische Probleme behandeln, eines ethischen Urteils enthält, während er sonst um Urteile, und scharfe Urteile nicht verlegen ist.

Schließlich die Sprache des Buches. Nach den Vorsätzen des Verfassers, einen großen Blick in das Werden der Geschichte zu thun, hatte ich eine größere, klarere Sprache erwartet. Ich war enttäuscht. Wohl bemüht sich die Sprache, echt deutsch zu sein, und geht Fremdwörtern aus dem Wege. Aber die deutsche Trockenheit ist wieder da (ganz anders Mommsen, Ranke und der in der Sprache oft faszinierende Houston Chamberlain) und neue Wortbildungen, die ans Unzulässige streifen, fehlen nicht. S. 65: „gegengewogen“, S. 466: „die vergesellschaftete menschliche Seele“. Das ist keine Bereicherung der deutschen Sprache.

Ernst Külpe.

Moritz Heyne. Fünf Bücher deutscher Hausaltertümer von den ältesten Zeiten bis zum 16. Jahrhundert. Band II: Das deutsche Nahrungswesen. Leipzig, Verlag von S. Hirzel. 12 M.

War schon der erste, die deutschen Wohnungsverhältnisse behandelnde Band des trefflichen Heyneschen Werkes von großer kulturgeschichtlicher Bedeutung, so nimmt der vorliegende zweite, ebenso gründlich und sorgfältig gearbeitete Band noch mehr das allgemeine Interesse in Anspruch. Werden doch in ihm die ländlichen Beschäftigungen und die Nahrungsverhältnisse der deutschen Vorzeit eingehend dargestellt und besprochen. Da ist es vor Allem der Ackerbau, der ausführlich behandelt wird, wobei auch der Pflug nach seiner ursprünglichen Gestalt und allmählichen Entwicklung Berücksichtigung findet, und ebenso werden die in Deutschland von Alters her sich findenden Getreidearten aufgeführt und besprochen. Weiter kommt der Garten mit seinen Küchenpflanzen und Frucht- bäumen, unter denen der Apfelbaum die erste Stelle einnimmt,

zur Darstellung, woran sich eine Schilderung der Obstkultur schließt. Besonderes Interesse erweckt das lehrreiche Kapitel über den Weinbau. Darauf wird der den Germanen stets so teure Wald und seine Bäume von Heyne mit Liebe geschildert. Dann wird der Viehzucht nach allen Richtungen sorgfame Behandlung zu Theil, und im Zusammenhange mit ihr die Bienenzucht beschrieben, deren hohe Bedeutung im Mittelalter uns hier so recht entgegentritt; waren doch Honig und Wachs damals unentbehrliche Dinge. Sehr anziehend ist der Abschnitt über die beiden gewöhnlichen Haustiere, Hund und Kaze; diese kommt, wenn auch viel später als jener, doch schon im frühen Mittelalter vor.

Es gewährt einen besonderen Reiz, B. Sehns klassisches Buch über die Kulturpflanzen und Haustiere zur Vergleichung mit den hier gegebenen Schilderungen heranzuziehen. M. Heyne nimmt auch darauf mehrfach Bezug, doch könnte das wohl noch häufiger geschehen. Die Hauptbeschäftigung des freien Mannes der Vorzeit, die Jagd, wird nach allen ihren Arten geschildert und im Anschluß an sie der Fischfang. Das Backen, Kochen und Braten der Vorzeit lernen wir hier genau kennen und erhalten dann ausführlichen und anziehenden Bericht über die Tiere und Pflanzen, welche im Mittelalter hauptsächlich genossen wurden. Die Schilderung der altdeutschen Milchwirtschaft bildet hierauf den Uebergang zur Beschreibung der Getränke, unter denen natürlich der Wein, dessen Kelterung und Gebrauch lehrreich besprochen werden, die wichtigste Stelle einnimmt; über den auch bei uns einst häufig vorkommenden „Claret“ findet sich hier genaue Auskunft. Der Text wird durch 75 kleine, aber wohlausgewählte Abbildungen erläutert und verdeutlicht. Was uns hier geboten wird, ist ein Stück echter deutscher Kulturgeschichte, von der Hand eines das sprachliche Gebiet vollkommen beherrschenden Forschers, der auch mit den geschichtlichen Quellen wohl vertraut ist. Wir sehen dem dritten, abschließenden Bande des vorzüglichen Werkes mit lebhaftem Verlangen entgegen.

—s.

Gottfried Kögel. Rudolf Kögel, sein Werden und Wirken. Band II. Berlin, Ernst Siegfried Mittler und Sohn. 6 M.

Hatte der erste Band dieser inhaltreichen, das Interesse weiter Kreise in Anspruch nehmenden Biographie uns das Werden Kögels nach seinen Tagebuchaufzeichnungen und Briefen anschaulich vor-

geführt, so schildert der vorliegende zweite Band die ersten 17 Jahre seines geistlichen Wirkens. Seine Amtsthätigkeit beginnt unscheinbar genug mit der Berufung in das Pfarramt zu Nakel, einem kleinen Städtchen in der Nähe von Bromberg, in entlegenstem Teile der Provinz Posen im Jahre 1854. Es war ein trüber und schwerer Anfang für den begabten, geistig so angeregten Mann. Er schildert selbst sehr lebendig die Mischung vom Judentum, Polentum und Deutschtum in Nakel; die kirchlichen Zustände im Städtchen waren elend und trostlos, Alles in tiefem Verfall. Kögel hatte heiße Kämpfe mit Indolenz und Bosheit durchzumachen und schwere Arbeit zu thun, bis es einigermaßen zur Herstellung geordneter kirchlicher Verhältnisse kam. Im August 1855 verheiratete er sich mit Marie Müller, der Tochter des berühmten Theologen in Halle, und durch das nun begründete eigene Heim fühlte er sich in seiner Wirksamkeit gestärkt. Daß Kögels Arbeit in Nakel keine vergebliche gewesen, bewies das dankbare Gedächtniß, das viele seiner Gemeindeglieder ihm bis zu seinem Tode bewahrten. Durch des Oberhofpredigers Sneathlage Empfehlung erhielt Kögel im Jahre 1857 den Ruf als Pastor der deutsch-evangelischen Gemeinde im Haag und nahm ihn an. Ein größerer Kontrast als der zwischen dem weltentlegenen Posenschen Städtchen und der Residenz des Königs der Niederlande ließ sich kaum denken. Im Haag hatte Kögel nicht mit dem Uebelwillen und Unverstände seiner Gemeindeglieder zu kämpfen, aber an angestregter Arbeit fehlte es auch hier nicht; außer Predigten, Bibelstunden, der Seelsorge nahm auch die deutsche Schule seine Thätigkeit in Anspruch. Ein besonderes Verdienst erwarb er sich durch die von ihm durchgesetzte Erbauung einer eigenen Kirche. Der Verkehr mit hochgebildeten deutschen Persönlichkeiten wie mit berühmten Holländern, so Groen van Prinsterer und den beiden dichterischen Brüdern Capadoze, dem hochverdienten Helbring und andern gaben ihm reiche Anregung, vielfache Reisen Erholung. Der Aufenthalt im Haag hat Kögels geistigen Gesichtskreis sehr erweitert und seine kirchenpolitischen Anschauungen wesentlich geklärt. Vorzugsweise durch die Bemühungen des Ministers von Wühler erfolgte 1863 Kögels Berufung als Hof- und Domprediger nach Berlin. Ehe er das neue ehrenvolle Amt antreten konnte, wurde er aber von einem schweren Halsleiden betroffen, das ihn fast ein Jahr lang jeder

Thätigkeit zu entsagen nötigte. So wurde er denn erst 1864 als vierter Hofprediger feierlich eingeführt. Seine geistvollen, aus der Tiefe geschöpften, formvollendeten Predigten machten ihn bald zum gefeiertsten Prediger Berlins, Tausende versammelten sich im Dome, um ihn zu hören. Ihm wurde das seltene Glück zu Teil, alle großen Ereignisse der neueren preußischen Geschichte von 1864 bis 1871 mit seinen Predigten begleiten zu dürfen, dem Dank gegen Gott und der Siegesfreude beredten Ausdruck zu geben wie zur Buße und Demut zu mahnen. Die vielen im Buche mitgeteilten gehaltvollen Briefe Kögels enthalten zahlreiche, meist sehr treffliche Bemerkungen über litterarische Erscheinungen der Zeit, auch viele anziehende Schilderungen von Erlebnissen und Persönlichkeiten, denen er auf seinen vielen Reisen begegnete. Kögel war ein königstreuer Mann durch und durch, aber von Byzantinismus war nichts in ihm. Daß von seinen bedeutendsten Predigten in dem Buche Auszüge gegeben werden, ist ganz sachgemäß, aber es geschieht darin des Guten doch wohl etwas zu viel und der Verfasser hätte sich wohl etwas beschränken können. Von den Anlagen sind die erste: der Geistliche und sein Verhältniß zur modernen Bildung und die vierte: die Unwissenheit in christlichen Dingen in ihrer Bedeutung für die Irreligiosität der Gegenwart besonders lesenswert. Der dritte Band, der uns Kögel in seiner tiefeingreifenden und einflußreichen Thätigkeit als Oberhofprediger, als Führer der positiven Union und als hervorragenden Kirchenpolitiker, sowie in seinen nahen Beziehungen zu Kaiser Wilhelm I. schildern wird, soll im Herbst des nächsten Jahres erscheinen; man wird ihm in weiten Kreisen mit Spannung entgegensehen. —s.

N o t i z.

Wenn die „Baltische Monatschrift“ immer mehr auch eine Chronik des baltischen Lebens geworden ist, so erscheint es geboten, in ihr darauf hinzuweisen, daß dieses Jahr uns ein Novum im baltisch-kirchlichen Leben gebracht hat. Ein höchst unerfreuliches Novum. Denn bisher war es bei uns nicht üblich, daß ein Teilnehmer an einer baltischen Synode dieselbe Synode, deren Verhandlungen beizumohnen zu dürfen er die Ehre hatte, öffentlich in einem politischen Tagesblatt bloßzustellen sich bemüht. Solches ist aber jetzt geschehen, und zwar in der „Düna-Zeitung“ vom 13. September 1902 Nr. 208. Hier wird in einer

anonymen Zuschrift berichtet, daß Herr Pastor Feyerabend-Dubena auf der diesjährigen kurländischen Provinzial-Synode in einem 2 1/2stündigen Vortrage „mit großer Wärme und in unvergleichlich klarer und eingehender Weise“ die Grundzüge der modernen Theologie dargelegt habe, um der Synode „das Unzutreffende“ eines im vorigen Jahr gefällten „Votums“ „vorzuhalten“. Dann heißt es: „Pastor Feyerabend hatte nachgewiesen, daß durch die sogenannte moderne Theologie das Zentrum des Heils in Christo in keiner Weise erschüttert oder angegriffen werde, daß sie vielmehr das reine Evangelium ohne dogmatisches Beiwerk zur Geltung bringe. Man solle doch nur eingehend prüfen.“ Also Pastor Feyerabend hatte nachgewiesen. Nicht etwa nachzuweisen versucht oder nachzuweisen sich zur Aufgabe gestellt, sondern hier heißt es klipp und klar: er hatte nachgewiesen. Daraus kann dann nur folgen, daß, wer sich gegen jenen Nachweis verschließt, entweder des nötigen Maßes an Verständnis ermangelt oder nicht den nötigen guten Willen mitbringt, solchem Nachweis gerecht zu werden. Und welches ist nun die gewichtige Autorität, auf deren Zeugniß hin wir es glauben sollen, daß Pastor Feyerabend wirklich etwas so überaus Einschneidendes und Bedeutungsvolles „nachgewiesen“ hat? Der Artikel in der „Düna-Ztg.“ ist unterzeichnet: „Ein Teilnehmer der Synode.“ Wenn irgendwo, so mußten wir hier den vollen Namen des Einsenders erwarten. Umso mehr, als sofort der Satz folgt: „Allein, daß man das „Prüfet Alles“, welches bei der Eröffnung der Synode Allen ans Herz gelegt wurde, in der That ernst nehmen und in Ausführung bringen wolle, wenn auch nicht sofort, so doch überhaupt, kam in keiner Weise zum Ausdruck.“ Ueber den Inhalt dieses Satzes werde ich kein Wort verlieren, nur will ich zum Nutzen künftiger Zeiten hier ein Doppeltes „registriren“, einmal, daß diese bisher unerhörte Art der Berichterstattung über eine Synode in unsern Landen von einem Vertreter der modernen Theologie ausgegangen ist, und ferner, daß das Blatt, welches dieser eigentümlichen Zuschrift seine Spalten öffnete, die „Düna-Zeitung“ ist. Hat am Ende der „Teilnehmer der Synode“ den Wunsch, daß die moderne Theologie wie von allem „dogmatischen Beiwerk“, so auch von allen ethischen Momenten gereinigt erscheine?

Der Teilnehmer der Synode schließt seine Zuschrift mit den Worten: „Daß doch die Redaktion der „Mitteilungen und Nachrichten“ sich endlich entschließen möchte, der Kontroverse über diese Materie ihre Spalten zu öffnen! Daß wir zur Klarheit kommen, thut uns bitter not, so sehr, wie dem Hungrigen das tägliche Brot.“ Der ununterrichtete Leser der „Düna-Ztg.“ muß diesem emphatischen Notschrei entnehmen, daß sich die „Mitteilungen und Nachrichten“ bisher engherzig gegen Neußerungen aus dem Lager der modernen Theologie verschlossen haben. Wenn der „Teilnehmer der Synode“ sich die Mühe genommen hätte, die letzten Jahrgänge der „Mitteilungen“ durchzusehen, so würde er gefunden haben, daß, um nur ein Beispiel anzuführen, die durchaus Harnackfreundlichen Auseinandersetzungen von Pastor Walter-Ermes anstandslos in den „Mitteilungen“ aufgenommen worden sind. Soll denn künftighin Sachkenntniß auch als zu beseitigendes „dogmatisches Beiwerk“ gelten? H. Eisenschmidt.

Riga, den 17. September 1902.

30. Mai. Der Kurator des Rigaschen Lehrbezirks Geheimrat N. N. Schwarz wird zum Kurator des Warschauer Lehrbezirks ernannt.

1. Juni. Aus dem von der „Sparchialzeitung“ veröffentlichten Bericht über den Zustand der orthodoxen Volksschulen in den Ostseegouvernements für das Schuljahr 1900/01 ergibt sich, daß diese Schulen im genannten Zeitraum besucht wurden: in Livland von 13,728 Kindern, darunter 11,571 Orthodoxe, 21 Eingläubige, 1974 Lutheraner, 44 Katholiken, 111 Altgläubige und 2 Baptisten; in Kurland von 2284 Kindern, darunter 987 Orthodoxe, 188 Katholiken, 961 Lutheraner, 87 Altgläubige, 5 Baptisten und 56 Hebräer; in Estland von 2159 Kindern, darunter 1330 Orthodoxe, 7 Katholiken, 815 Lutheraner, 4 Altgläubige und 3 Hebräer; in allen drei Provinzen zusammen 18,171 Kinder, 271 mehr als im Vorjahre.

In dieser Zahl sind noch lange nicht alle Kinder enthalten, die nach ihrem Alter die Schulen besuchen müßten: aus den von den Schulkonseils eingesandten Berichten ergibt sich, daß 2237 schulpflichtige Kinder die Schule nicht besucht haben. Der Bericht meint, daß ein Mittel, die orthodoxen Kinder zum Schulbesuch anzuhalten, eine beträchtliche Erhöhung der Strafzahlung für das Fernhalten eines schulpflichtigen Kindes von der Schule sein würde; die Strafzahlung beträgt jetzt pro Kind für jeden veräumten Tag $1\frac{1}{2}$ Kop., in den lutherischen Schulen aber 5 Kop.

Auf Grund der Vorschrift, daß die Bauerkinder orthodoxer Konfession bis zum 10. Lebensjahr von ihren Eltern zu Hause im Lesen und Schreiben unterrichtet werden sollen, bemühen sich die Priester die Eltern dazu anzuhalten, aber es müsse gesagt werden, daß in der Mehrzahl der Kirchspiele in der letzten Zeit die häusliche Unterweisung nicht mehr geübt werde. Der Bericht des Schulkonseils erklärt das dadurch, daß die Bauern wüßten, die vielen leicht erreichbaren Schulen nähmen doch auch die unvorbereiteten Kinder auf, und sich deshalb um den häuslichen Anfangsunterricht nicht sorgten.

Der orthodoxe Schulkonseil hatte bei den Kirchenschulen für das Berichtsjahr 69 Kommissionen zur Prüfung von Personen, die für die Ableistung der Wehrpflicht das gesetzliche Privilegium erlangen wollen, eingesetzt; bei der Durchsicht der Protokolle und Examenarbeiten durch den Konseil hat sich u. A. ergeben: daß einige Kommissionen in den Arbeiten grobe Fehler durchgelassen und die Arbeiten sehr nachsichtig, sogar unrichtig beurteilt haben; daß einige Kommissionen Personen zur mündlichen Prüfung im Russischen zugelassen haben, die in der schriftlichen durchgefallen waren; daß einige Kommissionen zu leichte arithmetische Aufgaben

gestellt haben und andere nicht entdeckt haben, daß die Rechenarbeiten der Examinanden nicht selbständig gemacht waren (aus der Durchsicht der Rechenaufgaben ergab sich überhaupt, daß der Unterricht in diesem Fach nicht richtig gegeben werde); daß von einigen Kommissionen lutherischen Examinanden Urteile in der Religion erteilt worden sind, ohne daß ersichtlich gewesen wäre, auf welcher Grundlage das geschehen ist.

4.—10. Juni. Mitau. Allgemeine Konferenz der Kurländischen Ritter- und Landschaft.

Behandelt wird die Frage der Entschädigung der Rittergutsbesitzer für das ihnen durch die Einführung des Krons-Branntweinmonopols gekürzte Propinationsrecht. Konferenzdirektor ist Baron May v. d. Kopp-Bixten, sein Stellvertreter Baron Chr. v. d. Osten-Sacken-Dondangen. Als Vertreter der Livländischen Ritterschaft wohnt Landrat Baron Rolden-Moisefsk, als solcher der Estländischen Ritterschaft Landrat v. Lueder-Palliser der Konferenz bei. Nachdem ein Antrag, die Konferenz möge sich in der Krugentschädigungsfrage als in einer rein privatrechtlichen Angelegenheit für inkompetent erklären, für den sich 73 Stimmen fanden, abgelehnt worden war, ergaben sich als Resultat der Verhandlungen folgende Beschlüsse: 1) Die Staatsregierung ist um eine Erläuterung zu ersuchen, wer in Folge der Aufhebung des Branntweinauschanrechts entschädigungsberechtigt geworden sei, — alle Rittergutsbesitzer oder nur diejenigen, die bei Aufhebung des fraglichen Rechts solches auch thatsächlich noch ausübten. 2) Für den Fall, daß die Staatsregierung nur die letztere Kategorie von Rittergutsbesitzern als entschädigungsberechtigt anerkenne, soll der Ritterschaftskomitee es dem Einzelnen überlassen, direkt von der Krone die ihm zukommende Entschädigung zu erheben. 3) Für den Fall aber, daß alle Rittergutsbesitzer für entschädigungsberechtigt erklärt werden, will die Ritter- und Landschaft überhaupt keine Verteilung, sondern Verwendung des Gesamtkapitals zu wohltätigen und gemeinnützigen Zwecken. — Der letztere Beschluß erzielte eine Mehrheit von nur 6 Stimmen, formell wurde er schließlich dahin redigiert, daß im beregten Fall die Entschädigungssumme zunächst „zur freien Disposition“ der Ritter- und Landschaft verbleiben solle. Circa 100 Rittergutsbesitzer, die das Propinationsrecht bis zuletzt thatsächlich ausgeübt haben, reichten am Schlusse der Konferenz einen schriftlichen Protest ein gegen die Anwendung von Mehrheitsbeschlüssen bei der Verfügung über Summen, die ihnen aus rein privatem Rechtstitel zustehen.

5.—17. Juni. Riga. Ordentlicher Landtag der Livländischen Ritter- und Landschaft.

Die Landtagspredigt hält Generalsuperintendent Dehrn über den Text Eph. 5, 15—17. Als Delegirte der übrigen baltischen Ritterschaften wohnen den Verhandlungen bei Fürst Lieven-Kabillen aus Kurland, Graf Zgelsstrom-Haiba aus Estland, Baron Léon Freytag-Loringhoven aus Desel. — Zum Landmarschall für das nächste Triennium wurde Baron

Friedrich Meyendorff-Alt-Bewershof zum 7. Mal wiedergewählt. — Der Bericht über die Regelung des Verkaufs der Pastoratsländereien besagt, daß vom Adelskonvent und einer Kommission ein Reglement für den Verkauf ausgearbeitet worden ist, eine baldige Lösung der Frage aber gegenwärtig nicht zu erwarten ist, da ihre Bearbeitung noch im Ministerium des Innern fortgesetzt wird. — Hinsichtlich der Teilnahme der Pastoratshöfe an den repartitionsmäßigen kirchlichen Leistungen erhält das Landratskollegium den Auftrag, das von der Gouvernementsverwaltung geforderte Gutachten, entsprechend dem Rechtsgutachten des Dr. jur. Bürger, im Sinne einer bedingungslosen Befreiung der Pastoratshöfe von den kirchlichen Leistungen abzugeben. — Für den Haus- und Konfirmanden-Vorbereitungsunterricht wird den Kirchenvorstehern die Unterstützung der Prediger aufs wärmste empfohlen; der Plan der Ausbildung von berufsmäßigen Katecheten soll weiter verfolgt werden; der erforderliche Kredit wird dazu bewilligt, ebenso der für die Anstellung von Hilfsvikaren prolongirt, die nunmehr in allen Land Sprengeln, mit Ausnahme des Rigaschen, erfolgt ist. — Zur Kenntniß genommen wird der Bericht über die Entscheidung des Senats vom 19. Oktober 1901 in Sachen der Repartition der Leistungen für die Parochialschulen: der Ritterschaft wird die Kompetenz zu der vor fast 10 Jahren über die Anordnungen des damaligen Gouverneurs eingereichten Beschwerde abgesprochen. Durch die betr. Anordnungen des Gouverneurs werden einerseits die Höfe im Widerspruch zur Bauerverordnung von 1819 zu gewissen Leistungen für die Schulen herangezogen, andererseits von der ganzen Landgemeinde zu tragende Lasten allein auf die bäuerlichen Eigentümer und Pächter steuerpflichtigen Landes, mit Ausnahme der griechisch-orthodoxen, übertragen. Wider die Entscheidung des Senats giebt es kein ordentliches Rechtsmittel. — In Sachen der Entschädigung der durch Einführung des Kronsbrauntweinmonopols in der Ausübung des Propinationsrechts gekürzten Rittergutsbesitzer wird der Landmarschall beauftragt dahin zu wirken, daß die von der Krone für das livländische Festland zu gewährende Entschädigung dem Landtag zur Verteilung an die Ersatzberechtigten übergeben werde. Den Verteilungsmodus soll erforderlichen Falls der Adelskonvent festsetzen und die Verteilung inappellabel ausführen, die Höhe der Entschädigungen soll von einer Hauptkommission und acht Kreis-Subkommissionen bestimmt werden. — Das Projekt eines neuen Bewässerungs- und Entwässerungsgesetzes ist auf dem Standpunkt angelangt, auf dem es vor 20 Jahren stand: der Reichsrat hat im November 1901 in Vorschlag gebracht, die baltischen Provinzen von der Wirksamkeit des neuen Reichswassergesetzes auszuschließen und das Ministerium der Landwirtschaft zu beauftragen, die Frage seiner Anwendbarkeit in Liv-, Est- und Kurland einer Bearbeitung zu unterziehen. Ein speziell baltisches an das provinzielle Privatrecht sich anlehndes Wassergesetz steht somit in Aussicht. Der Landtag beschließt eine dreigliederige Kommission mit der Bearbeitung dieser Materie zu betrauen. — In Bezug auf die Vorarbeiten zur Grün-

dung eines Irrenasyls wurde beschlossen, die Anlage nicht in Solitude bei Wenden, sondern bei Stackeln auszuführen, eine Baukommission von fünf Gliedern zu ernennen und die Plenarversammlung des Adelskonvents zu autorisieren, mit der livländischen Gesellschaft zur Fürsorge für Geistesfranke in allen einschlägigen Fragen zu verhandeln und eine Haftung der einzelnen Bauergemeinden für die Verpflegungskosten ihrer Gemeindeglieder zu erwirken. Die Resultate der von Dr. Ströhlberg im Jahre 1900 veranstalteten Enquête über die Zahl der Geisteskranken in Livland sollen gedruckt werden. — Die Genehmigung zur Subventionierung des Revaler Hebammeninstituts behufs Ausbildung ländlicher Hebammen für den estnischen Sprachdistrikt ist von der Regierung nicht zu exportiren gewesen, die Errichtung einer Hebammenschule in Riga wurde wegen der voraussichtlichen Haltung der Gouvernementsverwaltung nicht betrieben. Der Landtag beauftragte die Landesrepräsentation, die Aktion zur Hebung des Hebammenwesens in geeigneter Weise fortzusetzen und bewilligte die bisher zu diesem Zweck angewiesenen Mittel. Ein gemäß dem Beschluß des außerordentlichen Landtags von 1900 von einer Kommission ausgearbeiteter und vom Adelskonvent vorgelegter Entwurf eines Normalstatuts für Kirchspielshebammen, der das Glück gehabt hat, im Allgemeinen die Zustimmung des Gouverneurs zu finden und mit den von diesem gewünschten Aenderungen wohl die Bestätigung des Ministers erhalten wird, wird vom Landtag akzeptirt. — Betreffend die Ausbildung von Landmessern am Rigaschen Polytechnischen Institut ersucht der Landtag die Repräsentation die diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Verwaltungsrat des Polytechnikums weiterzuführen. — Die nicht mehr obligatorische Zahlung von 285 Rbl. jährlich zur Verbreitung der Schutzblatternimpfung bewilligt der Landtag als freiwilligen Beitrag aus der Landeskasse zur Anschaffung und unentgeltlichen Versendung von Lympho an Gemeindeverwaltungen und Aerzte, sowie zu Revisionsreisen der Medizinalbeamten. — Die Zahlung von Kanzleigeldern im Betrage von 285 Rbl. 71 Kop. an die Livländische Gouvernements-Volksversorgungskommission, die als fakultatives Landesprästandum anzusehen ist, beschließt der Landtag einzustellen; die Thätigkeit dieser Kommission besteht gegenwärtig regelmäßig nur in der Herausgabe monatlicher Preisverzeichnisse von Produkten und Arbeitsleistungen und möglicher Weise in Verarbeitung der vom Landratskollegium jährlich dem Gouverneur abgestatteten Ernteberichte. — Hinsichtlich der Reorganisation der Kirchspielsbriefpost, für die der Landtag von 1899 eine Kommission eingesetzt und dem Adelskonvent Vollmacht erteilt hatte, ist der Gouverneur ersucht worden, die Regeln vom 10. April 1898 dahin abzuändern, daß jeder Postbote ein Quittungsbuch für die offizielle Korrespondenz bei sich zu führen habe, und vom Ministerium der Wegekommunikationen zu erwirken, daß die resp. Bahnpostbeamten zur Eintragung der offiziellen Korrespondenz in diese Quittungsbücher verpflichtet werden. Zu dem ersten Punkt erklärte sich der Gouverneur nicht für kompetent, da die Regeln von der Hauptverwaltung der Posten

bestätigt sind, die zweite Frage wird in derselben Hauptverwaltung beraten. — Nach Verlesung des Berichts zum Kommissionslaborat, betreffend Regelung des gegenseitigen Verhältnisses der Guts- und Gemeindeverwaltungen bei Wegebauten, sowie Kontrolle der Exploitation zum Wegebau angewiesener Grandlager wurde die Ausarbeitung einer Darstellung der einschlägigen Gesetze beschlossen, um darnach das Erforderliche wahrzunehmen. — Der vom Adelskonvent verfaßte Entwurf zu einer Flößungs-Verordnung für die öffentlichen Flüsse Livlands, mit Ausnahme der Düna, wird gegenwärtig vom Ministerium der Wegekommunikationen überarbeitet. Dem Adelskonvent wird die Wahrnehmung des weiter in dieser Frage Erforderlichen aufgetragen. — Aus dem Bericht über das Wegebaukapital geht hervor, daß sich in einer Reihe von Einzelfragen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Vertretung der Livl. Ritterschaft und der Besonderen Session der Gouvernementsregierung in Wegesachen erhoben haben. Die Fragen sind nur zum Teil höheren Orts entschieden worden, — überwiegend zu Gunsten der Auffassung der Besonderen Session, — zum Teil harren sie noch der Erledigung. — Gemäß dem Gutachten der vom Landtage d. J. 1899 in Sachen der Landtagsrechte der Riga'schen Stadtdeputirten niedergesetzten Kommission wird diesen Deputirten die Teilnahme an den Beschlüssen über Aufnahme in die örtliche Adelsmatrikel und Ausschließung aus derselben zugestanden. — Auf Anregung des Herrn v. Stryk zu Balla war seinerzeit die Ausarbeitung eines Unerbenrechts für Rittergüter einer Kommission übertragen worden, deren Elaborat nunmehr vorlag. An letzterem hat hervorragenden Anteil der Rechtsanwalt Ugel Volk zu Riga, dem seitens des Landtages ein besonderer Dank votirt wurde. Nach kurzer Diskussion fand der Entwurf en bloc einstimmige Annahme. Er wird der Desel'schen Ritterschaft zur Meinungsäußerung, den Ritterschaften von Kurland und Estland zur Kenntnißnahme mitgeteilt und der Regierung zur Bestätigung vorgestellt werden. — Ein von einer besonderen Kommission ausgearbeitetes Pensionsreglement für die ritterschaftlichen Beamten wird mit geringen Aenderungen vom Landtag angenommen. — Die vom Landtag des J. 1900 zur Bearbeitung der Frage der obligatorischen Einführung des Normalstatuts für Kirchspielsärzte eingesetzte Kommission begründet in ihrem Bericht die Ansicht, daß es genügen würde, wenn jedes Rittergut und jede Gemeinde nachweisen müßte, daß ein Arzt die Sanitätsarzt-pflichten in einem genau zu regelnden Mindestmaß (Kontrolle der Hebammen, Pockenimpfung, Behandlung der Gemeindearmen zu vereinbartem Preise u. s. w.) gegen ein Jahresfixum übernommen habe. Da eine obligatorische Zahlungspflicht der Höfe und Gemeinden für Sanitätszwecke als ein neues Prästandum nur durch den Reichsrat sanktionirt werden kann, wird beschlossen, vor einer Regelung der Sanitätsarztspflicht in obligatorischem Sinn abzusehen und die fakultative Verbreitung des Normalstatuts anzustreben. — Als Ersatz für die ausfallenden Stimmen parzellirter Kronsgüterhöfe, deren Kulturländereien der orthodoxen Geist-

lichkeit, Bauern oder verabschiedeten Untermilitärs angewiesen sind, hält der Landtag nach dem Vorgang des Adelskonvents zur Herstellung des Gleichgewichts der Stimmen der Höfe und der Gemeinden auf den Kirchenkonventen die Delegation von Vertretern des Domänenressorts in die resp. Konvente für wünschenswert. Die Bestätigung dieses Beschlusses durch den Minister des Innern soll erwirkt werden und die gegen diese Maßregel geäußerten Rechtsbedenken des Gouverneurs sollen widerlegt werden. — Auf Antrag des Landrats v. Sivers, betreffend die Erhebung der Kirchspielsprästande, wurde eine aus 7 Gliedern bestehende Kommission beauftragt, für den nächsten Landtag Vorschläge für die in Konsequenz der Steuerreform erforderliche Reorganisation der Landes-Naturalprästande, der Wegebaulast, der Kirchen- und Kirchspielsprästande auszuarbeiten. — Die Instruktion und die Tarife für die in Konsequenz der beschlossenen Steuerreform erforderliche Schätzung der ländlichen Immobilien des livländischen Festlandes werden in der von der Gouvernements-Schätzungskommission vorgeschlagenen Fassung akzeptirt, die im Separatvotum des Dirigirenden des livländischen Kameralhofes vorgeschlagenen Modifikationen werden abgelehnt. — Der zur Ausarbeitung eines Notwegegesetzes niedergesetzten Kommission soll der Adelskonvent einen Entwurf für ein derartiges Gesetz zur Beschlußfassung vorlegen. — Aus dem der Ritterschaft zugefallenen erblosen Nachlaß der weil. Frau Emilie v. Torklus geb. Lind soll eine Stiftung begründet werden mit dem Zwecke, unverschuldet in schwierige wirtschaftliche Lage geratenen zum livländischen immatrikulirten Adel gehörigen Rittergutsbesitzern Livlands eine Unterstützung zu gewähren. — Der Gesellschaft zur Bekämpfung der Lepra wird neben der Deckung eines Defizits von 3725 Rbl. 8 Kop. die Erhöhung der für jeden in einem Leprosorium der Gesellschaft verpflegten, einer livländischen Landgemeinde angehörenden Leprösen aus der Landeskasse zu leistenden Zahlung von 96 auf 120 Rbl. für drei Jahre bewilligt. Im Interesse der ökonomischen Verwaltung der Anstalten hält der Landtag die Ernennung je eines Kurators für die wirtschaftliche Leitung jedes der vier Leprosorien durch den Verwaltungsrat für empfehlenswert. Die Landesrepräsentation soll die Aktion, betreffend die Erwirkung des Internirungs- und Isolirungszwanges für Lepröse, fortsetzen; für den Fall der Erwirkung des Internirungszwanges wird der Gesellschaft zur Bekämpfung der Lepra bis zum nächsten Landtag ein jährlicher Kredit bis zu 5000 Rbl. aus der Landeskasse zur Gagierung eines oder zweier Spezialärzte zur Ueberwachung und Isolirung der Leprösen bewilligt. — In Bezug auf das Volksschulwesen wurde dem Landtag berichtet, daß vor Erlaß eines neuen Volksschulgesetzes die vom Landtag im Jahre 1898 erstrebte Liberirung der Ritterschaft von der Verwaltung der Volksschulen nicht ins Werk gesetzt werden könne. An Stelle des Entwurfs vom Jahre 1895 ist zwar ein neuer vom Ministerium der Volksaufklärung ausgearbeitet worden, der aber im Wesentlichen mit dem früheren identisch ist und den in der allerunterthänigsten Supplik des livl. Landmarschalls vom November 1897

(Balt. Chr. II, 44) für die Beteiligung der Ritterschaft an der Verwaltung der Volksschulen als notwendig bezeichneten Grundlagen nicht Rechnung trägt. Ein Gutachten zu diesem Projekt abzugeben oder gar ein eigenes ritterschaftliches Projekt aufzustellen hat der Landmarschall dem Kurator gegenüber Ende 1900 abgelehnt, so lange nicht durch eine direkte Aufforderung des Ministeriums zur Teilnahme an den Vorarbeiten festgestellt sei, daß dem Ministerium an der Mitarbeit der Ritterschaft für die Volksschule gelegen sei. Gegen Ende des Jahres 1900 verlautete, daß auch das letzte Projekt bei Seite geschoben sei und man beabsichtige, das allgemeine russische Volksschulstatut mit etwaigen Abänderungen auf die baltischen Provinzen auszu dehnen. — Die bisher zu gemeinnützigen und Bildungszwecken gewährten Willigungen wurden zum größten Teil weiter bewilligt; die Livländische adlige Güterkreditsozietät übernahm die bisher von der Ritterkasse geleisteten Subventionen von 4000 Rbl. für die Zivl. Gemeinnützige und Dekonomische Sozietät, von 200 Rbl. für die Versuchstation des Rig. Polytechnikums und 2400 Rbl. für die Ausbildung von Landmessern. Zur Gagierung des Direktors des Landeskulturbureaus werden der Dekonomischen Sozietät 2000 Rbl. jährlich triennial bewilligt. Zum Besten eines zu begründenden Separatfonds der Emeritenkasse der Prediger des livländischen Konsistorialbezirks behufs Ablösung der Drittelzahlung an die emeritirten Amtsvorgänger, wo eine solche Zahlung durch den Nachfolger nicht geschehen kann, werden bis zum nächsten ordinären Landtage 1000 Rbl. jährlich bewilligt, für die Restauration der St. Jakobi-Kirche in Riga 4000 Rbl. Die Subvention des v. Eltschen Privatgymnasiums in Riga wird von 5000 auf 8000 Rbl., die der v. Zeddelmannschen Privatschule in Jurjew (Dorpat) von 5000 auf 10,000 Rbl. erhöht, der Antrag des Felliner Stadthauptmanns betreffend Subventionirung einer in Fellin zu begründenden Kommerzschnule, dagegen wird abgelehnt, da das Bedürfniß nach einer solchen Schule nicht allgemein und dringend empfunden erscheint. Die bisher von Herrn A. Knüpffer geleitete Privat-Mädchenschule und Pension in Fellin wird durch unentgeltliche Ueberlassung von Wohn- und Schulräumen im ehemaligen Landesgymnasium unterstützt. Die Subvention des Vereins Hephata zur Ausbildung Taubstummer wird auf 2200 Rbl. jährlich erhöht, ebenso die des livländischen Taubstummenbildungsvereins von 600 auf 1500 Rbl. — Der Uebernahme der von der Wolmarschen Zufuhrbahngesellschaft erbetenen Zinsgarantie aus dem Wegebaukapital im Höchstbetrage von $4\frac{1}{2}$ pCt. Zinsen des Obligationsskapitals = 75,500 Rbl. jährlich nebst einer Amortisationsquote von 2140 Rbl. jährlich für die ersten 20 Jahre nach der Betriebseröffnung der zu erbauenden Bahn wird zugestimmt und das diesbezügliche Gesuch der Gründer der Gesellschaft v. Gersdorff und Fürst Lieben an die Regierung zu unterstützen beschlossen. — Einem Kommissionsgutachten entsprechend wird von der Ausarbeitung einer Ehrengerichtsordnung für die der livländischen Adelsmatrikel angehörenden Edelleute Abstand genommen, doch spricht die zum Landtage versammelte

Ritterschaft den Wunsch aus, daß jedem Duell zwischen livländischen immatrikulirten Edelknechten, falls eine Partei solches verlangt, ein Ehrengericht vorausgehe. — Zu Landräten werden gewählt an Stelle des Herrn Ottokar v. Samson-Himmelfjerna Herr Arved v. Dettingen zu Ludenhof, an Stelle des Herrn Reinhold Baron Staël von Holstein Herr Victor Baron Stackelberg zu Kardis, an Stelle des Herrn E. Baron Campenhausen Herr Balthasar Baron Campenhausen zu Nahof, an Stelle des Herrn C. v. Anrep Herr Victor v. Helmersen zu Neu-Bojdoma. Zum Ritterschaftssekretär wurde an Stelle des abtretenden Herrn Th. v. Richter Herr Friedrich v. Samson-Himmelfjerna gewählt, zum Ritterschaftsnotar Herr Astaf v. Trauschke.

5. Juni. Ein vom „Reg.-Anz.“ publizirter Allerhöchster Befehl ordnet die Einstellung der Sammlung von statistischen Daten durch die Landschaftsinstitutionen in den Gouvernements Bessarabien, Jekaterinosslaw, Kasan, Kursk, Drel, Pensa, Poltawa, Samara, Sibirsk, Tula, Charkow und Tschernigow an.

Die Sammlung statistischer Daten wurde durch Gesetz vom 8. Juni 1893 den Landschaften aufgegeben, um auf Grund derselben eine Um- schätzung des Immobilienbesitzes zum Zweck der Steuerumlage vornehmen zu können. Die Arbeiten haben aber trotz eines Aufwandes von 6 Mill. Rbl. wenig Brauchbares zu Tage gefördert, was sich die Regierung dadurch erklärt, daß die Landschaften die ihnen gestellte Aufgabe zu sehr „erweitert“ hätten. Ferner sei das Personal, das zu den Arbeiten herangezogen wird, völlig ungenügend, und die Statistiker nehmen sich angesichts der gegenwärtig großen Nachfrage nach ihrer Arbeit soviel heraus, daß sie in unziemliche Kollisionen mit den Landschaftsämtern geraten. Die Zahl der in politischer Beziehung oft weitaus nicht tadellosen Hilfsarbeiter erreichte in den Jahren 1900 und 1901 in vielen Gouvernements eine bedeutende Höhe, die zwischen 16 (Gouv. Pskow) und 71 (Gouv. Wjatka) schwankte, im Gouv. Poltawa aber die enorme Zahl von 594 (bei 37 ständ. Statistikern) aufwies. Es war nicht immer möglich, die Zulassung unzuverlässiger Personen zu der Beschäftigung mit den statistischen Arbeiten zu verhindern, da einige Landschaften wegen Eile der Sache vor erhaltener Genehmigung durch den Gouverneur die Statistiker zu den Arbeiten zu- ließen. So begannen im Gouv. Drel von 46 Personen, die zu den statistischen Abschätzungen herangezogen waren, 30 Mann die Arbeit ohne Genehmigung der Gouvernementsobrigkeit. Unter solchen Umständen zog die Abschätzungsangelegenheit schon lange die Aufmerksamkeit des Mini- steriums auf sich, doch vermochten indessen weder die Hinweise der Gouverneure noch die Kontrolle der Polizei, noch die verschiedenartigen Erkundigungen über einzelne Personen die Bevölkerung in genügendem Maße vor dem in politischer Beziehung schädlichen Einfluß einiger der- artiger Personen zu schützen. Der ständige Verkehr mit den Bauern, besonders bei der Untersuchung des Landbesitzes, bot unzuverlässigen Leuten ein weites Feld für die Propaganda gegen die Regierung, deren Bekämpfung

Die Gesellschaft der Landwirthe

„Selbsthilfe“

Riga, Wallstraße 2
empfiehlt ihr reichhaltiges

Waarenlager für alle Bedürfnisse der Landwirthschaft,

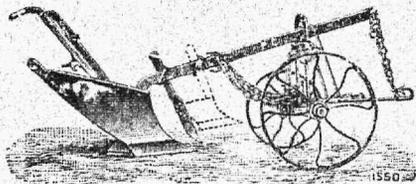
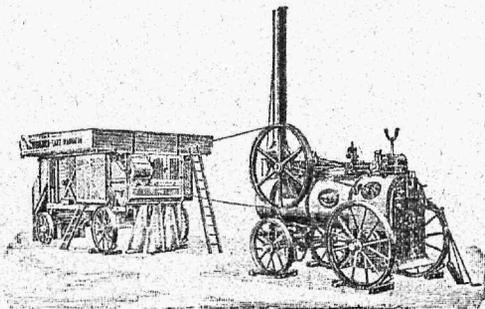
im Speziellen:

Maschinen

und

Ackergeräthe.

Locomobilen u. Drechmaschinen,
Gras- u. Getreidemäher, Garben-
binder,
Sämaschinen u. Düngerstreuer,
Pferderechen, Puzmaschinen,
Häckelmaschinen, Waagen,
Treibriemen 2c. 2c.



Pflüge, Cultivatoren, Wiejeneggen,
Zickzackeggen, Federeggen, Walzen,
Pferdeschaukeln 2c. 2c.

Düngemittel.

Superphosphat
Knochenmehl
Thomasmehl
Kainit u. a. Kalisalze
Chilisalpeter
Schwefelsaures Ammoniak.

Kraftfuttermittel.

Cocoskuchen
Sonnenblumkuchen
Sesamkuchen
Hans- u. Leinkuchen
Trockentreber
Weizenkleie u. Malzkeime.

Klee- und Grassaaten.

Molkerei-Maschinen und -Utensilien.

Perfect-Centrifugen

von Burmeister & Wain.

Buttermaschinen, Butterknetter,
Aufrahmgefäße aus Stahlblech
2c. 2c.

Einrichtung von Radiator-Meierereien.

Butter-Export nach England.

